

Die Politische Meinung



WIR

Was uns prägt,
was uns eint

ZUM SCHWERPUNKT Petra Bahr, Sprechen über das Eigene; Herfried Münkler, Aus Flüchtlingen „Deutsche“ machen; Julia Klöckner, Integration – Pflicht für alle; Manfred Lütz, Das ambivalente „Wir“

KOMMENTIERT Klaus Dicke, Nur nicht hochschaukeln! Über die öffentliche Debatte nach den Ereignissen in Köln

ERZÄHLT Marica Bodrožić, Deutsche Sprache – Meine tragbare Heimat

IMPULSE Andreas Jacobs, Die NATO und der Kampf gegen den IS; Karl-Josef Laumann, Fortschritte bei der Pflege



Nordsee

Ostsee

Amrumer Tracht

Mönchguter Tracht

Altländer Tracht

Vierländer Tracht

Bremen

Hamburg

Emms

Österte-Tracht

Westerte-Tracht

Hannover

Elbe

Berlin

Spreewald

Burger Tracht

Dortmund

Düsseldorf

Köln

Schwälmer Tracht

Marburger Tracht

Leipzig

Sorbische Tracht

Dresden

Altenburger Tracht

Rhein

Leine

Elbe

Fulda

Rhein

Frankfurt am Main

Main

Ochsenfurter Gautracht

Nürnberg

Karlsruhe

Stuttgart

Donau

Rhein

Schwarzwald

Neckar

Glotttaler Tracht

Gutachtaler Tracht

St. Georgener Tracht

Schwenninger Tracht

Dachauer Tracht

München

Chieminger Tracht

Miesbacher Tracht

Oberbayer Tracht

Berchtesgadener Tracht

Markgräfler Tracht

SCHWEIZ

Oberallgäu

Oberstdorfer Tracht

ÖSTERREICH

NIEDERLANDE

BELGIEN

LUXEMBURG

FRANKREICH

POLEN

TSCHHECHISCHE REPUBLIK

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Wie viel vom enthusiastischen „Wir“ der Willkommenskultur noch übrig ist, wer wüsste es Ende Januar 2016 noch zu sagen? Es schwelt eine verwirrte Stimmung, in die sich auch eine „seltsame Lust am Untergang“ (Jan Fleischhauer) mischt. Gegen alle Klugheit droht allenthalben das verbindende „Wir“ dahinzuschwinden: in Europa, in Deutschland, unter den demokratischen Parteien, in der Unionsfamilie. Dabei müsste eigentlich allen klar sein, dass die höchst komplexen Anforderungen der Flüchtlingskrise den Rückzug auf einseitige Positionen nicht zulassen.

Niemand verfügt über den einen Schalter, mit dem sich per Knopfdruck alle Schwierigkeiten aus der Welt schaffen ließen. Nur das Drehen an verschiedensten Stellschrauben bietet die Gewähr, dass nicht neue, möglicherweise noch schlimmere Krisen losbrechen. Wer beispielsweise für eine nationale Obergrenze eintritt, kommt nicht umhin, die Folgen für die Balkanländer und die dort aufbrandende Flüchtlingswelle zu bedenken. „Pulverfässer“ hat es dort zu Genüge gegeben.

Bestürzend ist, wie sorglos europäische Errungenschaften derzeit für obsolet erklärt werden. Darf man denn ernsthaft annehmen, dass sich die Überlastungen durch die Flüchtlingssituation vermindern werden, wenn Europa Schaden nimmt? Kurzfristig mögen nationale Alleingänge Erleichterung schaffen, aber – voneinander losgelöst handelnd – würde die Überforderung der Einzelstaaten zwangsläufig wachsen. Bei den Fluchtbewegungen handelt es sich um ein globales Phänomen, dem sie nie und nimmer allein Herr werden könnten. Kontrollverluste drohten dann erst recht: Wer glaubt denn, dass eine von Not und Kriegen getriebene, im Aufbruch befindliche Welt „ferne Inseln der Glückseligen“ unberührt lassen würde?

Das aktuelle Drama muss nicht zur Tragödie werden. Zu „mehr Verliebtheit ins Gelingen“ rät – noch relativ einsam im derzeit düsteren deutschen Blätterwald – der Journalist Thomas Schmid mit Blick auf europäische Lösungswege und verweist darauf, dass zuweilen aus schwachen Positionen heraus mehr bewirkt worden ist als „aus dem Realismus der Abgebrühten“.

Europa steht nicht zum ersten Mal am Scheideweg. Da muss diskutiert werden, da kann man in vielen Fragen – wie etwa der deutschen und europäischen Identität sowie der Integrationsziele – unterschiedlicher Meinung sein. Dies spiegelt diese Ausgabe der *Politischen Meinung* besonders deutlich wider. Aber die Richtung muss erkennbar bleiben: Ein Zerfall Europas muss verhindert werden! Alles andere wäre eine Kapitulation vor der Zukunft.

Bis auf Weiteres werden deshalb bitte die Apokalypsen vertagt – die lustvoll herbeigeraunten wie die wirklich drohenden.



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Wir – was uns prägt, was uns eint

14 SPRECHEN ÜBER DAS EIGENE

Petra Bahr

Die aktuelle Debatte als Chance

19 AUS FLÜCHTLINGEN „DEUTSCHE“ MACHEN

Herfried Münkler

Über das Ziel einer nachhaltigen
Integration von Migranten

26 WIR UND DIE ANDEREN

Karl-Heinz Kohl

Vom Ethnozentrismus zur
Willkommenskultur

31 PFLICHT FÜR ALLE

Julia Klöckner

Über Integration als Generationen-
vertrag auf Gegenseitigkeit

36 RELIGION IST DEN DEUTSCHEN „WURSCHT“

Michael Wolffsohn

Schein-Ketzerisches zur nationalen
Bedeutung von Islam, Judentum und
Christentum

43 INTERVIEW: GEERBTE UND ENTDECKTE IDENTITÄT

Der Freiburger Islamwissenschaftler
Abdel-Hakim Ourghi über kulturelle
und religiöse Prägungen

52 INTERVIEW: DAS PARTIKULARE UND DAS UNIVERSELLE

Udo Di Fabio über die Geschehnisse
am Kölner Hauptbahnhof, über
universelle Werte, europäische Identität
und deutsche Nationalkultur

69 DAS VATERLAND

Alexander Brakel

Ein „Parforceritt“ durch seine Geschichte

80 KENNT DER KAPITALISMUS (K)EIN VATERLAND?

Max A. Höfer

Zu Grenzen und Loyalitäten in Zeiten
von Shareholder-Value

85 POSTNATIONALE GESELLSCHAFT?

Michael Böhm

Warum das Konzept des Vaterlands
allein nicht funktioniert

92 WIE SICH DIE DEUTSCHE NATION ERFAND

Christine Bach

Vom Zusammenhang von Kultur- und
Staatsnation im 19. Jahrhundert

97 MILITÄRISCH EINSTEHEN

Norbert Lammert

Zur Rolle der Bundeswehr als
Parlamentsarmee

Kommentiert

24 **DAS AMBIVALENTE „WIR“**

Manfred Lütz

Von Vereinnahmung, Egotrips und Mitmenschlichkeit

47 **NUR NICHT HOCHSCHAUKELN!**

Klaus Dicke

Die öffentliche Debatte nach den Kölner Ereignissen erfordert Deeskalation

Erzählt

59 **TUGENDEN DES ZUSAMMENLEBENS**

Respekt: Tania Kambouri

Offenheit: Lisa Scheremet

Solidarität: Naeem Khalaf

Zivilcourage: Asfa-Wossen Asserate

74 **MEINE TRAGBARE HEIMAT**

Marica Bodrožić

Über Menschlichkeit und die Mutter-Sprache Deutsch

Impulse

102 **KEIN BÜNDNISFALL, ABER EIN FALL FÜR DAS BÜNDNIS**

Andreas Jacobs

Die NATO und der Kampf gegen den „Islamischen Staat“

112 **FORTSCHRITTE BEI DER PFLEGE**

Karl-Josef Laumann

Über die Reformen der Pflegeversicherung

Gelesen

107 **STARKE MÄCHTE**

Christian Hacke

Die zentrale Bedeutung hegemonialer Ordnungsmächte wird wissenschaftlich belegt

123 **ATMENDE WÄHRUNGSUNION**

Hans Reckers

Eine kritische Euro-Analyse von Hans-Werner Sinn

Trends im Wahljahr 2016

116 **PARTEIENSYSTEM IN BEWEGUNG?**

Tobias Montag

Trends und Kontinuitäten im Wahljahr 2016

120 **IM STURZFLUG?**

Franziska Fislage

Zur Diskussion über die sinkende Wahlbeteiligung

Aus der Stiftung

126 **DAS JAHRESMOTIV 2016**

Frauke Gottwald

Der Grundton im vielfältigen Engagement der Stiftung



Das Fremde an uns

Man wird es nicht für möglich halten – Trachten: opulent, farbenfroh, unendlich formenreich, handwerklich so raffiniert gearbeitet wie Pariser Haute couture! So zeigt der Modefotograf Gregor Hohenberg ein Kulturgut, das vielen als verstaubt, manchen sogar als deutschtümelnd erscheint. Dabei ist die Vielfalt das eigentlich Spezifische an der deutschen Trachtenlandschaft, die der im Gestalten Verlag erschienene Bildband *Trachten* ausdrucksstark inszeniert. Nicht selten scheinen die wunderbar anmutenden Gewänder und Hauben aus völlig anderen Weltgegenden zu stammen. Immer sind internationale Einflüsse auszumachen. So sind die Trachten Zeugnisse ureigener Tradition, Geschichte und Identität; gerade, weil sie deutlich machen: Wir sind, was wir geworden sind – immer auch durch andere.

Die Herkunft der abgebildeten Trachten lässt sich anhand der Karte auf der vorderen Umschlaginnenseite nachvollziehen.

Trachten. Fotografiert von Gregor Hohenberg. Herausgegeben von Robert Klanten, Gregor Hohenberg und Annett Hohenberg, Texte von Tillmann Prüfer, © Gestalten, 2015.

Wir

—

Was uns prägt,
was uns eint





Österte-Tracht: Fremdartig wirkendes Brautgewand mit imposanter Glasperlen-Krone.

Dachauer Tracht: Lange Lederhosen und das Gegenteil von Dirndl:
Kleid mit hochgerückter Taille nach Art des französischen Empire-Stils.









Burger Tracht: Zeugnis einer slawischen Minderheit, die sich um 500 n. Chr. im heutigen Spreewald ansiedelte.





Westerte-Tracht: Flügelhaube, Halskrause, schwere Stoffe – wie einst am spanischen Königshof.

Sprechen über das Eigene

—
Die aktuelle Debatte als Chance

PETRA BAHR

Geboren 1966 in Lüdenscheid,
Leiterin der Hauptabteilung Politik
und Beratung der Konrad-Adenauer-
Stiftung.

Über das Fremde spricht es sich leichter als über das Eigene. Deshalb sind Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden in unser Land kommen, zwar der Anlass, aber nicht die einzigen Adressaten der Debatte um die „Leitkultur“. Es ist

wahr: Die, die zu uns kommen, brauchen eine Orientierung, die ihnen hilft, unsere Erwartungen, Regeln und Lebensformen zu verstehen. Sie sollen auch wissen, welche Voraussetzungen für das Heimischwerden in unserem Land gelten. Doch auch die Autochthonen oder die, die schon vor längerer oder gar sehr langer Zeit eingewandert sind, brauchen eine Orientierungshilfe, sie brauchen eine Verständigung und eine Vergewisserung. Wie wollen wir

in einer Gesellschaft des sich zusehends verschärfenden Pluralismus der Herkünfte, Lebensformen und Vorstellungen von einer guten Zukunft gemeinsam leben? Die deutsche Gesellschaft, wir alle, werden uns mit den Flüchtlingen gemeinsam verändern. Eine Leitkulturdebatte unterläuft deshalb notwendigerweise die Unterscheidung in „sie“ und „wir“, wenn sie sich ernst genug nimmt. In dieser Debatte geht es um den gemeinsamen Horizont aller.

Die aktuellen Flüchtlingsbewegungen sind Vorboten einer Welt, in der die globalen Verwerfungen und Krisen, aber auch die Möglichkeiten und Chancen überall sichtbar werden. Wir Deutschen müssen uns fragen, wie wir uns als Einwanderungsgesellschaft verstehen. Lange haben wir diese Debatte nicht geführt – und sind doch eines der erfolgreichsten und liberalsten Länder der Welt geworden, bei all den integrationspolitischen Problemen, die es schon vor den großen Fluchtbewegungen gab. Die Verständigung über den gemeinsamen Horizont wird vor allem als Thematisierung von Verlustängsten geführt. Das „Eigene“ steht auf dem Spiel, auch wenn es schwerfällt, dieses „Eigene“ benennen zu können. Diese Furcht vor dem Verlust des Eigenen ist Ausdruck von Sorgen, aber auch von Kränkungen, weil durch die rasante Veränderung der Welt viele Erschütterungen zu innerer und äußerer Haltlosigkeit führen. Die Fremdheit in der eigenen Welt trifft nun auch Fremde aus einer anderen Welt. Wer die eigene Kränkung auf den Fremden projiziert, für den ist das Eigene aber noch nicht sagbarer geworden. Er kann nur besser von der Leerstelle ablenken. Es bedarf deshalb einer auch öffentlichen Einübung ins Sprechen, ja Besprechen dessen, was angesichts der gewaltigen Bewegungen, die auch die deutsche Gesellschaft ergreifen, in den Zeiten kommender Spannungen zusammenhält. Dazu braucht es auch einen Sinn für die eigene Geschichte, vor allem aber eine gründliche Analyse. Wie funktioniert diese Gesellschaft denn? Was macht sie aus? Und woran scheitert sie? Fehlt diese Analyse, wird sie gar ersetzt durch ein apokalyptisches Raunen, dass jetzt eine Ära unwiederbringlich zu Ende gehe, wird aus dem unsagbar Eigenen im Gegenüber die Differenz zum Fremden, dann entstehen nur Wut und Abgrenzung bis hin zur Gewalt, es entsteht jedoch keine „Kultur“.

Die Diskussion darüber, ob der Leitkulturbegriff geeignet oder ungeeignet, längst verbraucht oder noch gar nicht richtig entdeckt ist, bleibt so lange ein Ablenkungsmanöver von Intellektuellen und Talkshowgästen wie die Frage, *welche* Haltungen, welche Regeln und welche Orientierungen für das Miteinander in einer offenen, pluralen, freiheitlichen Gesellschaft es denn genau sind, die für unser Zusammenleben unabdingbar sind. Noch ist die Diskussion ähnlich verdrückt wie die Debatte um die Frage, ob es einen Kanon kultureller Regeln, Texte, Bücher oder Bilder geben muss, in dem diese künftig leitende Kultur beispielhaft aufgehoben ist. Eher diskutiert man über den Sinn oder Unsinn verbindlicher Kanonizes, als probeweise einen Kanon zusammenzustellen. Die Kanondebatten der letzten Jahre zeigen aber auch, dass im fruchtbaren Streit ein großer Konsens besteht über das, was nach wie

vor oder immer wieder neu als kostbar erachtet wird. Man könnte sogar weiter gehen: Schon die intensive Diskussion über das, was zum Kanon gehört und was er an Kraft für die heute Lebenden verloren hat, ist Teil des Vergewisserungsprozesses: Was ist uns eigentlich wichtig? Ein Kanon versammelt das, was heute gültig ist. Der Kanon ist deshalb ein Modell für die Dynamik des Konservierens im heute nach den Kriterien von heute: Neue Texte kommen dazu, andere, ältere werden verworfen, noch ältere werden wiederentdeckt. Kanonisierungsprozesse sind Leitbildprozesse en miniature.

Leitkulturdebatten sind konservativ. Sie zu führen, steht deshalb Konservativen gut zu Gesicht. Allerdings geht es in diesem recht verstandenen Konservatismus nicht um den Schutz des Alten gegen eine Bedrohung durch Neues. Schon gar nicht verbirgt sich hinter dieser Debatte eine politische Nostalgie. Der wahrhaft Konservative nimmt die Gegenwart, wie sie ist. Diesseits von Euphorie oder Untergangspanthasien, die er beide als Anmaßung gegenüber der Geschichte empfindet, fragt er nach dem Verteidigungswerten *in* der Veränderung, nicht nach einem Fluchtweg aus dieser Veränderung. Unter Umständen ist es deshalb der Konservative, der auch zum Vergessen oder Verabschieden von nur vermeintlich Wichtigem ermutigt. Konservatismus ist deshalb nicht das Gegenteil einer Bewegung in eine offene Zukunft, sondern ihr Orientierungssinn. Die derzeitige Flüchtlingskrise ist eine Chance des Konservatismus für identitätspolitische Antworten, wenn es gelingt, Fragen nach Zugehörigkeit und Heimat, nach Selbstgewissheit und Gemeinwohl mit allen und für alle zu führen. Eine Identitätspolitik durch Abgrenzung schafft weder für individuelle noch für kollektive Identitäten ein stabiles Vertrauen in die eigenen Ressourcen. Identität durch Abgrenzung bleibt außenbestimmt und deshalb labil.

DAS GRUNDGESETZ IST AUCH GERONNENE KULTUR

Die Frage nach der Leitkultur lässt sich nicht mit dem Hinweis auf das schöne Wort „Verfassungspatriotismus“ beantworten. Die Verfassung ist mehr als ein Bündel von Abwehrrechten gegen den Staat, aber auch mehr als ein verständlicher Regelkanon, den man nur auswendig lernen muss (obwohl es eine schöne Übung für Schulkinder wäre, wenigstens die ersten Artikel des Grundgesetzes „by heart“, also in Kopf und Herz, zu haben). Die Leitbegriffe des Grundgesetzes, von der Menschenwürde bis zur Meinungsfreiheit, sind voraussetzungsvoll. Die Verfassung als geronnenes Recht ist auch geronnene Kultur. Jede neue Entscheidung, jeder Versuch, Verfassungstreue und gesellschaftlichen Wandel in Rechtsauslegung und Rechtsprechung weiterzuentwickeln, zeigt, dass diese „Kultur“ nichts Abständiges, Vergangenes oder Festes ist. Sie ist selbst im Wandel. Wer wollte bestreiten, dass in alle Zentralbegriffe

des Grundgesetzes kulturelle Vorstellungen eingewandert sind, die aus dem breiten Strom der Religions- und Geistesgeschichte gespeist sind? Deshalb lohnt es sich, die Verfassung auch als kulturellen Text zu lesen. Es könnten sogar wertvolle Hinweise für eine Alltagsleitkultur daraus erwachsen. Der Artikel über Religionsfreiheit etwa steht im Horizont vergangener Religionskonflikte und ihrer Bändigung durch den Staat. Der Hinweis darauf, dass im Namen der Religionsfreiheit nicht alles geht, schon gar nicht die Beschimpfung, Verunglimpfung oder gar Bestrafung derer, die sich von der eigenen Religion abwenden, dass die Gleichwürdigkeit der Geschlechter auch in religiösen Angelegenheiten gilt und Schranken der Religionsfreiheit, etwa im Falle des Kopftuches von Beamtinnen, möglich (und nötig) sind, ergibt sich aber nicht aus dem Gesetzestext, sondern höchstens aus Rechtsprechung und Auslegung, ist für alle greifbar aber in der gelebten Praxis der Religionsgemeinschaften in Deutschland.

Eine positive Formulierung der Rolle des Staates, mithin des Rechtsstaates, seiner Institutionen und seiner Symbole, gehört zu den ersten Aufgaben der Leitkultur in der Einwanderungsgesellschaft. Die Achtung und der Respekt vor Vertreterinnen und Vertretern dieses Staates, der nicht als das andere unser selbst, sondern als durch das Staatsvolk verfasst gedacht und verteidigt werden muss, muss Thema der künftigen Leitkultur sein. Es stimmt: Der freiheitlich-demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Er lebt von den Überzeugungen und Haltungen, vom Mitwirken und Mitgestalten seiner Bürger. Doch die offene, plurale Gesellschaft lebt nur unter den Voraussetzungen, die der Staat garantieren kann.

VORSICHT VOR DER LAIZISTISCHEN VERSUCHUNG

Wenn gilt, dass Kultur das ist, was sich von selbst versteht und latent bleibt, dann wird die Thematisierung des Selbstverständlichen auch seinen Gegenstand verändern. Wem ist denn noch klar, dass sich der Sonntagsschutz der prägenden Kraft des Christentums verdankt und nicht der Kultur des „Auschlafens und Brunchens“? Rückbesinnungen haben immer auch Konsequenzen, sobald sie mehr als rhetorische Rückverweise sind. Dabei lohnt es sich übrigens auch, die zu fragen, die mit wachem Blick zu anderen Wahrnehmungen kommen: Was bedeutet die Beobachtung von Flüchtlingen, dass Deutschland ein sehr christliches Land sei, für künftige Debatten über die Rolle der Religion in der Öffentlichkeit? Schon jetzt zeigt sich angesichts der lebensverachtenden Fratze des radikalen Islamismus eine neue Neigung zum Laizismus, also zu der politischen Weltanschauung, nach der es uns allen besser ginge, wenn Religion keine Rolle im öffentlichen Leben spielte. Zur deutschen Leitkultur gehört es, auch in schwierigen Zeiten der laizistischen Versuchung

nicht zu erliegen und Religion als ambivalente Macht zu beschreiben. Das stellt verfasste Kirchen vor andere Herausforderungen als die muslimischen Religionsgemeinschaften. Gefordert sind aber alle, dieses Verhältnis neu auszuloten.

In allen Debatten um Leitkultur spielt die Aufklärung als Pathosformel eine Hauptrolle. Die Ideale der Aufklärung – Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte – werden mit einem Ausrufezeichen versehen. Die Aufklärung ist aber kein abgeschlossenes Geschichtszeichen, von dessen Strahlkraft wir heute noch zehren. Als Befreiung und „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Immanuel Kant) ist Aufklärung ein Projekt, eine ständige Aufgabe, eine Herausforderung, die heute eher noch wächst. Nichts ist vor dieser Anforderung sicher. Keine heiligen Bücher, keine heiligen Männer und Frauen, keine mitgebrachten oder vorgefundenen Traditionen, aber auch nicht das „Eigene“, das seine Aura nur so lange behält, wie es unbefragt bleibt. Diese Befragung kann schwer erträgliche Formen annehmen. Deshalb ist Aufklärung auch eine Zumutung, die wir einander aber nicht ersparen dürfen. Das ist das Wagnis der geistigen und politischen Freiheit, das wir im Westen eingegangen sind. Diese Aufklärung auf Dauer zu stellen, sich in seiner Urteilskraft von Besonnenheit und genauem Blick leiten zu lassen, ist vielleicht die schwerste Übung in Zeiten, in der aggressive Ungeduld, schnelle Lösungen und markige Worte so viel leichter zu sein scheinen als das aktive Aushalten einer offenen Zukunft.

Selbstverständigungsdebatten brauchen ein Forum, auf dem gemeinsam über Haltungen, Regeln und anerkannt Gültiges geredet wird. In Zeiten, in der mediale Öffentlichkeiten immer stärker fragmentieren und Netzgemeinschaften zu Selbstverstärkungs-Gemeinschaften werden, die sich abschließen gegen den Austausch von Informationen und den Streit um ihre Deutungen. Da ist schon die Klärung dessen, was der Fall ist, nicht mehr leicht herbeizuführen. Deshalb stellt sich mit großem Ernst die Frage: wo das Sprechen über das Gemeinsame denn anders als durch schroffe Abgrenzungen gegenüber den anderen, „die da oben“ oder „die von draußen“ gelingen soll. Die demokratische Kultur, als deren Basis und Einlösung die kommende Leitkulturdebatte verstanden werden muss, braucht Austragungsorte und Bühnen für diese Diskussion. Nicht nur über das „Was“, sondern auch über das „Wo“ braucht es eine Verständigung. Es braucht Orte, wo das Sprechen über das Eigene, das Wichtige, das unmittelbar Notwendige eingeübt werden kann. Es braucht vertrauenswürdige Sprecherinnen und Sprecher, die auf großen und kleinen Bühnen möglichst viele Stimmen repräsentieren. Identitätspolitik, die akzeptiert, dass es Identität immer nur als Bewegung im Werden, als Selbstverständigungsprozess gibt, wird neue Orte des Sprechens erfinden und alten Orten neue Glaubwürdigkeit geben müssen.

Aus Flüchtlingen „Deutsche“ machen

Über das Ziel einer nachhaltigen Integration von Migranten

HERFRIED MÜNKLER

Geboren 1951 in Friedberg (Hessen),
Lehrstuhl Theorie der Politik,
Humboldt-Universität zu Berlin.

Aus zweierlei Sicht ist gegen die Formel, jetzt komme es darauf an, aus Flüchtlingen „Deutsche“ zu machen, Widerspruch erhoben worden: im Hinblick auf die Migranten, die das gar nicht wollten, weil es ja darauf hinausliefe, dass sie ihre Identität aufgeben würden, und aus der Sicht einiger Deutscher, die das für unmöglich halten, weil man entweder als Deutscher geboren worden sein oder sich zumindest von Kindesbeinen an im deutschen Kulturkreis aufgehalten haben müsse, um auf dem früh begonnenen Weg der Sozialisation ein Deutscher zu werden. Wer hingegen als Erwachsener oder fast erwachsener Jugendlicher auf der Balkanroute oder über das Mittelmeer nach Europa und schließlich nach Deutschland gekommen sei, der könne auch bei bestem Willen kein Deutscher mehr werden. Beide Argumentationslinien, die einer angeblichen Rücksicht auf die Migranten und die einer nahezu nicht anzueignenden deutschen Identität,

laufen im Ergebnis auf dasselbe hinaus: dass diejenigen, die seit dem Spätsommer 2015 als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, wenn sie hier bleiben, eine Parallelgesellschaft bilden werden, die immer in Distanz zur deutschen Mehrheitsgesellschaft stehen wird.

Die linksalternative, nationalaverse Sicht, die den Migranten keine Integrationsbemühungen zumuten will und das für identitätspolitische Selbstbestimmung hält, läuft auf eine ethnisch-religiöse Patchworkgesellschaft hinaus, in der die jeweiligen Gruppen nur locker mit der deutschen Mehrheit vernäht sind, wobei diese Nähte entweder in der Beschäftigung bei demselben Unternehmen bestehen, sich aber auch auf das Anstehen an derselben Supermarktkasse beschränken können. Das freilich ist zu wenig, um das für eine funktionierende Zivilgesellschaft erforderliche Vertrauen hervorzu- bringen. Und auf eine lebendige Zivilgesellschaft ist, wie der Soziologe und Politikwissenschaftler Robert D. Putnam in seinen Untersuchungen gezeigt hat, eine jede demokratische Ordnung angewiesen, wenn sie mehr sein soll als ein formaler Mechanismus. Wer am Fortbestand der demokratischen Ordnung interessiert ist, muss die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern suchen.

Zugegebenermaßen kann sich innerhalb solcher Parallelgesellschaften – jedoch auf sie beschränkt – durchaus soziales Vertrauen entwickeln, aber das ist dann – in der Begrifflichkeit Putnams – *bonding* und nicht *bridging social capital*, also Sozialkapital, das stärker trennt als verbindet; es schafft eher Sollbruchstellen der Gesellschaft, als dass es deren Zusammenhalt stärkt. Das Binnentrauen der Gruppe lebt hier vom Misstrauen gegen den Rest der Gesellschaft. Das Multi-Kulti-Konzept, das auf eine nachhaltige Integration der Migranten verzichten zu können glaubt, ist der ideologische Repräsentant von Bankenplätzen und Handelsstädten: Die Fremden kommen, gehen aber nach einiger Zeit auch wieder, um der nächsten Gruppe Platz zu machen, bei der sich das Kommen und Gehen wiederholt und nicht zum Bleiben wird. Es sind die wirtschaftlich Starken, die sich derlei leisten können. Die Migranten, die jetzt nach Deutschland gekommen sind, gehören nicht dazu. Für sie ist die Ideologie der Multi-Kulti-Gesellschaft ein vergiftetes Angebot, das indes nur noch selten gemacht wird, nachdem es in den letzten Jahren viel von seinem anfänglichen Charme verloren hat.

WAS IST DEUTSCH?

Die Gegenposition dazu besteht darin, grundsätzlich die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Migranten infrage zu stellen und zu bestreiten, dass aus ihnen jemals „Deutsche“ werden könnten. Man kann diese Sichtweise zurückweisen, indem man die Integration zu einer empirischen Frage erklärt, die erst in drei, fünf oder zehn Jahren beantwortet werden

kann. Es kommt hinzu, dass eine auf Verallgemeinerung gegründete Aussage, wie die über die Integrationsunfähigkeit aller Migranten, schon dann als logisch widerlegt gilt, wenn es nur einen einzigen gibt, der als gut integriert angesehen werden kann. Damit sind alle, die die Möglichkeit der Integration bestreiten, gezwungen, Kriterien und Voraussetzungen des Gelingens beziehungsweise Misslingens von Integration zu benennen. In der Regel geht es dabei willkürlich zu. So kommt dabei in schlimmen Fällen heraus, dass eine Integration aus ihrer Sicht schon darum nicht gelingen könne, weil die Migranten nicht blond seien und als Dreijährige nicht regelmäßig die Sonntagschule besucht hätten. Die Pointe dabei ist, dass bei der Anwendung dieser Maßstäbe die Mehrzahl der Deutschen keine „Deutschen“ wären, sondern dies bloß vorgäben und die wirklichen Deutschen eine kleine Minderheit innerhalb der großen Anzahl derer bildeten, die bloß qua Personalausweis deutsche Staatsbürger sind.

Stattdessen soll hier unter einem Deutschen im Sinn des Zieles nachhaltiger Integration jeder verstanden werden, der davon überzeugt ist, dass er für sich und gegebenenfalls seine Familie durch Arbeit (oder Vermögen) selbst zu sorgen hat und nur in Not- und Ausnahmefällen darauf angewiesen ist, dass die Gemeinschaft ihm unter die Arme greift; der aber auch mit Gründen davon ausgehen kann, dass man durch eigene Anstrengung die angestrebte persönliche Anerkennung und einen gewissen sozialen Aufstieg erlangen kann; für den feststeht, dass die religiöse Überzeugung eine Privatangelegenheit ist, die im gesellschaftlichen Leben, bei der administrativen Bearbeitung von Anträgen sowie bei der Bewerbung um Arbeitsplätze und Stellen keine Rolle spielt; und der sich daran hält, dass die Wahl der Lebensform und des Lebenspartners in das individuelle Ermessen eines jeden Einzelnen gestellt ist und dabei zumindest im erwachsenen Alter nicht von der Familie vorgegeben werden kann. In diesem Sinn kann tatsächlich jeder ein Deutscher werden – aber nicht jeder wird dies wollen, und nicht alle, die es wollen, werden es schaffen. Obwohl diese vier Wesensmerkmale nicht sonderlich anspruchsvoll sind, ist doch auch klar, dass viele Deutsche dieser Definition des Deutschseins nicht ohne Weiteres genügen. Es ist also keineswegs eine Minimaldefinition des Deutschseins, um die es hier geht.

Bei einer nachhaltigen Integration im beschriebenen Sinn geht es somit nicht um eine administrative Maßnahme, einen Rechtsakt, der mit den üblichen bürokratischen Verfahren durchgeführt werden kann, sondern um einen langwierigen Prozess, der auch scheitern oder nur teilweise gelingen kann. Die Integration soll nämlich auf drei Feldern beziehungsweise in drei Bereichen erfolgen, und sie muss überall erfolgreich sein, damit sie als nachhaltig bezeichnet werden kann. Diese drei Bereiche sind der *Arbeitsmarkt*, der als erstes und wichtigstes Feld zu nennen ist, sodann die *Zivilgesellschaft*, die beim Sport beginnt und bis zu Nachbarschaftsinitiativen reicht, und schließlich das weite Feld der *sozialen und kulturellen Werte*, auf denen die politische

Ordnung Deutschlands beruht. Die in der Vergangenheit zu konstatierenden Verwerfungen bei der Integration von Fremden, etwa bei den sogenannten Gastarbeitern der 1960er- bis 1980er-Jahre oder den Balkanflüchtlingen der 1990er-Jahre, resultierten im Wesentlichen daraus, dass die Integration nur auf einem der genannten Felder stattfand und die beiden anderen Bereiche vernachlässigt wurden. Die Folgen zeigten sich dann regelmäßig in der zweiten Generation, und das vor allem dann, wenn die bei der ersten Generation selbstverständliche Integration in den Arbeitsmarkt (schließlich hatte man die „Gastarbeiter“ ja als Arbeitskräfte geholt) nicht gelang oder als ein Prozess wahrgenommen wurde, mit dem Diskriminierungen verbunden waren. Vor allem junge Männer fühlten sich dann abgelehnt und ausgeschlossen und bildeten eine feindselige Grundeinstellung gegenüber der Gesellschaft aus, in der sie lebten. Einige von ihnen gehören heute zum Rekrutierungsreservoir der Salafisten.

DAS SCHLECHTE BEISPIEL DER BANLIEUES

Vor allem dieses Scheitern ist gemeint, wenn in der gegenwärtigen Diskussion immer wieder auf die französischen Banlieues verwiesen wird. Sie sind der Bezugspunkt, wenn die jetzt nach Deutschland kommenden Flüchtlinge als Gefahr – und nicht auch als Chance – bezeichnet werden; dabei seien die Jugendlichen der Banlieues, die zu einem großen Problem der französischen Gesellschaft geworden sind, hinsichtlich ihrer Sprachkompetenz sehr viel besser in Frankreich integriert, als man dies von den jungen Männern, die jetzt aus Syrien, Pakistan oder Afghanistan nach Deutschland kommen, nach mehrjährigem Sprachunterricht erwarten könne. Die Beobachtung ist richtig, die daraus gezogene Schlussfolgerung, wonach eine Integration in Deutschland darum umso eher scheitern wird, ist dagegen falsch. Gerade weil sich die jungen Franzosen mit maghrebinischem Hintergrund aus den Banlieues am Rande der großen Städte in ihrer Sprachkompetenz von den Jugendlichen, deren Eltern seit Generationen Franzosen waren, nicht unterscheiden, hat sie der gravierende Unterschied bei der Chancenverteilung auf dem Arbeitsmarkt besonders getroffen. Integration ist nur dann nachhaltig, wenn sie in allen drei Bereichen erfolgt, während eine nur teilweise umgesetzte Integration schnell zu Wahrnehmungsmustern der Ablehnung führen und in Feindseligkeit umschlagen kann. Das ist der Grund, warum der Arbeitsmarkt als erster und wichtigster Integrationsbereich angesehen werden muss, wenn er auch nicht genügt, um den Integrationsprozess nachhaltig werden zu lassen.

An Bedeutung steht ihm nämlich das gesellschaftliche Leben kaum nach, und dieses sedimentiert sich vor allem in dem Ort und in der Art des Wohnens. Besonders integrationsfeindlich ist dabei die Unterbringung von Zuwanderern in riesigen Wohnblocks, in denen sie gesammelt und von anderen

Bürgern getrennt untergebracht werden; so entstehen zwangsläufig Parallelgesellschaften. Eine kluge Integrationspolitik achtet also darauf, dass solche ethnischen oder religiösen Zusammenballungen nicht entstehen, sondern die Migranten nach Möglichkeit auf verschiedene Stadtteile verteilt und dort diversifiziert untergebracht werden. Eine solche Wohnsituation hat zur Folge, dass die sozialen Kontakte zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen vielfältigt werden und dies „wie von selbst“ den Integrationsprozess begünstigt und beschleunigt. Hier stoßen wir freilich auf eine Paradoxie, deren Auflösung für Gelingen oder Scheitern einer nachhaltigen Integration ausschlaggebend ist: Alteingesessene lehnen den Zuzug von Neuankömmlingen in „ihre“ Wohngebiete bisweilen ab, leisten dagegen sogar Widerstand und tragen auf diese Weise zur Entstehung von Parallelgesellschaften bei, von denen sie anschließend sagen, sie machten ihnen Angst und seien der Beleg dafür, dass die Integration der Fremden nicht gelingen könne. Insofern beinhaltet ein nachhaltiger Integrationsprozess nicht nur Forderungen an die Migranten, die zu Deutschen werden sollen, sondern auch solche an die Deutschen, das Deutschwerden der Neuankömmlinge nicht durch sozio-kulturelle Ablehnung und Exklusion zu erschweren oder unmöglich zu machen.

STABILITÄT DURCH INTEGRATION

Was aber könnte die Skeptischen und gar Ablehnenden unter den Alteingesessenen dazu veranlassen, sich mehr auf die Anstrengungen und Mühen solcher Kontakte einzulassen? Sie könnten ja auch, wie immer wieder zu hören ist, unter sich bleiben. Sie gehen dabei davon aus, dass sich nichts ändern müsse, damit alles so bleiben könne, wie es jetzt ist, und unterschätzen damit die zentrale Verwundbarkeit unseres Wohlfahrtsstaates, die das Schrumpfen der demografischen Reproduktionsrate mit sich gebracht hat. Der Bevölkerungsrückgang führt in manchen Gegenden zum Zusammenbruch des Immobilienmarktes und zur Entwertung von Vermögen, die der Alterssicherung hatten dienen sollen, außerdem zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und in der Regel zu deutlich höheren Einzahlungen in die Rentenkasse, also zu einem insgesamt sinkenden Einkommen mit deutlichen Effekten für eine wirtschaftliche Abwärtsspirale. Nichts bleibt in Deutschland so, wie es ist, wenn sich nicht einiges ändert – etwa durch die Zuwanderung von Menschen aus genau jener Alterskohorte, die in Deutschland fehlt, weil in ihr zu wenig Kinder geboren wurden. Was lange als irreparabel galt, könnte in seinen negativen Folgen durch die jetzt erfolgende Zuwanderung gemildert werden – jedoch nur dann, wenn es gelingt, aus den Flüchtlingen im beschriebenen Sinn eben Deutsche zu machen.

Das ambivalente „Wir“

Von Vereinnahmung, Egotrips und Mitmenschlichkeit

MANFRED LÜTZ

Geboren 1954 in Bonn, Psychiater,
Theologe und Bestsellerautor.

Das Wir-Gefühl ist etwas durchaus Ambivalentes. „Wir sind die neue Zeit“, sangen die Nazis, das „Wir“ der sogenannten „Volksgemeinschaft“ appellierte an vermeintlich höchste Werte, allerdings mit niedrigsten Absichten und entsetzlichen Konsequenzen. Auch in Sekten kann das Wir-Gefühl im Sinne von „Wir hier drinnen“ gegen „Die da draußen“ pervertiert werden. Es ist nicht immer gut, wenn irgendwelche Leute „wir“ sagen. Gegen allzu viel „Wir“ wurde in jüngster Zeit ein neoliberales „Ich“ gestellt – nicht ohne Erfolg, wie man nicht nur in den von braunen und roten Diktaturen einst geistig verwüsteten östlichen Teilen unseres Lan-

des beobachten kann. Der Glücksratgeberstunami der vergangenen Jahre ist ein Symptom für diese Krise, denn da wird das Glück als Egotrip propagiert: Wie optimiere ich meine Glücksgefühle, meine Erfolgchancen, meine Interessen? Doch all diese Bücher sind letztlich Anleitungen zum Unglücklichsein, denn in ihnen beschreibt ein jeweils selbst ernannter Glücksguru, wie er persönlich glücklich wurde, und lässt dann den Leser traurig zurück, da der nun mal leider nicht der Autor ist. Für das eigene Wohlfühlglück geht es mit diesen hochtrabenden Wegweisern in die Sackgasse.

Dagegen sagt der Philosoph Robert Spaemann mit knapper Nüchternheit, es sei doch sehr die Frage, ob wir uns wirklich am wohlsten fühlen, wenn es uns um

nichts anderes geht als ums Wohlfühlen. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Tatsächlich ist das Dorf, in dem ich lebe, glücklicher, seit wir Flüchtlinge haben. Es gibt dort mehr ehrenamtliche Helfer als Asylsuchende. Manch einer, der sonst nur für sich allein gelebt hat, organisiert jetzt Deutschkurse, betreut Familien oder spendet Kleidung. Wer Menschen in Not hilft, erlebt das als unmittelbar sinnvoll. Und das macht glücklich.

IM „ICH“ BLEIBT MAN ALLEIN

Das Projekt der Maximierung bloß ichbezogener Glücksgefühle hat ein erreichbares, aber sinnloses Ziel. Wer wollte sich schon ständig unter Heroin setzen oder sein Glückszentrum im Gehirn permanent durch eine Elektrode reizen lassen? Aber es gibt, sagt der Philosoph Karl Jaspers, Grenzsituationen menschlicher Existenz, die unvermeidlich sind: Leiden, Schuld, Kampf und Tod. Nur wenn man zeigen könnte, wie man in diesen unvermeidlichen Situationen glücklich sein kann, dann könnte man tatsächlich unvermeidlich glücklich werden. Gerade in wieder bleiern Zeiten ist psychologisch klar: Wer immer befürchten müsste, in allfälligen Krisensituationen ins Nichts zu fallen, der könnte auch im Heute schon nicht wirklich glücklich sein. Wie wenig von dem bleibt, was im gesunden Leben wichtig schien, aber wie viel mehr das, was bleibt, Substanz hat, das kann man in unseren Tagen an der Wandlung Guido Westerwelles zu einem Menschen erleben, dem man existenzielle Betroffenheit abnimmt. Der Auschwitz-Überlebende Yehuda Bacon hat gesagt: „Das Leiden kann

einen Sinn haben, wenn es uns so tief erschüttert, dass wir erkennen, dass der andere, jeder andere, ist so wie ich selbst.“ Nur wer einen Sinn im Leben sieht, kann wirklich glücklich sein.

DAS „DU“ STEHT AM ANFANG DES MENSCHSEINS

Deswegen sind christliche Überzeugungen nicht irgendwelche privaten Kapriolen, sondern sie geben Menschen eine Sensibilität, durch die sie die Not der anderen Menschen mitfühlend wahrnehmen können, um dann ganz unegoistisch zu handeln. Wer glaubt, ist nie allein, hat Papst Benedikt XVI. gesagt. Das stimmt. Das heißt aber nicht nur, dass es das Christentum nie bloß individuell gibt, weil wir uns nicht selbst zum Glauben bringen, sondern durch das „Wir“ der Kirche durch 2.000 Jahre hindurch zum Glauben gebracht werden. Das heißt auch, dass man kein Christ ist, wenn man nur für sich lebt und nicht die Menschen an den Rändern beachtet, auf die Papst Franziskus unermüdlich hinweist, die anderen, für die ich Christ bin. Der jüdische Religionsphilosoph Martin Buber hat uns darauf hingewiesen, dass für das kleine Kind das Du, das Du der Mutter, das erste Erlebnis ist und erst dann langsam klar wird, dass da ein Ich ist, das dieses Du erlebt.

Für Christen gibt es Menschlichkeit nie ohne Mitmenschlichkeit und deswegen das Ich nie ohne das Wir.

Literatur

Manfred Lütz: *Wie Sie unvermeidlich glücklich werden. Eine Psychologie des Gelingens*, Gütersloh 2015.

Wir und die anderen

Vom Ethnozentrismus zur Willkommenskultur

KARL-HEINZ KOHL

Geboren 1948 in Fürth, Professor emeritus für Kultur- und Völkerkunde und Direktor des Frobenius-Instituts an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Bereits vor mehr als hundert Jahren hat der amerikanische Soziologe William G. Sumner einen Begriff geprägt, der bis heute einen der wichtigsten Beiträge zur Frage der Herausbildung ethnischer „Wir“-Gruppen darstellt. Bei der vergleichenden Untersuchung einiger der

damals als „primitiv“ bezeichneten Gesellschaften war er auf ein weltweit verbreitetes Phänomen gestoßen: den Ethnozentrismus. Die Angehörigen dieser kulturell wie sprachlich außerordentlich homogenen und wenig bindendifferenzierten *Face-to-Face*-Gesellschaften betrachteten ihr eigenes Territorium als Mitte der Welt. Die Schöpfergottheit selbst hatte es für sie geschaffen. Sie waren überzeugt davon, dass ihre Art zu leben die einzig richtige sei. Für die abartigen Sitten und Gebräuche ihrer Nachbarn hatten sie nur Verachtung übrig.

Die ethnozentrische Grundhaltung findet sich nicht nur bei den vermeintlich Primitiven. Vielmehr muss der Begriff „Primitive“ selbst als Ausdruck der Tendenz angesehen werden, Menschen mit Geringschätzung zu behandeln, deren Lebensgewohnheiten sich allzu sehr von den unseren unterscheiden. Der Ethnozentrismus stellt eine Art anthropologische Universalie

dar. Stammesgesellschaften ist er ebenso wenig fremd wie großen Nationen. Haben sie sich nicht auch in Europa gern nach ihren jeweils so abwegig anmutenden Essgewohnheiten benannt, wenn sie sich gegenseitig als „Spaghettifresser“, als „frogs“ oder als „krauts“ bezeichneten?

Die mit dem Eurozentrismus verbundenen abwertenden Urteile hängen eng mit der Abgrenzung zwischen „Wir“ und den „anderen“ zusammen. Bemerkenswert ist dabei, wie flexibel die Grenzen sind. Die „Wir“-Gruppe kann ein paar Dutzend nomadisierende Jäger und Sammler umfassen, die untereinander verwandt sind und dieselbe Sprache sprechen. Sie kann aber auch aus vielen Millionen Menschen bestehen, die sich allein für „zivilisiert“ halten und sich ihren „barbarischen“ Nachbarvölkern überlegen dünken. Denn im Prinzip ist auch der Nationalismus nichts anderes als eine Spielart des Ethnozentrismus. Doch woher rührt das Gemeinschaftsgefühl, das sich so gern in der Verachtung der anderen Ausdruck verschafft?

GLAUBE AN DIE „BLUTSVERWANDTSCHAFT“

Früher war man der Ansicht, dass dieses Gefühl wesentlich auf gemeinsamer Abstammung und Sprache, dem Zusammenleben in derselben eng umgrenzten Region, gemeinsamen Glaubensüberzeugungen und kulturellen Traditionen beruht. Diese Auffassung wird heute aber als essenzialistisch zurückgewiesen. Schon Max Weber hat darauf aufmerksam gemacht, dass das „Wir-Bewusstsein“ keineswegs an eine tatsächliche gemeinsame Herkunft gebunden ist. Es sei vielmehr umgekehrt das Zusammengehörigkeitsgefühl, das den Glauben an eine solche „Blutsverwandtschaft“ mitsamt seinen wichtigen Folgen für die politische Gemeinschaftsbildung oft erst erzeugt.¹ Heute gibt man daher einem konstruktivistischen Ethnizitätsbegriff den Vorzug, der ethnische Einheiten im Wesentlichen als „imaginierte Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) ansieht.

Als wegweisend für die Entwicklung dieses Begriffs gilt das Werk des norwegischen Ethnologen Fredrik Barth, der seit den 1950er-Jahren im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet forschte.² Im Mittelpunkt seiner Überlegungen steht der Begriff der ethnischen Grenze. Barth wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Selbstdefinition einer ethnischen Gruppe stets in einem Prozess der Abgrenzung erfolgt. Zur Herausbildung des ethnischen „Wir-Bewusstseins“ bedarf es notwendig der Interaktion und Friktion mit einer anderen sozialen Gruppe. Welche Züge als differierende Merkmale angesehen werden, hängt dabei von der jeweils besonderen Situation ab. Bei seinen Feldstudien hatte Barth so zum Beispiel beobachten können, dass zwischen den benachbarten Stammesgruppen der Paschtunen und Belutschen gewaltsam ausgetragene Streitigkeiten zwar an der Tagesordnung waren, die beiden

Gruppen sich aber gegenseitig unterstützten, sobald es zu einem bewaffneten Konflikt mit einer entfernteren dritten Gruppe kam. Das Solidaritätsfeld erweiterte sich beträchtlich, wenn es sich bei den Mitgliedern der fremden Stammesgruppe um Anhänger der Schia handelte. In einem solchen Fall betrachteten sich alle sunnitischen Afghanen als deren erklärte Gegner. Ethnische Einheiten formieren sich mithin immer in Opposition zu anderen, ähnlich strukturierten Gruppen. Dabei gilt: „Über Zugehörigkeit und Solidarität entscheidet immer das jeweilige Gegenüber.“³

ALTE UND NEUE SOLIDARITÄTSLINIEN

Doch wir müssten uns gar nicht erst ins ferne Afghanistan begeben, um solche Vorgänge näher zu untersuchen. Auch für die neuere europäische Geschichte sind sie vielfach belegt. Bismarck brach einen Krieg gegen Frankreich vom Zaun, um das deutsche Volk „in seinen Stämmen“ (wie es noch in der Weimarer Reichsverfassung hieß) zu vereinen. Kaiser Wilhelm II. versuchte sich desselben simplen Mechanismus zu bedienen, als er wenige Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs erklärte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ In der politischen Propaganda der Nationalsozialisten sollten solche Appelle an das Gemeinschaftsgefühl schließlich zu festen Wendungen werden. Den Zweiten Weltkrieg konnten sie auf diese Weise als unvermeidliche Reaktion auf eine von allen Seiten kommende Bedrohung erscheinen lassen.

Nach der erfolgten Aussöhnung mit den Kriegsgegnern im Westen wurden dann allerdings auch die Zugehörigkeits- und Solidaritätslinien neu definiert. Sie verliefen nun zwischen dem kommunistischen Ostblock und der politisch-militärischen Allianz, zu der sich die USA mit den europäischen Staaten des freien Westens zusammengetan hatten. Als die alte Sowjetunion zusammenbrach, ein osteuropäischer Staat nach dem anderen das Joch der Fremdherrschaft abschüttelte und die Europäische Gemeinschaft sich von einem wirtschaftlichen Zweckverband in einen politischen Staatenbund verwandelte, formierten sich die Grenzen nochmals neu. Die EU blieb zwar weiterhin ein Teil des Westens, doch begannen die wechselseitigen Zugehörigkeitsgefühle der einzelnen Mitglieder der Union nun stärker zu werden als die seit Jahrzehnten gepflegten Beziehungen zu den USA. Die alte Einheit des Westens, die sich der Frontstellung gegenüber dem kommunistischen Osten verdankt hatte, drohte zu zerbröckeln.

War es ein Zufall, dass in genau dieser historischen Situation der radikale Islamismus die Rolle des feindlichen Gegenübers übernahm, dessen es Fredrik Barth zufolge für die Herausbildung des ethnischen Identitätsbewusstseins immer bedarf? Hätte er dies nicht freiwillig getan, so hätte man ihn wohl eigens erfinden müssen. Im Islamismus kann der nach wie vor durch

christliche Werte geprägte Westen sein identitäts- und gemeinschaftsstiftendes Band finden. Mit der Erneuerung des alten Gegensatzes zwischen Orient und Okzident leben auch alte Stereotypen wieder auf, die man in Europa seit der Aufklärung mit der muslimischen Lebenswelt verband: politischer Despotismus, Unterdrückung der Frau, religiöser Fanatismus, drakonische Körperstrafen und vieles mehr. Zugleich formieren sich rechtsradikale Gruppierungen, die sich der Verteidigung des christlichen Europa gegen den Islam verschrieben haben.

Bemerkenswert an dieser jüngsten Entwicklung ist nun allerdings, dass sich heute in den Niederlanden, in Frankreich und nahezu allen osteuropäischen Staaten eine von populistischen Parteien getragene islamfeindliche Stimmung ausgebreitet hat, von der sich bisher in Deutschland nur eine kleine Minderheit hat anstecken lassen. Man hat sich zwar von der Illusion einer multikulturellen Gesellschaft inzwischen gelöst, aber es bleibt doch umso erstaunlicher, dass bei uns eine „Willkommenskultur“ von Bürgern aller Schichten getragen wird. Sofern sie ihr Gegenüber im religiös motivierten Terrorismus des „Islamischen Staates“ suchen, sind die Deutschen sicher auch nicht frei von ethnozentrischen Stereotypen. Doch differenziert man bei uns inzwischen sorgfältig zwischen den radikal-islamistischen Tätern und ihren muslimischen Opfern: Menschen, denen wir unsere Unterstützung nicht versagen dürfen.

EIGENE ERFAHRUNGEN UND WILLKOMMENSKULTUR

Zum Verständnis dieses Vorgangs muss man sich vergegenwärtigen, dass es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu der größten Bevölkerungsverschiebung gekommen war, die Europa je gesehen hat. Auf die Millionen von Vertriebenen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in den Westen geflohen waren, folgte der Exodus aus der DDR. Nachdem der Bau der Mauer diese Entwicklung gestoppt hatte, ergab sich ein erneuter Zuzug, denn der stetig zunehmende Bedarf an Arbeitskräften musste durch Anwerbungen im Ausland gedeckt werden. Den Gastarbeitern aus dem Süden folgten bald schon ihre Familien nach: Gäste, die blieben. Bereits im Vorfeld des Zusammenbruchs der Sowjetunion kam es wiederum zur großen Aussiedlerwellen aus dem Osten. Wahrscheinlich gibt es im Gebiet der früheren Bundesrepublik nur wenige Familien, die keine Erzählungen von näheren oder entfernten Verwandten vorweisen können, die entweder als Flüchtlinge, als Arbeitsmigranten oder als Aussiedler ins Land kamen.

Einen weiteren und nicht weniger wichtigen Faktor stellt die radikale Abkehr von allen rassistischen und menschenfeindlichen Ideologien dar, zu der die systematische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit

bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten geführt hat. Wer in den 1960er-Jahren groß geworden ist, wird sich noch gut daran erinnern, wie man sich auf den ersten Auslandsreisen der Herkunft aus dem verfeimten Land schämte. Die lange verschwiegenen Untaten des eigenen Volks wurden den Angehörigen der ersten Nachkriegsgeneration erst durch die Auschwitzprozesse bewusst. Für viele wirkten sie wie ein Schock. Während sie sich von allem distanzierten, was auch nur entfernt an „Deutschtum“ erinnerte, nahmen sie begierig auf, was aus England, Frankreich und den USA nach Deutschland kam. Als Angehörige dieser Generation in der ersten rot-grünen Koalition politische Schlüsselpositionen übernahmen, erschien ihnen die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft als ein Allheilmittel gegen das, was man damals als alte deutsche Übel ansah: Autoritätshörigkeit und Untertanengeist, aber auch die spöttisch als „preußisch“ bezeichneten Sekundärtugenden. Der Ablehnung des Eigenen entsprach die Zuwendung zum Fremden. Alles wollte man sein, nur nicht deutsch.

BEWÄHRUNGSPROBE DER TOLERANZ

Seither haben sich die Einstellungen zwar erneut gewandelt. Wenn schon nicht auf Deutschland selbst, so glaubt man doch stolz darauf sein zu können, dass wir heute in einer toleranten und humanitären Idealen verpflichteten Gesellschaft leben. Die eigentliche Bewährungsprobe stand aber bisher noch aus. Der Flüchtlingsstrom gibt Deutschland heute die Gelegenheit, der Welt zu zeigen, wie grundlegend es sich seit dem Ende der Nazi-Herrschaft geändert hat.

Auf diese Weise ist ein in der Geschichte transkultureller Beziehungen einmaliges Phänomen entstanden: Während in vielen Ländern Europas eine „Das-Boot-ist-voll-Mentalität“ um sich greift und alte Ressentiments wieder erwachen, lässt sich in Deutschland beobachten, wie der klassische Ethnozentrismus sich in sein Gegenteil verkehrt. An die Stelle der Abgrenzung tritt die Anerkennung. Vielleicht hat man den Ethnozentrismus zu früh zur Universalie erklärt. Zumindest bei uns greift heute die Erkenntnis um sich, dass wir auch immer die anderen und die anderen auch immer wir sind.

¹ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1976, S. 237 (219).

² Vgl. Barth, Fredrik (Hrsg.): *Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organization of Culture Difference*, Bergen/Oslo 1969.

³ Streck, Bernhard: „Die Stiftung von Gruppenidentität als ethnologisches Problem“, in: *Sociologus* 42,2 (1992), S. 101.

Pflicht für alle

Über Integration als Generationenvertrag auf Gegenseitigkeit

JULIA KLÖCKNER

Geboren 1972 in Bad Kreuznach, Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands.

Die Flüchtlingskrise hat viel bewegt, im ganz wörtlichen Sinne und auch in unseren Köpfen. Am deutlichsten wird dies durch die Sprache. Recht früh wurde der Begriff „Völkerwanderung“ verwendet und umgehend kritisiert. Heute, nicht einmal ein Jahr später, begreifen wir, dass diese Bezeichnung kaum übertrieben

war. Vor noch nicht allzu langer Zeit traute sich kaum jemand, von „Abschiebung“ abgelehnter Asylbewerber zu sprechen. Heute findet sich das Wort im politischen Sprachgebrauch fast aller Parteien. Schließlich ist es inzwischen Allgemeingut, von einer historischen Dimension und von einer Jahrhundertaufgabe zu sprechen, der wir uns unverhofft gegenübersehen.

Die Flüchtlingskrise stellt uns auf eine Probe, sie bedeutet einen Stresstest für unsere Institutionen und für viele handelnde Einzelpersonen. Wie gelingt es der Völkergemeinschaft, barbarischen Bürgerkriegen und fanatischem, ja faschistischem Terrorismus – den eigentlichen Fluchtursachen –

wirkungsvoll zu begegnen? Wie belastbar ist die Europäische Union als Wirtschafts-, Werte- und Schicksalsgemeinschaft? Wie gut funktioniert unser föderales System in der Bundesrepublik? Und schließlich und vielleicht am wichtigsten, weil am grundsätzlichsten, die Frage: Was ist uns wichtig? Welche Grundwerte gilt es hochzuhalten und zu verteidigen, wenn Hunderttausende Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen kommen und erfolgreich integriert werden sollen? Diese Selbstvergewisserung tut uns gut. Auch wenn es unbequem und anstrengend ist, erleben wir gerade eine Repolitisierung des öffentlichen Diskurses, der Gespräche im Freundes- und Familienkreis, der Debatte in den Medien. So viel Nachdenklichkeit, Ernsthaftigkeit und Bewegung im privaten und politischen Raum war selten in den vergangenen Jahren.

Gleichzeitig scheinen die Rechtspopulisten zu profitieren, die selbst ernannten Retter des christlichen Abendlandes. Aber auch für sie und ihre hohlen Parolen ist die Flüchtlingskrise ein Realitätscheck. Kirchen werden ja schließlich nicht wegen Überfüllung geschlossen, sondern weil sie nicht mehr von so vielen Menschen besucht werden. Dort könnte man im Übrigen erfahren, dass die Bibel eine einzige Geschichte von Flucht und Vertreibung ist und uns Mitmenschlichkeit, Solidarität und Demut lehrt im Angesicht der Not und der Bedrohung durch das Böse.

MULTIKULTI-WIDERSPRÜCHE

Auch auf der linken Seite des politischen Spektrums trifft Ideologie auf die Wirklichkeit der Flüchtlingskrise. Dort, wo Multikulti zu Hause ist, treten Widersprüche plötzlich offen zutage. Wie können mittelalterliche Frauenbilder, Homophobie und Antisemitismus gerade dort als kulturelle Vielfalt durchgehen, wo ansonsten für das Gendersternchen gekämpft wird?

Quer durch das politische Spektrum spüren wir jedenfalls, dass antrainierte Reflexe nicht mehr funktionieren, Rechts-Links-Schablonen nicht mehr passen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Diskussion um die Vollverschleierung von Frauen in Deutschland. Ich setze mich für ein Verbot ein und begründe dies mit meinem Einsatz für Gleichberechtigung und Frauenrechte – eigentlich also traditionell linke Themen, für die ich mich vom politischen Gegner aber wiederholt in die „rechte Ecke“ gestellt sehe. Tatsächlich betrachte ich diese Forderung aber weder als das eine noch als das andere, sondern als selbstverständliche Konsequenz unseres aufgeklärten, humanistischen Menschenbildes, das sich gar nicht in politische Lager einteilen lässt und auch nicht einteilen lassen sollte.

Wir müssen uns selbst dieses Kanons unserer Grundwerte versichern und ihn von jeglicher Ideologie frei halten. Nur so können wir darangehen, ihn den neuen Mitbürgern glaubwürdig zu vermitteln. Ihnen dürfen wir

schließlich nur das glaubhaft abverlangen, was wir selbst leben. Dabei wird Entschlossenheit zählen, aber – nach dem bewährten Motto „Fordern und Fördern“ – auch Geduld und Beharrlichkeit. Wir dürfen die Integration so vieler Menschen nicht dem Zufall überlassen, sondern müssen sie begleiten und mangelnde Bereitschaft notfalls auch ahnden. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass viele Flüchtlinge aus Unrechtsstaaten und völlig anderen Kulturkreisen zu uns kommen. Daher kann bei den meisten von ihnen ein rein kognitives Verständnis unserer Werteordnung nicht funktionieren wie das Umlegen eines Schalters – auch dann nicht, wenn der grundsätzliche Wille und die Bereitschaft dazu vorhanden sind. Da hilft es nicht, Flüchtlingen bei der Einreise ein Grundgesetz in die Hand zu drücken, das in ihre Muttersprache übersetzt wurde. Es geht um einen viel breiter angelegten Orientierungs- und Lernprozess.

RECHTE UND PFLICHTEN BEI DER INTEGRATION

Wo Rechte sind, da sind auch Pflichten – dieses zivilisatorische Naturgesetz bildet die Grundlage unserer Rechtsordnung. Auch hier wird es auf eine geduldige und klar verständliche Vermittlung ankommen. Dazu zählt zunächst die simple Tatsache, dass Regeln eingehalten und Verstöße bestraft werden, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und unsere Gerichtsbarkeit weltlich und religiös unabhängig ist. So selbstverständlich das alles für uns scheint, so neu und erklärungsbedürftig ist es für viele Zuwanderer. Wir dürfen ihnen das nicht vorhalten, aber genauso wenig dürfen wir ihnen den Umgang mit unserer Grundordnung freistellen. Viele Flüchtlinge streben nach Deutschland, weil sie unser Land bewundern und anderen vorziehen. Unser Erfolg, der diesen Reiz und diese Anziehungskraft ausübt, kommt aber nicht von ungefähr. Er fußt auf dem Prinzip des Rechtsstaates und auf der deutschen Kulturgeschichte und muss immer wieder, von Generation zu Generation, neu erarbeitet werden. Als Ergebnis dieses Prozesses leben wir heute in einer hochmodernen, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft. Teil dieser Erfolgsgeschichte zu werden, setzt bei jedem einzelnen Zuwanderer die Bereitschaft voraus, mit uns in genau dieser Gesellschaft zu leben und nicht daneben und schon gar nicht dagegen.

Uns allen muss an diesem Integrationserfolg genauso gelegen sein wie jedem zu Integrierenden. Deshalb kann dieser Prozess, dessen Bedeutung für die Zukunft kaum überschätzt werden kann, auch nicht nur auf Freiwilligkeit basieren. Integration ist Pflicht für alle Beteiligten, für den deutschen Staat und für unsere künftigen Mitbürger. Dabei sollten die Rollen klar verteilt sein; es muss deutlich werden, wer was leisten muss, wie das Ergebnis gemessen wird und was bei Versäumnissen geschieht.

Staatlicherseits wird es vor allem darum gehen, qualitativ und quantitativ ausreichende Sprach- und Integrationskurse sowie die notwendigen Nothilfe- und Transferleistungen bereitzustellen. Von den Flüchtlingen, die auf absehbare Zeit bei uns bleiben werden, verlangen wir im Gegenzug, diese Angebote auch anzunehmen, Schulen zu besuchen, Berufsausbildungen zu absolvieren, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. So wird die Integration genauso funktionieren wie ein Handschlag – beide Seiten müssen mitmachen.

IMPULS ZUR MODERNISIERUNG

Das deutsche Staatswesen zeichnet sich durch ein föderales und subsidiäres System aus, das uns von vielen anderen Ländern unterscheidet und das durch die Flüchtlingskrise besonders herausgefordert wird. Wir erleben mit, wie gerade an bestimmten Institutionen, Verfahren und Abläufen der Rost abgeschlagen wird. Angefangen von Zuständigkeiten bis hin zur mangelnden Kompatibilität von IT-Systemen unterschiedlicher Behörden zeigen sich schon lange vorhandene Mängel plötzlich sehr klar, die jetzt unter Hochdruck behoben werden müssen. Und im direkten Wettbewerb, zum Beispiel der Bundesländer oder auch einzelner Kommunen untereinander, sehen wir jetzt deutlich, wer wie gut oder schlecht mit der gemeinsamen Herausforderung umgeht. Auch wenn dieses speziell deutsche – für Ausländer manchmal absonderlich wirkende – Konstrukt meist schwerfälliger agiert als zentralistisch regierte Staaten, erweist es sich doch als robuster und letztendlich lernfähiger.

Dass sich diese Feststellung auch für die – ebenfalls sehr spezielle – Europäische Union (EU) treffen lässt, bleibt zu hoffen. Wenn Politikern oft der Mut abgesprochen wird, lässt sich nur entgegenen: Die europäische Einigung war bei jedem einzelnen Schritt mutig. Beherzt wurden politische Projekte, wie zum Beispiel die gemeinsame Währung oder auch der Schengen-Raum, umgesetzt. In Schönwetterzeiten haben wir alle von den Vorteilen profitiert. Nun geht es darum, diese Errungenschaften sturmfest zu machen. Eine Lektion der jüngsten Jahre hieß: Keine Währungsunion funktioniert ohne gemeinsame Finanzpolitik. Jetzt lernen wir analog: Die Schengenzone braucht eine gemeinsame, wirkungsvolle Grenzsicherung. Auch hier dient die Flüchtlingskrise als schwieriger, aber vielleicht auch notwendiger Stress-test. Wenn wir ihn bestehen, wird die EU gestärkt daraus hervorgehen.

Auch hier gilt allerdings, wie bei der Integration der Flüchtlinge, dass es keine Rechte ohne Pflichten gibt. Gerade die mittel- und südosteuropäischen EU-Mitglieder profitieren vom Schengensystem und von den Strukturfonds. Dem Plan der Europäischen Kommission, eine faire Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Union zu erreichen, ist deshalb auch nichts entgegenzusetzen. Trotz irritierender Signale, vor allem aus Budapest und Warschau,

ist letztendlich nur eine rationale Abwägung von Vor- und Nachteilen denkbar, die gegebenenfalls bei Vertragsverletzungen erst erstritten werden muss. Vom Ausgang dieser Auseinandersetzung – und nicht zuletzt von dem Faktor Zeit – wird es maßgeblich abhängen, ob Europa als Teil des Problems oder der Lösung der Flüchtlingskrise erscheint.

DIE GEOPOLITISCHE DIMENSION

Am unsichersten und von deutscher Seite am schwierigsten zu beeinflussen ist schließlich die geopolitische Dimension der Flüchtlingskrise. Die Komplexität des Syrienkrieges, verbunden mit Interessen der verschiedenen Regionalmächte, erscheint militärisch und politisch fast unlösbar. Allerdings müssen wir uns dennoch selbstkritisch fragen, ob wir zum Beispiel im wesentlich weniger komplexen Fall Libyens eine Stabilisierung hätten erreichen und ein Abgleiten zum *failed state* verhindern können, da doch die NATO am Regimewechsel dort aktiv beteiligt war.

Diese neue Weltordnung, die eher als eine Weltunordnung anmutet, wird die Vertretung deutscher und europäischer Interessen nicht einfacher machen. In bestimmten Situationen werden wir notgedrungen darauf angewiesen sein, selbst mit autokratischen Regimen zu kooperieren und schwierige Kompromisse zu schließen, praktische Politik mit unserer unverhandelbaren Menschenrechtsagenda in Einklang zu bringen. Das gilt zum Beispiel für Gespräche mit Saudi-Arabien, Ägypten oder Algerien. Auch der aktuelle EU-Türkei-Pakt erfordert schwierige Kompromisse.

Wer darüber die Nase rümpft, der sei an die Ostpolitik der 1970er-Jahre erinnert, an die heutigen deutsch-chinesischen Beziehungen und an die aktuellen Nuklearverhandlungen mit dem Iran. Beharrlicher Dialog, die Definition gemeinsamer Interessen und die klare Benennung von Konfliktlinien können Vertrauen und schließlich Fortschritt bringen. Ohne eine solche Annäherung aber ist dieser von vornherein ausgeschlossen.

Im größtmöglichen Maßstab – dem der gesamten Menschheit – hat sich dieses Prinzip jüngst auf dem Pariser Klimagipfel bewährt. Gelingt uns allerdings die Umsetzung der dort erzielten Einigung nicht, würden massiv steigende Meeresspiegel irgendwann Hunderte von Millionen Menschen vertreiben. Die aktuelle Flüchtlingskrise des Jahres 2015 wäre dann nur ein gelinder Vorgeschmack. Auch das wird uns gerade deutlich.

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 20. Dezember 2015.

Religion ist den Deutschen „wurscht“

Schein-Ketzerisches zur nationalen Bedeutung von
Islam, Judentum und Christentum

MICHAEL WOLFFSOHN

Geboren 1947 in Tel Aviv,
1981 bis 2012 Professor i. R. für
Neuere Geschichte an der
Bundeswehruniversität München.

Freiwilliger Verlust des Christlich-Jüdischen
Wiederholten Unkenrufen zum Trotz: Unterge-
gangen ist weder das Abendland noch Deutsch-
land. Christlich sind beide längst nicht mehr.
Christlich-jüdisch erst recht nicht, und der Zu-

satz „jüdisch“ war ohnehin weitgehend der wiedergutmachenden bundes-
deutschen, teils westeuropäischen Nachkriegsgesinnung geschuldet. Stich-
wort „schlechtes Gewissen“.

Den Verlust des Christlichen im Abendland sowie in Deutschland mag
man bedauern oder begrüßen. So ist es. Diese Situation entstand selbstbe-
stimmt durch Geburtschristen und nicht migrationsbedingt fremdbestimmt.

Der empirische Befund ist eindeutig. Immer weniger deutsche Geburtschristen üben ihr Christentum aus, gehen in die Kirche oder verfügen über christliches Basiswissen. Immer weniger Deutsche wissen, weshalb Weihnachten gefeiert wird, vom Heiligen Geist des Pfingstfests ganz zu schweigen.

Das zu sagen, heißt nicht, es gäbe keine praktizierenden Christen mehr in Deutschland. Sie bilden jedoch, anders als noch in der bundesdeutschen Frühzeit, nicht mehr die Mehrheit der Deutschen.

Interesse am Islam – wegen des Terrors

Das seit der Iranisch-Islamischen Revolution von 1979, den Mega-Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 („Nine/Eleven“) in New York und Washington D. C., Madrid (2004), London (2005) oder Paris (Januar und November 2015) wiedererwachte Interesse an der Religion hat in Deutschland und Westeuropa selten religiöse Gründe. Dieses gilt den Ursachen des islamistischen Terrors und der empirisch berechtigten Angst vor diesem. Das scheinbar religiöse, tatsächlich sicherheitspolitisch bedingte Interesse an der politisch-gesellschaftlichen Dimension des *Islam* ist vom einwanderungspolitischen nicht zu trennen.

Der Kern der islamistischen Terrorgruppe vom 11. September 2001 kam aus Hamburg. Sie stammte nicht aus Deutschland, wurde aber bei uns sozusagen bekehrt. Gleiches gilt bezogen auf die meisten Attentäter von Madrid, London und Paris. Unter diesen waren sogar Einheimische, in Westeuropa geborene Migrantenkinder.

Es ist eine Binsenweisheit: „Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber die meisten Terroristen der Gegenwart sind Muslime.“ Folglich wollen die verunsicherten Deutschen, wie die übrigen Europäer, „die“ Westler, mehr über den Islam wissen. Als Religion ist er den religiös „unmusikalischen“ Deutschen allerdings „wurscht“ oder, sagen wir es gewählter: Der Islam ist den meisten Deutschen mindestens so unwichtig wie das Christentum und das Judentum. Dieser Sicht zufolge gehört der Islam so wenig zu Deutschland (und dem heutigen Abendland) wie Christentum und Judentum, ja wie jede Religion. Der Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ ist schon allein deshalb absurd. Er dokumentiert – wie andere massenmediengerechte Geisteshäppchen – das Niveau des modernen öffentlichen Diskurses.

Jenseits der Klischees

So wenig wie das Abendland heute christlich ist, sind „die“ Deutschen das „Volk der Dichter und Denker“ – wenn es denn jemals ein dichtendes und denkendes Kollektiv oder Volk gibt oder gegeben haben sollte. Das sprachlich-intellektuelle Angebot ans Volk hat sich der Nachfrage im Volk angepasst. Oder umgekehrt. Einzelne Menschen können denken und dichten, kein Kollektiv als Kollektiv. Einzelne mögen auserwählt sein, aber ein Kollektiv,

ein Volk? Selbst das Alte Testament, welches die Auserwähltheit „der“ Juden einerseits beansprucht, stellt andererseits eben diese Auserwähltheit „der“ Juden als Volk infrage. Wie sonst lässt es sich erklären, dass immer wieder das Abweichen des jüdischen Kollektivs von den als göttlich geschilderten Normen beklagt und schließlich mehrfach bestraft wird? Wer diese Kollektivschablonen als Deutscher für und in Deutschland ablehnt, kann auch den Anspruch des Islam als Vollender des Monotheismus, also eine Variante der kollektiven Auserwähltheit, ebenfalls nicht akzeptieren. Ein so orthodoxer Islam gehört also nicht zu Deutschland.

Der Islam gehört heute mehr zu Deutschland als Christentum und Judentum

In einem vom Erfinder und von seinen Anhängern wohl nicht gemeinten Sinn trifft die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ durchaus zu: Der Großteil der in Deutschland lebenden Muslime praktiziert den Islam tatsächlich, während Christen und Juden weitgehend areligiös, antireligiös oder religiös indifferent sind. Ob jene Muslime ihren Islam auch besser kennen und verstehen als die einheimischen Christen ihr Christentum und die hiesigen Juden ihr Judentum, sei dahingestellt.

Dieser nur scheinkeizerischen Sicht entsprechend, gehört heute der von Muslimen in Deutschland ausgeübte Islam eher zu Deutschland als das kaum noch wirklich gelebte Christen- und Judentum. Mit anderen Worten: Religiös sind das Christentum und das nur politisch-qualitativ wichtige, doch quantitativ gänzlich unbedeutende Judentum nur noch Randerscheinungen im heutigen Deutschland. Dass sie trotzdem als „gesellschaftlich relevant“ gelten und deshalb ihre Vertreter in politische, gesellschaftliche, mediale und kulturelle Einrichtungen entsenden, ist dem (noch) traditionsbezogenen Willen der politischen Entscheidungsträger, doch nicht mehr der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland geschuldet.

Wie man es dreht und wendet: Religion und Nation, Islam und Deutschland – die Mehrheit der deutschen Gesellschaft versteht dieses Thema politisch und nicht religiös. Über Religion(en) in Deutschland wird daher viel geredet und geschrieben, aber wenig gewusst. Das erklärt auch das theologisch sowie historisch niedrige Niveau der öffentlichen Debatten über jedwede Religion in Deutschland. Christliche und jüdische Geistliche müssen in diesem Flachwasser schwimmen, weil ihre Zielgruppen im tieferen Wasser untergingen. Nicht selten scheint mir, sie hätten sich inzwischen dem Niveau ihrer Zielgruppen angepasst.

Die weltlich-laizistischen Repräsentanten von Christentum, Judentum und Islam haben politisch einiges und theologisch wenig bis gar nichts zu bieten, werden aber aus politischen Gründen wie Geistliche behandelt. Sie werden hofiert, um den Schein im nichtreligiösen deutschen Sein zu wahren.

Weil „die“ Deutschen über „den“ Islam noch weniger wissen als über Christentum und Judentum, ist das ohnehin meist flache Reden über Gott und die christliche sowie jüdische Welt in der Islam-Debatte meist peinlich platt. Muslimische Geistliche (erst recht ihre politischen Vertreter) bieten ebenfalls meistens nur theologisch-historische sowie intellektuelle Schonkost. Auch das lässt sich erklären. Während es unter Christen und Juden längst eine natürlich kritische sowie selbstkritische Wissenschaft vom Christentum und Judentum gibt, klappt in der Islamischen Welt bezüglich des Islam eine wissenschaftliche Lücke. Ans theologisch-historisch Eingemachte des Islam wagt sich national und international erst recht kaum ein nichtmuslimischer Wissenschaftler. Das wäre politisch riskant bis lebensgefährlich, weil inkorrekt und daher zumindest karriereschädlich. Thematisiert es doch jemand, wird er oder sie schnell akademisch isoliert und tabuisiert. So ergeht es zum Beispiel der internationalen und interdisziplinären „Inarah“-Forschergruppe. Ihre wichtigsten Ergebnisse hat Barbara Köster im Buch *Der missverstandene Koran* (Berlin 2010) zusammengefasst.

Machen wir uns nichts vor – „Religion und Nation“, das heißt heute in Deutschland zuerst und vor allem: „Islam in Deutschland“. Was daran „die“ Deutschen in erster Linie interessiert, ist der tatsächliche oder vermeintliche Zusammenhang von Islam und Terror, Islam und Gewalt. Das religionspolitische Hauptthema Deutschlands ist demnach zugleich ein, nein, *das* sicherheitspolitische Thema der Nation. Schriebe Goethe heute seinen „Faust“, ließe er Gretchen ihren Heinrich nicht danach fragen, wie er es mit der Religion halte, sondern mit dem Islam.

Folgen der Flüchtlings- und Integrationspolitik – gestern, heute, morgen

Weil der Großteil der nach Deutschland strebenden Flüchtlinge Muslime sind, dominiert dieses sicherheitspolitische Hauptthema die öffentliche Debatte der deutschen Flüchtlingspolitik wie zuvor die Integrationspolitik. Die Verflechtung von Religion mit Gesellschafts-, Flüchtlings- und Integrationspolitik in Deutschland ist alles andere als neu. Brandenburgs Großer Kurfürst erlaubte verfolgten Juden 1671 und den vom Sonnenkönig Ludwig XIV. verfolgten Hugenotten (= *Protestanten*) 1683 aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Zuzug. Ähnliche Motive leiteten die Toleranzpolitik des Alten Preußen-Fritz, der zudem, „peuplierungs“politisch geschickt verkündete, bei ihm könne und solle „jeder nach seiner facon selig“ werden. Unterscheidet sich dieses Credo, wodurch auch immer begründet, grundsätzlich von Angela Merkels auf dem Karlsruher CDU-Parteitag am 14. Dezember 2015 vorweihnachtlich verkündetem „Humanitären Imperativ“?

Gewiss, die Reformation war im und ist seit dem 16. Jahrhundert ein religiöses Thema. Wer würde aber sagen, sie wäre nicht zumindest auch politisch? Ohne die rein politischen Interessen ihrer Patrone hätten Reformatoren und Reformation nicht überlebt.

Im zweiten Schritt wurde die Frage „katholisch oder evangelisch/protestantisch?“ eine Frage der Integration: Wie viele Katholiken könne und solle ein mehrheitlich evangelisches oder, umgekehrt, wie viele Protestanten ein mehrheitlich katholisches Gemeinwesen (v)ertragen? Die Antwort war seit jeher politisch und folglich umstritten. Vor allem in der Frühen Neuzeit wurde sie mit Waffengewalt bestritten. Doch selbst der Dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 war primär von politischen, nicht wirklich religiösen Interessen bestimmt.

Galten „die“ Katholiken nicht im neupreußischen Rheinland, ab 1815, und danach die Zentrumsparterie in Bismarcks und dem Weimarer Deutschland als „vaterlandslose Gesellen“, deren Richtlinien der Papst bestimme? Ganz Dumme und Böse behaupteten sogar in der frühen Bundesrepublik, dass „der Vatikan“ die Politik Adenauers und der CDU vorgäbe. Die weltkatholische Verschwörung war sogar 1960 in den USA ein Wahlkampfthema, als John F. Kennedy kandidierte und als erster Katholik ins Weiße Haus einzog. „Weltverschwörung“ also.

Das Gewaltproblem von Judentum, Christentum, Islam

Aufkommen und Akzeptanz neuer religiöser Gruppen oder Richtungen waren nicht nur in der deutschen, sondern in der europäischen Geschichte von der Alten bis zur Zeitgeschichte selten mit Toleranz verbunden – wohl aber mit massiver Gewalt, Massenmorden, Krieg oder Bürgerkrieg. Man mag darüber streiten, ob es an den jeweiligen Religionen oder den beteiligten Menschen lag. Dass Gewalt allein eine Perversion der Religion sei, des Judentums, Christentums und des Islam, ist eine fromme Legende. Alle drei Religionen haben theologisch und historisch ein Gewaltproblem. Es hier zu thematisieren, würde zu weit führen. Dass alle drei oder nur eine der drei monotheistischen Religionen nur „Frieden“ bedeute, kann man unterschiedlich umschreiben: Unkenntnis, Irreführung, frommer Wunsch, theologischer Sirup.

„Weltverschwörungen“ – Religionen als Weltmacht?

Von der „Katholischen Weltverschwörung“ war die Rede. Die „Jüdische Weltverschwörung“, zumindest die „US-jüdische Weltverschwörung oder -herrschaft“, ist seit dem 19. Jahrhundert ein Lieblingsthema der Antisemiten. Dieser Knochen ist inzwischen abgenagt, wird aber, wenngleich verfeinert und nicht so platt, auch auf Platten feindeutscher Abendgesellschaften serviert. Die Verbindung von Protestantismus und Kapitalismus auch, aber wahrlich nicht nur in Deutschland gehört seit Max Weber zu den religionsbezogenen thematischen Evergreens. Weil der Kapitalismus allerdings so beliebt wie Beelzebub ist, legt die Evangelische Kirche in Deutschland größten Wert auf die allergrößte Distanz zum Kapitalismus – was immer, wer auch immer als „Kapitalismus“ oder gar als „Goldene Internationale“, also auch eine Art „Weltverschwörungspanoia“, bezeichnet wird.

Religionen als Minderheit

Als Minderheit waren und sind Protestanten, Katholiken und Juden objektiv und subjektiv integrationswillig und integrationsfähig. Trotzdem waren diese Minderheiten für die jeweilige Mehrheit, sagen wir diplomatisch, nicht unproblematisch. Es soll nicht so lange her sein, dass ein deutscher Staat Hunderttausende deutscher und Millionen europäischer Juden ermorden ließ. Nicht nur in Deutschland, überall und immer waren „die“ Juden als Minderheit integrationswillig, -fähig und teils bis zur Selbstaufgabe überakkulturiert und überassimiliert. Die christlich-europäisch-deutsche Mehrheit hat diese Minderheit trotzdem immer wieder diskriminiert, verfolgt, vertrieben oder liquidiert.

Nun ohne Ironie: All das ist historisch wahrlich nicht lange her. Die Integration von Katholiken oder Protestanten ist kein Thema mehr. Nüchtern und realistisch betrachtet, gilt diese Feststellung auch bezüglich der Juden in Deutschland. Der nennchristliche Antisemitismus existiert, seine Machtergreifung ist jedoch ganz und gar unwahrscheinlich. Dagegen ist der muslimische Antijudaismus traditionell religiös und des Nahostkonfliktes wegen politisch allgegenwärtig. Der deutsche und westeuropäische Post-Antisemitismus bekommen Verstärkung durch den altneuen und leider unbestreitbaren Antijudaismus des Islam.

Integrationswilligkeit und -fähigkeit als Faktum oder Ziel ist auch und gerade unter Muslimen umstritten und weil umstritten, sagen wir, unvollendet. Es besteht nicht nur aufseiten der nichtmuslimischen Mehrheit, sondern auch und gerade in der muslimischen Minderheit integrationspolitisch erheblicher Steuerungsbedarf. Hier treffen Muslime im Islam auf ein historisch-theologisches Strukturproblem: Lehre und Tradition regeln die Religion und das Leben der Muslime als Mehrheit. Es fehlt eine islamische Minderheitstradition. Die kann der Islam nur in der Diaspora entwickeln, denn nur in der Diaspora ist der Islam eine Religion der Minderheit. Nicht zuletzt in der deutschen Diaspora bietet sich dem Islam diese Chance. Wird er sie nutzen? Ein Teil ja, der andere nein. Wie groß wird der jeweilige sein? Die Antwort hängt von den Muslimen in Deutschland und anderen Diasporagemeinden ab.

Eine Partei der Muslime?

Jedenfalls dürfte der auch in sich vielschichtige Teil der im Staat mitarbeitenden, mehr oder weniger reformbereiten Muslime in absehbarer Zeit (s)eine eigene *Muslimpartei* gründen. Die Historische Mechanik würde dabei durchaus der Zentrumsgründung im 19. Jahrhundert ähneln. Durch eine und in einer Muslimpartei, die koalitionär oder anders von den anderen Parteien (als Vertreter von Gesellschaftsgruppen) gebraucht würde, könnten muslimische Randgruppen, wie einst die APO bei SPD und Grünen, wirksam ins und ans „System“ geführt werden.

Verfassung versus Terrorwellen?

Auch von den Alt-Einheimischen ihrer Diasporagesellschaften. Die können ihnen das religiöse, historische und politische Rüstzeug vermitteln. Das sollten sie in ihrem eigenen Interesse anstreben. Umgekehrt sollten es in ihrem Interesse die Diasporamuslime erbitten. Nur so wird die Zukunft von Religion und Nation friedlich sein.

Andernfalls werden wir eine Entwicklung erleben, die auf den Islam bezogen folgende Elemente enthalten wird: Merkmale des Bismarck'schen Kulturkampfes gegen den Katholizismus, eines Zusammenpralls der Zivilisationen und des uralten, bis in die griechische-persische Antike reichenden Konflikts zwischen Orient und Okzident. Doch das ist nur die eine, oberflächliche Dimension. Die tiefere ist der Zusammenprall von zwei völlig entgegengesetzten Gesellschaftsteilen: einem säkularen beziehungsweise weltlichen sowie aufgeklärt-gemäßigten Christen, Juden und Muslimen einerseits und einem strikt bis fundamentalistisch religiösen andererseits. Dieser würde aus vereinzelt Christen sowie Juden und aus zahlreichen Muslimen bestehen. Dass sich die beiden Blöcke untereinander weiter aufspalten und sogar bekämpfen, ist nicht auszuschließen. Für orthodoxe Muslime (wie hoch ist ihr Anteil?) gleicht der Übergang von der Scharia-Allgegenwärtigkeit zu einem nichtreligiös, sondern grundgesetzlich beziehungsweise verfassungsrechtlich geprägten Alltag einer Selbstaufgabe. „Verfassungspatriotismus“ ist für orthodoxe Muslime inakzeptabel. Ebenso inakzeptabel, Selbstaufgabe, wäre für Säkulare sowie für alteingesessene Geburtschristen, -Juden und weltliche Muslime der Verzicht auf die Verfassungsausschließlichkeit. Im schlimmsten Falle könnte es zu Terrorwellen zwischen deutschen Islamisten, Rechtsextremisten und Linksextremisten kommen. Nichts verbindet diese drei. Nur das: ihr Hass auf unseren an Menschenleben und Menschenwürde orientierten demokratischen Verfassungsstaat. Allein der demokratische Verfassungsstaat lässt jeden frei leben, der jeden anderen frei leben lässt. Schaffen wir es, diesen so wohlgeschaffenen, weltlichen und zugleich religiös neutralen, doch alles andere als antireligiösen Verfassungsstaat zu bewahren?

Das Thema „Religion“ als „Islam in Deutschland und Europa“ wird die deutsche Nation noch lange beschäftigen. Nicht mehr Christentum und Judentum sind das Religionsthema der Zukunft, sondern der Islam. Doch gibt es und was ist die deutsche Nation? Das ist nicht mehr Thema dieses Textes.

Weiterführende Literatur von Michael Wolffsohn:

„Zum Weltfrieden“, München, 1. und 2. Auflage 2015.

„Wem gehört das Heilige Land?“, München, 12. Auflage 2015.

Geerbte und entdeckte Identität

Der Freiburger Islamwissenschaftler über kulturelle und religiöse Prägungen

ABDEL-HAKIM OURGHI

Geboren 1968 in Oran (Algerien), Leiter der Abteilung Islamische Theologie / Religionspädagogik, Pädagogische Hochschule Freiburg.

Herr Ourghi, können, wollen, müssen in Deutschland lebende Muslime Deutsche werden?

Abdel-Hakim Ourghi: Da müsste man erst definieren, was es heißt, Deutscher zu sein, denn Sie meinen wohl nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit. „Deutscher zu werden“, so, wie Sie es vielleicht verstehen, ist in erster Linie eine Frage des Willens, aber auch das „Können“ spielt hinein. Ein Mensch, der in einer anderen Kultur sozialisiert worden ist, wird sie nicht von heute auf morgen hinter sich lassen können. Deshalb kann es nicht um

Selbstaufgabe gehen, sondern um die Bereitschaft, etwas Neues zu lernen, auch um den Willen, sich integrieren zu lassen! An erster Stelle steht der Respekt vor dem Grundgesetz, vor der Rechtsordnung und vor dem Nächsten.

Dabei sollte man die Brücken zwischen beiden Kulturen nicht unterschätzen. Sie ruhen beidseitig auf dem Gebrauch der Vernunft und vor allem der Selbstkritik. Für die Muslime geht es darum, die fehlende Selbst- und Islamkritik und Sprachlosigkeit, die sie in ihren Heimatländern gelernt haben, zu überwinden und das Gegenteil davon hier freudig einzuüben und zu praktizieren. Darin bestehen Zugänge, wie Menschen anderer Kulturen beginnen, etwas zu lernen, anders zu denken und zu fühlen, sich einzufühlen, sich und andere zu respektieren.



Foto: Privat

Was bedeutet „Selbstkritik“, wenn Sie an die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht denken?

Abdel-Hakim Ourghi: Es geht jetzt darum, zu verhindern, dass die Geschehnisse von Köln das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Zugewanderten auf Dauer negativ beeinflussen. Dazu gehört auf muslimischer Seite ein Verständnis dafür, dass die Vorfälle bei der Mehrheitsgesellschaft Befürchtungen auslösen, denen sich nur durch eine sachliche Diskussion begegnen lässt. Als Erstes gilt es anzuerkennen, dass unter den Tätern Flüchtlinge waren, wohl vor allem muslimische Nordafrikaner. Dann sollte niemand reflexartig behaupten, die sexuellen Übergriffe auf Frauen hätten nichts mit religiösen Prägungen aus dem Islam zu tun. Darüber müssen wir ehrlich reden und Konsequenzen daraus ziehen.

Umgekehrt ist Differenzierung geboten. Die meisten Menschen, die aus dem arabischen Raum nach Deutschland kommen, suchen hier Schutz – vor Krieg oder vor dem politischen Islam. Sie haben ein großes Interesse daran, sich zu integrieren und friedlich hier zu leben.

Wie sieht denn die Wahrnehmung der Ereignisse in Köln unter Muslimen in Deutschland aus?

Abdel-Hakim Ourghi: Ich glaube, dass die meisten hier lebenden Muslime diese Verbrechen für verabscheuungswürdig halten, mit den Opfern mitfühlen und sich die Aufklärung der Taten und Bestrafung der Täter wünschen. Danach muss man allerdings sortieren, wer für die Muslime spricht. Da gibt es schon ein Schönreden, dass sexuelle Belästigung nichts mit dem Islam zu tun habe, so wie es früher immer hieß, der Islam habe nichts mit

Gewalt zu tun. So warnen muslimische Wortführer unter den Dachverbänden aktuell vor einer „Kulturalisierung des Verbrechens“ oder davor, alle hier lebenden Muslime als Sündenblöcke zu behandeln. Es gibt sogar Apologeten, die den für mich unerträglichen Vergleich anstellen, dass es beim Oktoberfest oder beim Karneval auch häufig zu sexuellen Belästigungen von Frauen durch stark alkoholisierte Männer komme.

Wer sich so verharmlosend äußert, offenbart Realitätsverleugnung und Ignoranz gegenüber den Opfern, den sexuell belästigten Frauen. Beschönigungen sind Bestandteil des Problems, passen aber in den eingeübten Diskurs von der Opferrolle der Muslime. Wir brauchen dringend eine ehrliche und mutige Debatte, nicht nur über die religiös motivierte Tabuisierung der Sexualität, sondern über religiös legitimierte Gewalt.

Stimmt es denn, dass das Problem der sexuellen Belästigung von Frauen in muslimisch geprägten Ländern ein besonderes Ausmaß besitzt?

Abdel-Hakim Ourghi: Gewiss spielen einige Koranstellen aus der medinensichen Periode (622–632) bis heute eine zentrale Rolle bei der Unterdrückung von Frauen und ermutigen Männer zu einem abwertenden Umgang mit Frauen. Besonders in diesem Teil des Koran werden Frauen zur zweiten Klasse der muslimischen Gemeinde degradiert. Laut dem Koran (4:3) ist es dem Mann erlaubt, bis zu vier Frauen zu heiraten sowie mit seinen Sklavinnen im Konkubinat zu leben. Allerdings hat die Gleichbehandlung der vier Ehefrauen einen sehr hohen Stellenwert. In derselben Sure (4:34) betont der

Koran die einseitige männliche Dominanz gegenüber Frauen, denn „die Männer stehen über den Frauen“. Die Tradition des Propheten (Sunna) verschärft die Aussagen sogar, etwa: „Frauen mangelt es an Verstand und Religion“, „die meisten Bewohner der Hölle sind Frauen.“

Auf diesen Grundlagen legte das islamische Recht im Laufe der Jahrhunderte den Grundstein zu Geringschätzung und Erniedrigung der muslimischen Frauen. Verließe die Frau ihr Zuhause ohne Kenntnis oder Einverständnis des Ehemannes, so würden die Engel sie verfluchen, bis sie zurückkehrt. Auf Reisen muss sie unbedingt von ihrem Vormund begleitet werden. Und tatsächlich werden Frauen in einigen arabisch-muslimischen Ländern ohne männliche Begleitung leicht Opfer sexueller Nötigung, selbst wenn sie eine Kopfbedeckung tragen.

Gibt es Ansätze, auf diese Einflüsse zu reagieren?

Abdel-Hakim Ourghi: Diese Koranverse oder die Tradition des Propheten müssen in ihrem historischen Entstehungskontext verstanden werden. Sie sind für das 7. Jahrhundert gemacht. Die heutigen Muslime müssen sich der Tatsache bewusst werden, dass wir mit dem Koran und der Sunna nicht mehr dort stehen, wo der Prophet Mohammed stand. Diese Quellen müssen gemäß der jetzigen Zeit neu interpretiert werden. Darüber hinaus darf eine differenzierende Islamkritik nicht als Beleidigung der Muslime aufgefasst werden. Es geht um eine reflektierende Aufklärung des Islam.

Lassen sich denn diese Prägungen durch erlernte neue Regeln überformen? Mit

anderen Worten: Können muslimische Männer ein anderes Frauenbild verinnerlichen?

Abdel-Hakim Ourghi: Jeder Mensch kann sich ändern. Es gibt eine geerbte Identität und eine eigene, zu entdeckende Identität. Die eine wird von den Eltern, von der Gesellschaft vermittelt, erwächst aber auch durch den reflektierenden Umgang mit der eigenen Geschichte und Kultur. Die zweite, die zu entdeckende Identität gewinnt durch die Begegnung mit der anderen Kultur Profil und Bereicherung. Wer diesen Findungsprozess durchmacht, was bedeutet, dass man Überliefertes auch infrage stellt und sich auf Neues einlässt, kann sich nicht nur selbst neu entdecken, sondern auch problemlos in einer anderen, freiheitlichen Gesellschaft leben. So kann – trotz aller individuellen oder gemeinschaftlichen Unterschiede – eine solide Grundlage für das friedliche Zusammenleben entstehen.

Das gilt für jeden Menschen: Wenn beispielsweise ein junger Araber nach Europa oder in den Westen kommt, erlebt er am Anfang einen kulturellen Schock, doch kommt es auf die persönliche und individuelle Offenheit an. Wenn sie vorhanden ist, kann man schon einiges erreichen – auch unabhängig vom Alter. Am Anfang steht das Erlernen der deutschen Sprache, sie ist auch der Schlüssel zu dem persönlichen Änderungsprozess, der zur Akzeptanz der neuen Kultur führt.

Woran machen Sie diese positive Erwartung konkret fest?

Abdel-Hakim Ourghi: Wir haben ja durchaus viele Muslime, die sehr gut integriert sind und in den verschiedensten Bereichen hier arbeiten. Selbst muslimi-

sche Intellektuelle – Journalisten, Rechtsanwälte, Dozenten – gibt es. Den menschlichen Zusammenhalt finden Sie in Kindergärten, Schulen, Universitäten, in den Fabriken – ohne dass die Religionszugehörigkeit eine Rolle spielt.

Das zeigt, was möglich ist. Aber es schmälert nicht die andere Aufgabe: Es gibt Parallelgesellschaften in unseren Städten, in denen sich seit einiger Zeit ein konservativer Islam etabliert – nicht zuletzt vertreten von muslimischen Dachverbänden. Wir benötigen gut fundierte Integrationskonzepte, die Lehrern und Sozialarbeitern eine professionelle Aus- und Weiterbildung ermöglichen. Die Erziehung durch konservative „Import-Imame“ sollte der Vergangenheit angehören.

Was wäre als Beitrag der bereits integrierten Muslime in der aktuellen Lage verlangt?

Abdel-Hakim Ourghi: Die Muslime könnten einen hervorragenden Beitrag leisten, und zwar dadurch, dass sie die neu hinzukommenden Menschen in den muslimischen Gemeinden aufklären und ihnen den Weg zeigen, der zur Integration in der hiesigen Gesellschaft führt. Allerdings ist die Frage, wer dort eine solche Rolle übernehmen soll. Leider ist es so, dass die Gemeinden bei der Integration ihrer jetzigen Mitglieder noch vieles erledigen müssten. So bleibt vor allem die Möglichkeit, Menschen auf einer individuellen Ebene zu helfen – beim Briefelesen, Übersetzen, auf den Ämtern und so weiter. Das machen schon sehr viele. Ich gehöre übrigens auch dazu.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 15. Januar 2016.

Nur nicht hochschaukeln!

Die öffentliche Debatte nach den
Kölner Ereignissen erfordert Deeskalation

KLAUS DICKE

Geboren 1953 in Koblenz-Rübenach,
Professor für Politikwissenschaft an der
Friedrich-Schiller-Universität Jena; der-
zeit Fellow am Max-Weber-Kolleg Erfurt.

„Wir dürfen uns nicht hochschaukeln“,
pfliegte einer meiner Brüder zu sagen, wenn
es unter uns Geschwistern wieder mal heiß
herging und es ein Zorngewitter der elter-
lichen Ordnungsmacht zu vermeiden galt.
Diese Mahnung ist mir beim Medienkon-
sum der letzten Monate, besonders aber
in den Anfangstagen des neuen Jahres, zur

häufigen Begleiterin geworden. Situations-
kontrolle und Deeskalation heißt sie ins
Politische übersetzt – und beides tut in
Deutschland not.

Das Jahr 2016 begann fraglos turbu-
lent: Schließung des Münchner Haupt-
bahnhofs wegen Terrorgefahr in der Sil-
vesternacht; Gewalt gegen Frauen in Köln.
Am 2. Januar hob mit jedem neu bekannt
werdenden Detail von der Domplatte und
zugleich steigender Undurchsichtigkeit
der Vorfälle ein Kommentarcescendo an,
bei dem nicht zuletzt der Widerspruch
zwischen dem häufig gebrauchten Wort

„ratlos“ und dem Schwall öffentlicher Redsamkeit zu denken gab. Die ersten Flüge der Bundeswehr über Syrien waren gerade zu registrieren, als bei einem Anschlag in Istanbul zehn Deutsche den Tod fanden. Es ist weiter höchst fraglich, ob dazwischen ein direkter Zusammenhang besteht. Dennoch überdenkt jetzt mancher seine Urlaubsplanung. Auch Pegida war noch da, und in Köln und Leipzig übte der rechte Mob den Rückfall ins Faustrecht.

IM KERN GESUND UND BEI KRÄFTEN

Was ist los in Deutschland? Das fragen nicht nur Freunde im Ausland. Wer allein diese Geschehnisse der ersten Januartage zum Maßstab nimmt, dem mag es unwohl werden. Gleichzeitig rät nicht nur die Alltagsklugheit dazu, sich nicht hochschaukeln zu lassen. Man tut gut daran, mit Erich Kästner nach dem Verbleib des Positiven zu fragen, bevor sich die politischen Pathologen an ihr sinnvolles Werk begeben. Wer den Blick auch auf das Positive weitet, der wird den Patienten Deutschland nicht als so kränklich empfinden können, wie er manchem nach den verstörenden Bildern des Jahresanfangs erscheinen mag: Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen Arbeit wie heute. Die Nachfrage nach Beschäftigten kletterte auf Rekordniveau. Selten gab es in deutschen Betrieben und Behörden so viele freie Stellen. Auch die Nachricht, dass der Bund 2015 einen Überschuss von dreizehn Milliarden Euro erzielte, verhalte nahezu unbemerkt. Erstaunlich ist aber, dass weder die schwindelerregende Kaufaune der Deutschen zu

den Festtagen noch die pompöse Pyrotechnik, mit der das neue Jahr allerorten begrüßt wurde, die mediale Untergangsstimmung aufzuhellen imstande waren. Zum Gesamtbild Deutschlands im Januar 2016 gehört: Der Patient ist im Kern gesund und bei robuster Kraft.

Der eingebildete Kranke hat – bei allen unübersehbaren Schwierigkeiten – in den vergangenen Monaten auch bei der Aufnahme von nahezu einer Million Flüchtlingen Erstaunliches geleistet. Das verdient nicht nur Dank und Anerkennung, sondern ist ein gar nicht hoch genug einzuschätzendes Zeichen dafür, dass engagiertes Zupacken, wenn es darauf ankommt, nicht das Problem ist. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt zweifellos über ein hohes Maß an Gemeinsinn. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über Polizei und Grenzschutz, Landesbehörden und Kommunalverwaltungen bis zu den vielen – nein, sehr vielen – ehrenamtlichen Helfern aus der Zivilgesellschaft, ja bis hin zu Fünf-Euro-Spendern, haben die Deutschen angepackt und in unglaublichem Umfang Not und Nöte gewendet. Die Politik ist gut beraten, bei allfälliger Abstattung von Dank und Anerkennung durchblicken zu lassen, dass alle Helfer aus Staat und Zivilgesellschaft nur „supererogatorisch“ Kohlen aus dem Feuer holen. Normallage kann und soll das auch nicht werden.

FÜNF THEMEN FÜR DEN PATHOLOGEN

Dies – und vieles andere – Positive muss dann aber auch dazu führen, sich den Befunden des Pathologen zu stellen. Mit

mindestens fünf Themen müssen wir uns befassen: erstens mit einem aus „wutbürgerlichen“ (welch ein Widerspruch in sich!) Protesten einer kleinen, aber umso lautstärkeren Minderheit sprechenden politischen „Resonanzverlust“ (H. Rosa). Er wird gespeist aus der Wahrnehmung und dem Gefühl heraus, nicht gehört und nicht repräsentiert zu werden, in Teilen auch aus einem mehr und mehr zum Fatalismus führenden Empfinden von Perspektivlosigkeit, das nach Kompensation sucht. Wir müssen in aller Offenheit über Ängste reden, vor Terror und Gewalt, vor sozialer Deprivierung, vor sozialem Wandel durch Fremde in der Nachbarschaft, auch durch wirklichen oder propagierten Resonanzverlust.

Vor allem müssen wir über das Vermeiden von Hysterie gründlich nachdenken und offen reden! Barack Obama hat dieses Thema in seiner letzten „State of the Union“-Rede angesichts aufschäumender Angstpsychosen in der amerikanischen Öffentlichkeit nachdrücklich angemahnt (er kann sich solches leisten, da er nicht wiedergewählt werden kann). Es ist bei Weitem nicht allein ein Problem der amerikanischen Gesellschaft. Auch wir in Deutschland müssen uns zu dem Lächerlich-, ja Verächtlichmachen von Politik und Politikern in den offenbar immer „beliebter“ werdenden Polit-Comedies verhalten. Wir müssen uns ferner sehr ernst und detailliert mit dem rapiden Absinken von Hemmungen, zum Beispiel in Blogs, mit offen zur Schau gestelltem Hass und durch beides begünstigter, steigender Gewaltbereitschaft auseinandersetzen.

Und wir müssen uns schließlich der Gefahr einer Spirale des „Wir-und-die-Bösen“-Denkens im politischen Raum stellen. Jedes dieser Themen bedarf gründ-

licher Analyse und unbefangener, faktenorientierter und offener Debatte, die hier nur angemahnt werden können. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen ist deshalb unerlässlich, weil jedes einzelne das Zeug dazu hat, zu neuen Angstpsychosen auf der einen und zu einer die Apathie der Zivilcourage vorziehenden „Lass-mich-in-Ruhe“-Haltung auf der anderen Seite beizutragen.

GEFANGEN IN DER POLITICAL CORRECTNESS

Nur von einem Hindernis, auf das die offene und unbefangene Debatte in Deutschland gegenwärtig stößt, soll hier die Rede sein – einem Hindernis zudem, das dem Anspruch einer offenen, demokratischen Gesellschaft Hohn spricht: der selbstverschuldeten Gefangenschaft in politischer Korrektheit. Die Debatte über Asyl und Zuwanderung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit den 1990er-Jahren ein Musterbeispiel für Tabuisierungen im Namen politischer Korrektheit. Man erinnere sich an konservative Immunisierungen gegen die Forderung, Deutschland möge sich als Einwanderungsland verstehen, vor allem aber an die abkanzelnenden Proteststürme, die Friedrich Merz mit dem Stichwort der „Leitkultur“ auslöste, und man führe sich vor Augen, dass die Vorstellung einer „multikulturellen Gesellschaft“ zum verbalen Spaltpilz des politischen Deutschland wurde. Tabuisierungsstrategien obsiegten ein über das andere Mal über unbefangene, nüchterne und offene Debatten. Die Beispiele sind vermehrbar, auch um die in vielfacher Weise fragwürdigen Begriffe „Obergrenze“

hier und „Willkommenskultur“ dort. Mit einer Kultur unvoreingenommener und offener Debatten, die einer Demokratie und einer „offenen Gesellschaft“ angemessen wären, tut sich Deutschland enorm schwer.

ÖRTLICHES BEHÖRDLICHES FEHLVERHALTEN, KEIN ALL- GEMEINES STAATSVERSAGEN

Für jede Demokratie ist *Meinungsbildung* ein sehr anspruchsvoller, voraussetzungsreicher und regelgeleiteter, dauerhafter und für die Stabilität eines demokratischen Gemeinwesens entscheidender Prozess. Zur Meinungsbildung gehört Streit, auch heftiger, emotionaler Streit – der politische Aschermittwoch lässt grüßen. Schon der griechischen Demokratie galt Eris, die Streitgöttin, als Schutzpatronin der Agora. Aber es geht immer um den von gegenseitigem Respekt und von Verständigungsbereitschaft getragenen Streit. Der deutsche Föderalismus hat es in diesem Geist geschafft, zwischen bajuwarischer Deftigkeit und der kühlen Klarheit des Nordens eine stabile Republik zu zimmern. Zur Meinungsbildung gehört zweitens Zeit. Nicht die Emotion des Augenblicks, sondern gründliche Information und ebenso gründliche Prüfung der eigenen Meinung am Einspruch Andersdenkender führen zu *vertretbaren* Positionen auf dem Markt der Meinungen. Eine auf den Prozess verantwortlicher Meinungs- und Urteilsbildung gerichtete Reduzierung der wachsenden Komplexität politischer Sachverhalte durch Medien ist eine dritte unerlässliche, freilich nicht immer eingelöste Voraussetzung.

An diesem Maßstab gemessen, steht der öffentliche Diskurs in Deutschland tatsächlich in der Gefahr des Entgleisens. Das zeigt das Beispiel Köln in besonderer Weise. Wir erleben unter wortreichen Kommentierungen, dass die Dinge Zeit brauchen: Was genau ist passiert? Wer sind die Urheber, was sind die Ursachen? Warum konnte es nicht verhindert werden? Welche Lehren sind zu ziehen, wie kann künftig Prävention verbessert werden? All diese Fragen sind lückenlos und unmissverständlich zu beantworten, und die Mitwirkung der Polizei in diesem Klärungsprozess ist lobenswert.

Was hingegen schädlich ist, ist das rasche Aufeinanderlosgehen wohlfeiler „Ismen“ und das jeder Sachaufklärung vorgängige Zuschustern von Verantwortung und Schuld zum Zweck der Anheißung politischer Suppenküchen. Bei den Vorkommnissen in Köln handelt es sich um Verbrechen, die in dieser Form in Deutschland neu sind, aus denen zu lernen ist. Es ist aber bei allen nicht zu leugnenden Fehlern örtlicher Behörden kein Anzeichen von Staatsversagen, sondern vielmehr eine Herausforderung an den Staat, die Vorkommnisse zu untersuchen, nach bestem Wissen und Gewissen Konsequenzen zu ziehen und dabei aus Fehlern zu lernen. Dem Staat den Kredit zu geben, diesen Prozess abzuwarten, ist auch eine Anforderung an eine demokratische Gesellschaft. Die öffentliche Sicherheit in Deutschland ist nicht in Gefahr; und wer aufgrund der Silvesterereignisse den Kölner Hauptbahnhof aus Angst meidet oder zu meiden rät, muss sich fragen lassen, woher er oder sie die Tollkühnheit nimmt, sich den Gefahren des Straßenverkehrs auszusetzen. Hysterie hilft niemandem, am wenigsten den

Polizistinnen und Polizisten, die es zu stärken gilt.

NICHT LEICHTFERTIG ÜBER GRENZEN REDEN!

Das zweite Beispiel ist Europa: Wer konnte ernstlich erwarten, dass ein Europa ohne Grenzen, das wir geschäftsbedingt brauchen und urlaubsbedingt genießen, von heute auf morgen stressfrei zu bewerkstelligen ist? Und wer konnte und kann ernstlich erwarten, dass ein funktionierendes Sicherungssystem der Außengrenzen Europas, das den Anforderungen einer neuen Völkerwanderungszeit genügt, von jetzt auf gleich errichtet werden kann? Und wer kann vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte ernstlich erwarten, dass eine aus 28 Staaten bestehende Europäische Union aufs Kommando genügend Einvernehmen und Solidarität aufbringt, um die Konflikte ihrer südlichen Peripherie zu befrieden und Fluchtursachen im Keim zu ersticken? In allen diesen Fragen haben die letzten Jahrzehnte – und Monate – wenn auch wenige, aber doch Fortschritte erbracht – natürlich auch neue Probleme geschaffen. Aber ist es klug, alle Pflänzchen,

die mit der Abschaffung der Binnengrenzen in den Boden kamen und ja durchaus bereits Früchte tragen, in akuter, aber doch behebbarer Kurzatmigkeit mit der Forderung nach Wiedereinführung der Binnengrenzen zu zertrampeln, statt die Energien mit langem Atem in die europäische Baustelle zu lenken, die ohne diese Energien zur teuersten Bauruine der Geschichte zu werden droht?

Gedeihen kann langatmiges Vermeiden des Aufschaukelns nur in einem gemäßigten Klima. Weder die Hitze der Hysterie noch kalte Angst sind ihm förderlich. Demokratie und Liberalität brauchen Nüchternheit, Sicherheit und Verlässlichkeit. Der Politik, den Kommentatoren, auch den Predigern der politischen Korrektheit sei in Erinnerung gerufen, was Martin Luther einst den Fürsten ins Stammbuch schrieb: „Jede Gewalt“ – und hier, aber auch nur hier sei das falsche Selbstverständnis der Medien als „vierte Gewalt“ einmal gestattet – könne und solle nur da handeln, „wo sie sehen, erkennen, richten, urteilen, wandeln und ändern kann“. Dazu helfe Gott! Und dazu helfen wir Bürger, indem wir zwar von den Ereignissen zu Beginn des Jahres erschreckt sind, aber uns davon auch nicht hochschaukeln lassen.

Das Partikulare und das Universelle

Udo Di Fabio über die Geschehnisse am Kölner Hauptbahnhof, Political Correctness, über universelle Werte, europäische Identität und deutsche Nationalkultur

UDO DI FABIO

Geboren 1954 in Walsum (heute zu Duisburg), von 1999 bis Dezember 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Herr Di Fabio, im Lichte der Ausschreitungen in Köln in der Silvesternacht: Müssen wir uns um den Zustand unseres Rechtsstaates Sorgen machen?

Udo Di Fabio: Auch der Rechtsstaat kann überrascht werden – trotz aller polizeilichen Vorkehrungen. In Art und Umfang waren die Ausschreitungen vor dem Kölner Hauptbahnhof eine völlig neue Erfahrung. Wenn es in der Reaktion darauf of-

fensichtlich Defizite gegeben hat, muss man nach Ursachen des Versagens fragen, aber nicht gleich den Rechtsstaat insgesamt zur Disposition stellen.

Wo würden Sie sich verorten, wenn es nach Köln um die Frage geht: konsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze oder härtere Gesetze?

Udo Di Fabio: Die Tendenz, nach härteren Gesetzen zu rufen, ist ein politisches Ritual, das der Jurist zumindest differenziert betrachtet. Was wir häufig erleben, ist ein massives Vollzugsdefizit, was auch

daraus resultiert, dass die Kapazitäten bei der inneren Sicherheit während der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht gerade ausgebaut worden sind. Man könnte auch neue Gesetze gegen den Wohnungsdiebstahl erlassen, besser wäre die Steigerung der Aufklärungsquote. Ähnliche Vollzugsdefizite sehe ich auch in der Migrationspolitik. Allerdings gibt es hier auch gesetzlichen Anpassungsbedarf an eine in Art und im Umfang neuartige Herausforderung.

Der Polizeieinsatz in Köln wird heftig diskutiert – auch weil es Versuche gegeben haben soll, die Herkunft der Straftäter zu „vertuschen“.

Udo Di Fabio: Ob etwas in verwerflicher Weise „vertuscht“ wird oder ob dahinter womöglich eine respektable „pädagogische Intention“ steht, möchte ich in der Bewertung offenlassen. Es kann bisweilen eine vernünftige Erwägung der Verantwortlichen sein, Merkmale von Tatverdächtigen nicht in die Öffentlichkeit zu geben – etwa, um keine Ressentiments zu wecken.

Wo kommen diese selbst verordneten „Maulkörbe“ her?

Udo Di Fabio: Für das, was Sie „Maulkörbe“ nennen, haben die Amerikaner den Begriff der „Political Correctness“ geprägt. Ursprünglich handelt es sich um eine positiv besetzte Vokabel, die ausdrückt, dass die Eliten in den westlichen Ländern mäßigend und rationalisierend auf den zu Leidenschaften und Übertreibungen neigenden Meinungsbildungsprozess einwirken sollen. Darin liegt im

Grunde ein klassisch aufklärerischer Gedanke, der im Ansatz nicht negativ zu bewerten ist. Aber behütende Bevormundung ist in einer freien Gesellschaft auch gefährlich, weil auf längere Sicht und zumal in Krisensituationen das Vertrauen in den Rechtsstaat untergraben wird. Deswegen würde ich jedem Verantwortlichen zu Transparenz und Offenheit in einer sachlichen Form raten. Wenn die Menschen den Eindruck gewinnen, sie würden systematisch nicht mehr wahrheitsgemäß informiert, ist es überfällig, den Mechanismus des „politisch Korrekten“ zurückzunehmen, ohne gleich in einen hysterischen Tonfall einzustimmen. Manchmal gewinnt man den Eindruck, die Eliten richten sich in ihrer schöngemalten Welt ein und kapseln sich ab.

Wer ist mit dieser Elite gemeint?

Udo Di Fabio: Elite – das sind viele Menschen, das sind Multiplikatoren und diejenigen an Schaltstellen in Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft oder Medien. Es sind Menschen, die wissen, wie man formuliert. Elite ist hier nicht als Gruppe gemeint, die nur das eigene Wohl im Auge hat, sondern eine Gruppe kluger und informierter Menschen mit Führungsqualitäten. In einer Demokratie müssen Eliten die Gesellschaft erreichen, offen sein, die Diskussionen und Meinungen aufnehmen. Ist das noch der Fall, wenn man an manche Stadtteile und an die Weiten des Internets denkt? Wenn eine Zeitungsseite ihre Kommentarfunktion abschalten muss, weil zu viele strafbare und grenzwertige Inhalte hereinkommen, dann kann das auch ein Anzeichen für eine wachsende Kluft und von Ohnmacht sein.



© Christoph Papsch / laif

Dennoch zeigt man jetzt auf die Polizei. Ist das die richtige Reaktion?

Udo Di Fabio: Aus der Entfernung einen Polizeieinsatz zu bewerten, maße ich mir nicht an. Das Ergebnis in Köln, aber auch in einigen anderen Städten, spricht jedenfalls nicht für einen gelungenen Einsatz. Insofern muss die Polizei mit Kritik leben, nicht nur in diesem spezifischen Fall. Es wäre ein schlechtes Zeichen für die Demokratie, wenn darüber nicht diskutiert würde. Dennoch habe ich manchmal den Eindruck, dass die Polizei zu oft am Pranger steht und die Polizistinnen und Polizisten als Prügelknaben für Zusammenhänge herhalten müssen, die sie nicht verantworten. Wenn die Polizei recht- und pflichtgemäß eine Demonstration schützt, deren Inhalte viele nicht teilen, dann gibt

es keine Rechtfertigung dafür, gewalttätig zu sein und sich dann auch gegen die Polizei zu richten. Politische Gewalttäter sind Feinde der Demokratie.

Was bedeutet es für die Flüchtlingsdebatte, wenn sich bestätigen sollte, dass es sich bei den Verdächtigen um Asylbewerber handelt?

Udo Di Fabio: Unser Strafrecht schaut auf den Einzelnen und verurteilt nicht nach Gruppen. Bei der Zurechnung von Kriminalitätsneigung auf Gruppen ist deshalb besondere Vorsicht gefragt. Wenn ein Unternehmer Steuern hinterzieht, neigen auch manche dazu, so etwas als das typische Verhalten reicher Leute zu betrachten oder als Folge des Kapitalismus. Ungerechtfertigte Verallgemeinerungen

kommen immer wieder vor. Allerdings wirft es Fragen auf, wenn Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, kurze Zeit später in dieser Weise straffällig werden und zeigen, wie wenig sie die Rechtsordnung und die Repräsentanten unseres Rechtsstaates respektieren. Niemand darf indes derartige kriminelle Handlungen und die Mehrheit der Migranten und Schutzsuchenden in einen Topf rühren. Es sollte allerdings kritisch beobachtet werden, ob und wann der Zuzug von Menschen aus anderen Kulturräumen an die Grenzen der Integrationsfähigkeit einer freien Gesellschaft stößt. Solche Probleme müssen nüchtern betrachtet und offen diskutiert werden, sonst droht die Entstehung subkultureller Milieus des Ressentiments oder gar des Hasses.

Wie hoch schätzen Sie die Integrationskraft unserer Gesellschaft ein?

Udo Di Fabio: Bereits vor zehn Jahren habe ich dargelegt, dass eine Gesellschaft, die altert, in der Kinder nicht Vorrang haben, sondern gegenüber materiellen Werten häufig genug zurückstehen, auf lange Sicht keine Anziehungskraft gerade für Einwanderer mit traditionellen Prägungen entwickeln kann. Eine Gesellschaft, die grüblerisch ist und zum Pessimismus neigt, wird auch keine gute Integrationsgesellschaft. Eine Gesellschaft, die Einwanderung nicht ablehnt, muss klare Regeln setzen und darf bei denen, die kommen, keine Illusionen wecken. Deutschland ist weltoffen, tolerant, verlangt Eigenverantwortung, Respekt vor dem Recht und dem Andersgläubigen, es ist auch eine Arbeits- und Leistungsgesellschaft. Wer Einwanderung will, muss die Regeln deutlich machen.

Wie steht es um die soziokulturellen Grundlagen?

Udo Di Fabio: Wenn man den Blick weitet, was man bei solchen Themen immer tun sollte, dann wird man feststellen, dass die weltweiten Entwicklungen auf eine Resistenz und Wiederkehr von kulturellen Dispositionen hindeuten: Beispielsweise das Erstarken eines nationalen Hinduismus in Indien hätte vor zwanzig Jahren kaum jemand für wahrscheinlich gehalten. Zur Zeit Kennedys wären der radikale Salafismus oder die Iranische Revolution als Hirngespinnste abgetan worden.

Dennoch dürfen wir weiter darauf hoffen und müssen dafür arbeiten, dass es global zu einer Universalisierung westlicher Werte kommt. Aber worauf wir uns auch einrichten sollten, ist eine Welt, die wieder kriegerischer wird, in der staatliche Ordnungen, auf die wir dringend angewiesen sind, zerfallen und in der Autokratien selbst dort neu entstehen, wo jetzt noch Demokratien existieren.

Die Welt verändert sich dramatisch – nicht zuletzt entlang von kulturellen Grenzen. Das heißt zum einen, dass der Friede in Europa ein kostbares Gut ist, das verteidigt werden muss und in das wir mehr investieren sollten. Der Westen hat sich bislang zu stark darauf verlassen, dass Freiheit und Wohlstand automatisch anziehend und ansteckend wirken. Etwas naiv haben wir geglaubt: Wer in einer offenen Welt mit uns Handel treibt oder wer zu uns kommt, wird bald automatisch ein Teil dieser westlichen Kultur werden. Das ist eine schöne Erwartung, die noch dazu in sehr vielen Fällen funktioniert. Aber angesichts der globalen Tendenzen muss man damit rechnen, dass die Ausstrahlung des westlichen Lebensstils etwa auf

Einwanderer nicht mehr so einfach funktioniert.

Gibt es konkrete Beobachtungen, die Ihre These von einer schwieriger werdenden Integration stützen?

Udo Di Fabio: Als Einwanderkind habe ich erfahren, wie wunderbar das Ruhrgebiet als „Melting Pot“ funktioniert hat. Gelungene Integrationsbiografien gibt es dort natürlich auch heute, andererseits ist nicht zu übersehen, dass sich manche Einwanderer – und zwar verstärkt – in Subkulturen abschließen. So zu tun, als würden sich die Menschen, die zu uns kommen, schon irgendwie anpassen, wenn wir ihnen ein paar gute Ratschläge mitgeben, halte ich zunehmend für naiv. Dazu gehört nicht zuletzt das Verhältnis der Geschlechter zueinander. Wer aus patriarchalisch geprägten Kulturräumen kommt, wird das nicht ohne Weiteres ablegen oder sich sogar gegen die westliche Kultur der Geschlechterparität definieren.

Was fehlt zu einer „Einwanderungsordnung“, wie sie Ihnen vorschwebt?

Udo Di Fabio: Die Einwanderungsordnung beginnt an der Grenze, weil Demokratien entscheiden, wer zu ihnen kommt. Wenn ein Land in großem Umfang humanitäre Schutzverantwortung durch großzügige Einreiseerlaubnis und Aufnahme übernimmt, ist das nicht nur legitim, sondern verlangt Respekt. Dennoch darf es keine Kontrollverluste geben, denn es muss gewährleistet sein, dass im Rahmen der humanitären Verantwortung nur Schutzberechtigte aufgenommen werden. Ein echtes Einwanderungsland muss darüber hinaus nachdenken, wer von denen, die

aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollen, aufgenommen werden. Es ist ja völlig legitim, in einem wirtschaftlich erfolgreichen Land sein Glück machen zu wollen. Nur gibt es darauf keinen Rechtsanspruch! Wer in den USA eine Green Card haben will, muss sich mindestens mit Geduld wappnen.

Was ist Ihr Bild vom „deutschen Volk“ und von der „deutschen Nationalkultur“?

Udo Di Fabio: Wenn Juristen vom „deutschen Volk“ sprechen, dann hat das nichts mit ethnischer Prägung zu tun, sondern ist zunächst eine rechtliche Feststellung. Wer eingebürgert ist, der wird kraft Statusverleihung, also mit der Staatsangehörigkeit, Teil des deutschen Volkes. Da gibt es selbstredend keine ethnischen oder religiösen Unterscheidungen. Wenn man soziologisch von einem Volk redet, dann sind auch historische, sprachliche und andere kulturelle Identitätsmerkmale gemeint, kollektive Prägungen. Verändert sich die Zusammensetzung der Staatsangehörigen, verändern sich die Menschen, so ändert sich auch die „nationale“ Identität. Vor einiger Zeit habe viele geglaubt, in einer offenen Welt und im vereinigten Europa würden solche nationalen Identitäten allmählich verblassen und verschwinden. Aber auch hier stoßen wir einerseits auf erstaunliche Resistenzen und mitunter gleichzeitig auf Phänomene des Zerfalls von Nationalkulturen. Wenn auf einem Staatsgebiet eine Fragmentierung kultureller Orientierungen einsetzt, wo die einen den abgelebten Nationalismus aufwecken wollen, andere den Staat als Institution ablehnen und wieder andere einen Gottesstaat errichten möchten, dann

wird es gefährlich für den inneren Frieden. Insofern ist es legitim, nach einer republikanischen Identität und einer Nationalkultur zu fragen und diese zu fördern. Die deutsche Nationalkultur: Das sind die Sprache Goethes, die Philosophie Kants, der Geist von Leibniz und Einstein. Es ist der Glaube an das Recht und den sozialen Zusammenhalt, es ist das Vertrauen in die Kraft von Technik und Marktwirtschaft, es ist das schmerzvolle Erinnern an die Abgründe des Totalitären, an die furchtbaren Verbrechen aus Antisemitismus und Rassenwahn. Und aus diesem Erinnern heraus stehen die Deutschen zu ihrem europa- und weltoffenen Grundgesetz, das grundrechtliche Entfaltungsfreiheiten in einer parlamentarischen Demokratie verfasst.

Kosmopolitischer als das Grundgesetz kann eine nationale Verfassung nicht sein: Die Absicht, dem Frieden in der Welt zu dienen, steht in der Präambel; die Menschenwürde in Artikel 1 ist ein universeller Wert. Wie kommt es dann, dass Sie in Ihrem Buch „kosmopolitisch libertäre Trends“ kritisieren?

Udo Di Fabio: Das Grundgesetz verfasst einen Staat, der im Innern frei und stabil als Teil eines sich vereinigenden Europas und offen für die internationale Zusammenarbeit dem Frieden der Welt dienen will. Die Deutschen wollen ihre Souveränität nicht mehr dazu nutzen, um egoistisch eine alte Machtstaatspolitik zu betreiben. Sie wollen im Konzert mit anderen, in kollektiven Sicherheitssystemen für den Frieden der Welt mit einstehen. Insoweit ist das Grundgesetz eine wunderschöne Konkretisierung dessen, was sich Kant im

„Ewigen Frieden“ als Föderation von vernünftigen Staaten vorgestellt hat. Beides wird zusammengebracht: das Partikulare und das Universelle. Das Grundgesetz ist insofern kosmopolitisch, aber genauso sehr eine Verfassung der Deutschen für ein abgrenzbares Staatswesen.

Das erklärt noch nicht, warum Sie „kosmopolitisch libertäre Trends“ kritisieren.

Udo Di Fabio: Es gibt intellektuelle Auffassungen, die sich als Mainstreaming gezielt in Szene setzen und so tun, als wären sie identisch mit dem Wertesystem westlicher Gesellschaften. Solche modischen Trends bringen zu wenig Verständnis für tragende Institutionen wie funktionsfähige demokratische Rechtsstaaten oder eine Soziale Marktwirtschaft auf und stehen manchmal mit eigenen kulturellen Traditionen auf Kriegsfuß. Man muss aufpassen, dass bestimmte mögliche Weltdeutungen nicht mit ideologischen Scheuklappen zu einer normativen Erwartung gemacht werden. Dies gilt etwa für die wie ein Mantra wiederholte Auffassung vom Verschwinden der Nationalstaaten, die manche als eine historische Gesetzmäßigkeit betrachten. Sobald man anfängt, die normative Erwartung mit einem gewissen Druck durchzusetzen, darf es nicht wundern, wenn sich Gegenbewegungen bilden. Die bewirken dann manchmal das Gegenteil von dem, was zu wünschen wäre – nämlich, dass sich die Staaten weiter füreinander öffnen und sich dabei zivilisieren, so wie wir uns – im Sinne von Thomas Hobbes – vom rauen Urzustand zu Bürgern in einer Privatrechtsordnung entwickelt haben.

Inzwischen machen Sie eine „verdeckte Renationalisierung“ der Europäischen Union aus. Die ist Ihnen aber auch nicht recht, oder?

Udo Di Fabio: Natürlich will ich keine Wiederkehr der bornierten Nationalismen; kein vernünftiger Mensch kann das wollen. Ich mache mir Sorgen um das großartige europäische Projekt. Wir müssen es wieder gängig, funktionsfähig und überzeugend machen. Manche Sektoren wie die Einwanderungskontrolle sollten wieder entflochten und neu koordiniert werden. In solchen Bereichen muss deutlicher entschieden werden, welcher politischen Ebene mehr Handlungsfähigkeit verliehen oder auch zurückgegeben wird, damit schwebende Kompetenzlagen wie in der gemeinsamen Asyl- und Grenzpolitik nicht zur Rechtsblockade führen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten zu erhöhen und solide finanzielle Grundlagen zu schaffen, ist eine dauernde Herausforderung. In Sicherheit klug zu investieren, wird zunehmend zu einer zentralen Koordinierungsaufgabe. Europa überzeugt durch Erfolg und nicht durch eifersüchtiges Hüten von Besitzständen der Zuständigkeit, das gilt nicht nur für die Staaten, sondern auch für europäische Organe.

Sie haben die Europäische Union als Elitenprojekt bezeichnet, sogar als eine „Dame ohne Unterleib“. Was könnte denn zum „Unterleibswachstum“ beitragen?

Udo Di Fabio: Europa ist ein Projekt der Eliten, und zwar das beste, was nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem alten zernarb-

ten Kontinent entstand. Die wirtschaftliche Öffnung und Verflechtung, die politische Zusammenarbeit, der rechtliche Verbund, sie sind beeindruckend, und die Mehrheit der Europäer will hier nichts rückgängig machen. Doch politische Herrschaft hat mehr mit Leidenschaft, geschichtlichen Tiefenströmungen und kulturellen Prägungen, manchmal auch mit Irrationalitäten und Träumereien zu tun, als der bürokratische Alltag wahrhaben will. Die Unionsbürger sehen ihren politischen Primärraum immer noch in Nationalstaaten, manche, wie Katalanen oder Schotten, beanspruchen als eigene Nationalitäten Unabhängigkeit. Dort, in den Mitgliedstaaten, wird um Herz und Verstand gerungen, hier fallen die Würfel, und hier muss der Brückenschlag zur Europäischen Union gelingen. Wenn die Staaten auf wichtigen Feldern ihre Handlungsfähigkeit einbüßen, wenn die Bürger Populisten von rechts und links nachlaufen, wenn die europäische offene und Soziale Marktwirtschaft nicht mehr akzeptiert wird, verliert Europa seine Basis. In jedem Mitgliedstaat muss deshalb für eine erfolgreiche, die Bürgerinnen und Bürger mit Erfolgen überzeugende Politik gekämpft werden, und zwar nicht gegen die europäischen Institutionen, sondern mit ihnen als eigener Beitrag zum Gelingen eines freien und sicheren Kontinents.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 12. Januar 2016.*

Literaturhinweis

Udo Di Fabio: Schwankender Westen. Wie sich ein Gesellschaftsmodell neu erfinden muss, München 2015.

Tugenden des Zusammenlebens

—
Vier Beobachtungen

Respekt: Zusammen mit einem Kollegen fuhr ich Präsenzstreife, das heißt, wir waren ohne ein bestimmtes Ziel in Bochum-Mitte unterwegs, um „nach dem Rechten zu sehen“, als mir drei Heranwachsende auffielen, schätzungsweise gerade mal volljährig. Sie überquerten die Straße unmittelbar vor unserem Streifenwagen, lachten uns im Vorbeigehen aus und gestikulierten. Sie hoben die Arme und ihr Kinn provokant in unsere Richtung, um auszudrücken, die Polizei solle doch herkommen, wenn sie etwas von ihnen wolle, und äußerten „Scheiß Bullen“,

welches ich durch die geöffnete Fahrerscheibe hörte. Es war ihr übliches Machogehabe, um auf sich aufmerksam zu machen und uns ein bisschen zu provozieren. Mir blieb nichts anderes übrig: Ich hielt an und kontrollierte sie. Unternehme ich gegen dieses Verhalten nichts, wird es beim nächsten Mal nur noch schlimmer und womöglich aggressiver.

Die drei waren der Polizei bereits gut bekannt, sie stammten aus einer libanesischen Großfamilie mit etlichen kriminellen Mitgliedern. Alle drei hatten sich ihre Akteneinträge mit den üblichen Gewalt- und Eigentumsdelikten „redlich“ verdient.

Während der Kontrolle lachten sie sich weiter schlapp. Als ich sie darauf ansprach und sie darauf hinwies, dass es sich hier um eine Polizeikontrolle handelte, die sie ernst nehmen sollten, fragte mich einer, ob das heute mein erster Tag sei. Und: „Da muss wohl jemand seine Macht ausspielen, was?“

Ein anderer nahm sein Handy und spielte damit rum. Ich forderte ihn auf, es wegzustecken, doch er entgegnete mir, jetzt schon ein bisschen aggressiver: „Ich lege mein Handy weg, wann ich will!“ Selbst bei Kontrollen durch die Polizei, oder wie in diesem Fall: erst recht, wenn die Polizei da ist, wird zum Handy gegriffen, fotografiert oder gefilmt, Freunde über WhatsApp oder sonst irgendwie informiert. Gerne werden auch Leute zusammengesammelt, um unsere Arbeit zu behindern – so weit kam es hier aber nicht.

Nachdem ich kurz genauso laut wie die drei jungen Libanesen wurde und sie noch einmal aufforderte, ihre Handys wegzustecken, änderte sich ihr Gesichtsausdruck. Nun merkten sie endlich, dass die Situation nicht mehr ganz so lustig für sie war, dass sie eine Grenze erreicht hatten. Einer fing sogar an zu zittern. Allerdings nicht aus Angst, sondern aus Wut. Wie gern er mir eine reingehauen hätte, war ihm förmlich anzusehen, seine Augen schossen Blitze in meine Richtung. Es ist erniedrigend und peinlich, von der deutschen Polizei, insbesondere von einer Frau, laut zurechtgewiesen zu werden. Doch kaum war die Kontrolle vorüber, zogen sie amüsiert weiter und benahmen sich wie gehabt. Sie lachten eher noch ein bisschen lauter als vorher.

Wir Polizisten haben rechtlich keinerlei Handhabe gegen solch ein Verhalten. Und das wissen diese Jungs nur zu gut.

Sie wissen ganz genau, wie weit sie gehen können, ohne dafür belangt zu werden. Nicht nur, dass der Staat missachtet wird. Auf Dauer leiden vor allem die Beamten und deren Psyche unter diesen permanenten Erniedrigungen, mögen sie im Einzelfall auch noch so harmlos erscheinen. Man braucht da schon ein dickes Fell.

Solch ein Verhalten sollte als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Bei jedem Verkehrsverstoß wird der Bürger selbst für Lappalien zur Kasse gebeten, während dieses respektlose, provokante Verhalten keinerlei Sanktionen nach sich zieht. Dabei hat es sehr wohl negative Folgen, wenn bei jedem dieser kleinen Machtspielchen der Respekt mehr oder weniger schleichend untergraben wird. Es trifft Sanitäter und Ärzte, Busfahrer und Schaffner, Feuerwehrmänner und Polizisten, im Prinzip alle, die eine „offizielle“ Funktion haben und in einem beschränkten Weltbild Deutschland repräsentieren. Auch bei dem geschilderten Fall waren es am Ende mein Kollege und ich, die sich wieder ein bisschen macht- und hilfloser fühlten, als wir unsere Streife unter dem Gejohle der libanesischen Jungs fortsetzten.

Wenn es sich in Fällen wie diesem nicht einmal um Heranwachsende oder Jugendliche handelt, sondern eigentlich noch um Kinder – dann ist Respektlosigkeit nicht einfach nur ärgerlich, sie tut doppelt weh. Nicht nur, weil sie verletzend sein kann, sondern vor allem, weil einem diese Kinder leidtun müssen: Sie scheinen nur noch wenige Chancen zu haben, eine normale Rolle in unserer Gesellschaft einnehmen zu können. Und können selbst am wenigsten dafür. Wie soll ihre Zukunft aussehen? Und: Wie soll unsere gemeinsame Zukunft aussehen?

Kinder und Jugendliche haben schon immer rebelliert. Das gehört zu einer gesunden Entwicklung dazu. Auch ich habe immer wieder versucht, meinen Dickschädel durchzusetzen: gegen Mitschüler, gegen Lehrer, gegen meine Eltern. Aber das meine ich hier gar nicht. Es liegt mehr im Argen, wenn man als Polizist von Jugendlichen bespuckt und beleidigt wird, nur weil man Polizist ist. Das hat dann nichts mehr mit Rebellion in der Pubertät zu tun. Diese „Umgangsformen“ schauen sich schon die Kleinsten von den Halbstarke-

ab, die sie wiederum von den Nächstälteren übernommen haben. Das Verhalten wird quasi traditionell weitergegeben. Und in der nächsten Generation höchstens noch „verfeinert“ und an neueste technische Gadgets angepasst.

Tania Kambouri

Geboren 1983 in Bochum, ist Polizeikommissarin in ihrer Heimatstadt, sie hat griechische Wurzeln. In ihrem Buch „Deutschland im Blaulicht – Notruf einer Polizistin“, aus dem hier zitiert wird, gibt sie eigene Erfahrungen wieder.

Offenheit: „Sie haben doch gerade dieses Fest? Ist es so wie Weihnachten?“, fragt mich Adil. „Ich habe gestern diesen Leuchter im Fernsehen gesehen.“ „Wir feiern gerade Chanukka und mit Weihnachten hat dieses Fest gar nichts zu tun.“ (Das Chanukkafest feiert die Wiedereinweihung des Tempels nach dem siegreichen Makkabäeraufstand.) Ich nehme mein Handy raus und zeige ihm ein Foto von meiner Chanukkia (einem neunarmigen Leuchter) zu Hause, als wir die zweite Kerze angezündet haben.

„Wie schön!“ Adil scheint beeindruckt, und ich freue mich über seine Neugier. Wir unterhalten uns noch ein bisschen, ich erzähle ihm von den jüdischen Feiertagen, und er versucht, sie mit denen im Islam zu vergleichen. Wir, Adil, mein muslimischer Schüler, und ich, seine jüdische Lehrerin. Irgendwann landen wir bei den Essensvorschriften und stellen später fest, dass in beiden Religionen das Fluchen verboten ist. Irgendwann fragt Adil, „warum Menschen Krieg machen, die haben doch voll viel gemeinsam! Mensch ist doch Mensch!“

Offenheit und Toleranz füreinander und die Förderung des Miteinanders sind ein fester Bestandteil diverser Schulprogramme, Schlagwörter, die Schulen als Aushängeschilder benutzen. Ziele, die erreicht werden sollen, aber oftmals ebenso wenig mit der Realität gemeinsam haben wie die Behauptung, es gebe lediglich Einzelfälle von Antisemitismus auf deutschen Schulhöfen. Er ist aber da, präsent und alltäglich. Die Beleidigung „Jude“ gehört

schon längst zum üblichen Jargon, der Nahost-Konflikt im Geschichtsunterricht gerät zum Fiasko, sodass die Lehrer rückwärts aus den Klassenräumen flüchten mit dem Vorhaben, das nächste Mal einen anderen Krisenherd zu behandeln. Und auch außerhalb des Unterrichts mangelt es nicht an Vorurteilen, die einen fragen lassen, ob die Zeit jemals kommt, in der Toleranz kein Fremdwort ist und der Hass verschwindet.

Schwierig, wenn die Verslossenheit der Eltern bedingt, dass ihre Kinder nicht an einem Ausflug teilnehmen dürfen, bei dem eine Synagoge besucht werden soll. Außerdem gilt es, ein Coca-Cola-Verbot zu beachten, denn eine der gängigen Verschwörungstheorien lautet, dass der Schriftzug – von rechts nach links gelesen und einige Schnörkel weggedacht – auf Arabisch zu lesen sei: „Es gibt keinen Allah und kein Mekka.“ Die Schlussfolgerung dieser ahnungslosen Aussage mündet selbstverständlich bei den Juden, da unter den gegebenen Umständen Coca-Cola fraglos reichen Juden gehören müsse. Gleiches gelte für McDonald's, weswegen es nur logisch sei, dort nicht mehr zu essen, da dieses Unternehmen seinen gesamten Gewinn an Israel spende; dort würden wiederum Waffen gekauft, um Palästinenser zu töten. Der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt! Für einen vernünftig denkenden Menschen sind diese Kurzschlüsse maßlos erschreckend und zum Verzweifeln.

Man könnte sich umdrehen, wegrennen und innerhalb der Schule nie wieder das Thema Judentum und Israel ansprechen. Man könnte sich verbarrikadieren und die Augen verschließen vor den Möglichkeiten, die die Institution Schule bietet. Offen zu sein ist anstrengend, erfordert Geduld und manchmal auch Mut. Weil diese absurden Vorurteile es einem schwer machen, an das Gute im Menschen zu glauben, weil Verständnis häufiger Gespräche und gegenseitigen Kennenlernens bedarf und weil man sich manchmal vor Angriffen fürchten muss – gegen die eigene Person, Religion oder auch Meinung. Offenheit hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun, mit der Bereitschaft, auf den Gesprächspartner zuzugehen und mit ihm zu reden, vielleicht auch zu argumentieren – emotionsgeladen und hitzig – und diese Diskussion auszuhalten. Offen zu sein für die Argumente der Gegenseite, aber auch dafür, sich zu offenbaren. Offen für Kritik und Fragen. Und wenn sie dann da ist, diese Offenheit, wie bei Adil und vielen anderen, die bereit sind, sich auf das Fremde einzulassen, muss man sie schätzen, fördern und immer wieder für sie plädieren. Man muss in sie investieren, in die Lehrerausbildung, in Unterrichtsmaterialien und in außerschulische Experten, in Menschen, die von ihren Erfahrungen mit der Offenheit berichten und ein Stück von dieser in die Schule tragen. Damit Offenheit die Grenzen überwindet und die Vielfalt der Menschen und Kulturen einander näherbringen kann.

Lisa Scheremet

Lehrerin jüdischen Glaubens an einer Hauptschule in Niedersachsen

Solidarität: Die Flüchtlinge, meist aus Syrien und aus dem Irak, kommen sehr erschöpft bei uns an, aber freuen sich, endlich in Deutschland zu sein und als schutzbedürftige Menschen ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Sie berichten, dass ihnen aufgrund ihrer Religion oder Volkszugehörigkeit in ihrer Heimat das Existenzrecht abgesprochen wurde. Was sie jetzt am dringendsten brauchen, ist das Gefühl, wirklich angenommen und angekommen zu sein. Das heißt vor allem, die Gewissheit zu haben, auf deutschem Boden in Frieden leben zu dürfen – ohne konfessionelle Konflikte und Verfolgung. Ganz einfache Dinge gehören dazu – beispielsweise, dass die Kinder ohne Angst auf dem Spielplatz toben können.

Durch meine Arbeit in der Flüchtlingsberatungsstelle nehme ich wahr, wie viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sich einbringen, um zu helfen. Durch ihren Einsatz fühlen sich die Flüchtlinge willkommen, und das trägt viel dazu bei, dass sie in einem fremden Land auch innerlich ankommen. Das ist verständlicherweise alles andere als einfach, wenn man die Sprache nicht versteht und spricht. Deshalb engagiere ich mich dafür, dass die Flüchtlinge so schnell wie möglich die deutsche Sprache erlernen. Das ist

das Wichtigste! Dennoch gehört zum Ankommen in Deutschland mehr als der Spracherwerb. Die Wertvorstellungen sind anders als in den Heimatregionen der Flüchtlinge. Mehrmals habe ich beobachtet, wie Flüchtlinge gelegentlich an Grundwerten der deutschen Gesellschaft Anstoß nahmen – so etwa an der Gleichstellung von Frau und Mann.

In unserer Beratungsstelle verteilen meine Kollegen und ich das Grundgesetz auf Arabisch. Das ist hilfreich, aber es reicht nicht aus. Unsere Arbeit ist darüber hinaus stark darauf ausgerichtet, zu vermitteln, dass es ein friedliches Zusammenleben zwischen den Einheimischen und den neuen Nachbarn nur dann geben kann, wenn die Grundwerte der deutschen Gesellschaft geachtet werden. Das geschieht etwa, indem wir in Gesprächsrunden darüber diskutieren, wie lange in Deutschland darum gerungen wurde, bis hier jeder, gleichgültig ob Frau oder Mann, gleiche Rechte hatte, wie schmerzhaft die deutschen Erfahrungen waren, bis die Würde des Menschen hier für unantastbar galt. Im Zentrum steht somit die Botschaft, dass das, was für die Verfolgten ein Traum war, hier Wahrheit geworden ist.

Nach meinen Beobachtungen gibt es überwiegend die Bereitschaft, einen neuen

Anfang zu machen, auch die Grundwerte anzunehmen. In den Heimatländern, zum Beispiel in Syrien oder im Irak, gab es große konfessionelle Spannungen zwischen Religionen und Konfessionen. Aber jetzt nehme ich wahr, dass man sich nicht mehr als Feinde begegnet, sondern in Frieden miteinander leben will.

Was die Deutschen betrifft, beeindruckt mich, wie oft ich Anrufe von Menschen bekomme, die mir vom Schicksal ihrer Großeltern oder Eltern erzählen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Flüchtlinge waren. Eine ältere Dame berichtete mir von ihrer eigenen Flucht aus dem ehemaligen Ostpreußen. Sie sei damals zwar in einem Land angekommen, wo man Deutsch gesprochen habe, aber die schrecklichen Erfahrungen von Vertreibung und Gewalt seien ähnlich gewesen.

Weil sie diese Erfahrungen mit dem Thema Flucht gemacht habe und genau wisse, was es bedeutet, vertrieben zu werden, habe sie sich entschieden und gesagt: „Ich will helfen!“ Andere bringen sich allein im Namen der Nächstenliebe ein. Und weil das so ist, gehe ich optimistisch ins neue Jahr. Durch die Zusammenarbeit zwischen „Ehrenamtlern“ und „Hauptamtlern“ wird die Krise zu bewältigen sein.

Naeem Khalaf

*Der christliche Syrer ist vor fünf Jahren als
Wirtschaftsstudent nach Deutschland gekommen.
Seit einem Jahr arbeitet er in der Flüchtlings-
beratungsstelle des Kirchenkreises an der Agger
und koordiniert die ehrenamtliche
Flüchtlingshilfe für die Stadt Gummersbach.*

Zivilcourage – Tugend des aufrechten Ganges: Deutschland hat Preußen nicht nur die Pickelhaube, sondern auch die „Zivilcourage“ zu verdanken. Ausgerechnet durch den späteren „Eisernen Kanzler“, Otto von Bismarck, der sich selbst bei jeder Gelegenheit in seiner Kürassieruniform mit schwefelgelbem Kragen zeigte, fand das französische Wort für Bürgermut, „courage civil“, Eingang in die deutsche Sprache: Es war der Tag, an dem der frischgewählte Abgeordnete Bismarck im Jahre 1847 seine erste Rede im Vereinten Preußischen Landtag hielt. Es ging um eine Gesetzesvorlage, die Bismarck scharf und leidenschaftlich bekämpfte; und obwohl viele Abgeordnete ihm in der Sache zustimmten, sprang ihm doch keiner in der Debatte bei. „Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns

Allgemeingut“, entgegnete Bismarck später einem Vertrauten, „aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Civilcourage fehlt.“

Die Tugend der Zivilcourage ist verwandt mit dem Mut und der Tapferkeit. Doch anders als die Tapferkeit wird sie meist nicht in der Gemeinschaft geübt, sie ist eine Haltung des Einzelnen. Die Tapferkeit kann, insbesondere im Krieg, auch verwerflichen Zielen dienen. Anders die Zivilcourage, sie ist der Mut des Nichtsoldaten. In Zeiten der Diktatur ist sie die Tugend, sich der Staatsgewalt mutig entgegenzusetzen. Dann kann sie nicht nur eine Bürger-, sondern auch eine Soldatentugend sein. Zivilcourage bewiesen die Offiziere und Generale um Claus Graf Schenk zu Stauffenberg, als sie sich am 20. Juli 1944 zum Attentat auf Hitler entschlossen. Unter Einsatz ihres Lebens setzten sie ein Zeichen dafür, dass es ein „anderes Deutschland“ gab, das sich der Barbarei Hitlers widersetzte.

Und sie standen damit nicht allein: Georg Elser, ein einfacher gelernter Schreiner und Tischler, wagte schon 1939, auf eigene Faust und ganz auf sich gestellt, den Tyrannenmord. Die Gruppe der Weißen Rose um Hans und Sophie Scholl verteilte in der Universität und anderswo Flugblätter, auf denen stand: „Wir schweigen nicht. Wir sind euer böses Gewissen.“

„Unglücklich das Land, das Helden nötig hat“, heißt es bei Brecht. Die Zeiten sind vorbei. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu einer geradezu mustergültigen Demokratie entwickelt. Das Preußisch-Soldatische ist aus dem öffentlichen Leben verschwunden, und die deutsche Gesellschaft macht einen durch und durch zivilen Eindruck. Allenthalben gibt man sich pazifistisch. In der Bundeswehr gilt, in Abgrenzung zur einstigen Wehrmacht Hitlers, die Parole vom „Bürger in Uniform“. Braucht eine solche Zivilgesellschaft – und eine Demokratie überhaupt – noch die Tugend der Zivilcourage? Aber ja. Seit Langem hört und liest man von gewalttätigen Übergriffen in U-Bahnhöfen und auf der Straße, bei denen die Umstehenden untätig zuschauten. Wo blieb da die Zivilcourage?

Wie die allermeisten Tugenden lässt sich auch die Zivilcourage nicht verordnen. Aber man kann auf die hinweisen und diejenigen ehren, die ein positives Beispiel geben. In einer Gesellschaft, in der sich die Menschen anpassen, um voranzukommen, können so andere ermutigt und angesteckt werden.

Denn nicht nur, wenn es um die Frage von körperlicher Gewalt geht, ist Zivilcourage gefragt. Dazwischenzutreten, wenn jemand, der eine andere Hautfarbe hat oder einer Minderheit angehört, beschimpft und beleidigt wird, das ist Zivilcourage. Aber auch wer eine andere Hautfarbe hat und einer Minderheit angehört, ist nicht weniger zur Zivilcourage verpflichtet. Sich nicht mitziehen zu lassen, nicht zu dulden oder wegzuschauen, wenn Menschen bedrängt oder gar misshandelt werden, ist eine universelle Tugend, die zwischen Fremden, Neuankömmlingen und Einheimischen, zwischen Mehrheit und Minderheit, zwischen den Geschlechtern nicht unterscheidet, nicht unterscheiden darf. Schließlich geht es um den Wert, der allen Tugenden zugrunde liegt: die Menschlichkeit.

Zivilcourage zeichnet aus, dass man sich für ein couragiertes Eingreifen entscheidet und mögliche persönliche Konsequenzen ausblendet. Ohne Zivilcourage kommt keine Gesellschaft aus – erst recht keine Demokratie. Ohne sie kann es gar kein dauerhaftes menschliches Miteinander geben, denn sie ist die Tugend des aufrechten Ganges.

Asfa-Wossen Asserate

Geboren 1948 in Addis Abeba (Äthiopien), ist ein äthiopisch-deutscher Unternehmensberater, Autor und politischer Analyst.

Er ist einer der Nachfahren des letzten äthiopischen Kaisers und lebt seit über vierzig Jahren in Deutschland.

Der Text ist ein leicht aktualisierter und gekürzter Auszug aus seinem Buch „Deutsche Tugenden – Von Anmut bis Weltschmerz“ (München 2013).



Marburger Tracht: Deutscher Michel oder französischer Jakobiner?

Schwenninger Tracht: Der breitkrempige Hut mit Band ist der höfischen Mode Frankreichs entlehnt.



Das Vaterland

—

Ein „Parforceritt“ durch seine Geschichte

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Vaterland – der Begriff klingt verstaubt, weitgehend verbannt aus dem Gebrauch der Alltagssprache. Und dennoch ist er fester Bestandteil der politischen Rhetorik. Nicht nur in der Nationalhymne, sondern auch auf Parteitagungen und in Reden findet er Verwendung.

Das liegt nicht zuletzt an seinem affirmativen Charakter. Beinahe biologistisch scheint es über allen Interpretationen zu stehen. Vaterland – das Land des Vaters, dieser Begriff scheint keine Fragen offenzulassen.

Die genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass es mit dieser Eindeutigkeit nicht weit her ist. Überhaupt taucht der Begriff im deutschen Sprachraum erst im Mittelhochdeutschen auf. In früheren germanischen Dialekten lässt er sich dagegen nicht nachweisen. Und in den frühen Verwendungen wurde er zunächst ganz wörtlich verstanden, als (Acker-)Land des Vaters, also als der Teil des eigenen Landbesitzes, der aus dem väterlichen Erbteil stammte. Mit dem Übergang zum Neuhochdeutschen verschob sich die Bedeutung hin zu dem Land, in dem der eigene Vater lebte. Mitunter, aber nicht immer fiel dieses Verständnis zusammen mit dem Land der eigenen Geburt. In diesem, letzteren Sinne wurde allerdings in den lateinischen Texten der Zeit der

Terminus *patria* verwendet. Das Territorium, auf das er sich bezog, war jedoch örtlich stark begrenzt und umfasste meistens nur die Geburtsstadt und deren unmittelbares Umland. Dem korrespondierte die Loyalitätserwartung der Obrigkeit: Die Untertanen waren dem regionalen Fürsten zum Gehorsam verpflichtet und keiner geografischen Einheit. Der in unserem heutigen Verständnis der *patria* eng verbundene Begriff der *natio* bezeichnete zur damaligen Zeit seltener eine Volks- als eine Standeszugehörigkeit. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich klarmacht, dass die Geburt (*nasci* – lateinisch „geboren werden“) in einen bestimmten Stand die viel wesentlichere und weitgehend unabänderliche Weichenstellung für das weitere Leben bedeutete als der Geburtsort.

Die politische Geografie war demnach auch in erster Linie eine Sache der Landesherren. Ihre eigenen Herrschaftsgebiete waren Teil des Heiligen Römischen Reichs, woraus sich die Rahmenbedingungen ihres politischen Handelns ergaben. Ähnliches galt auch für die städtische Oberschicht der Reichsstädte. Für die übergroße Mehrheit seiner Bewohner war jedoch nicht das Reich Vaterland, sondern eine deutlich kleinere, regionale Einheit.

Auch als der Begriff „deutsch“ immer häufiger als politische Kategorie verwendet wurde, änderte sich daran zunächst nichts. Im 16. Jahrhundert begann sich der Name „Deutschland“ durchzusetzen, bald war folgerichtig auch die Rede vom „deutschen Vaterland“, ohne dass jedoch die territoriale Vaterlandsbezeichnung verdrängt worden wäre.

Ob regional oder überregional – in beiden Fällen schwang das Verständnis einer abgeschlossenen Einheit mit. Davon konnte aber genau zu der Zeit, als immer häufiger das „deutsche Vaterland“ beschworen wurde, keine Rede mehr sein. Schon früher war das Reich kein zentral regierter Einheitsstaat gewesen. Mit der Reformation zerfiel jedoch auch die geistige Einheit. Nicht zufällig wurde die Wiederherstellung konfessioneller Einigkeit häufig im Zusammenhang mit dem Vaterlandsbegriff gefordert.

Bekanntlich gelang es nicht, die konfessionellen Unterschiede zu überwinden. Im Westfälischen Frieden von 1648 verzichteten Kaiser und deutsche Fürsten darauf, anderen Territorien mit Gewalt die eigene Konfession aufzuzwingen. (Die „Häretiker“ wurden im eigenen Land natürlich weiterhin verfolgt.) Katholiken, Reformierte und Lutheraner wohnten nun zum Teil weit voneinander entfernt, getrennt nicht durch Sprachbarrieren, sondern durch Landesgrenzen. Ganz entgegen den Intentionen ihrer Träger hatte somit die Reformation das Wahrheitsmonopol der Kirche genauso erschüttert wie das der Landesherren, die sich als Verteidiger des rechten Glaubens stilisiert hatten und nun von diesem hehren Anspruch lassen mussten. Nebenbei dürften die konfessionelle Zersplitterung und der Verlust der Einheitlichkeit auch dem Prinzip des Gottesgnadentums einen gehörigen Schlag versetzt haben. Es ist fraglich, ob der Gedanke von Volkssouveränität und Demokratie ohne diese Erschütterung aufgekommen wäre.

INTEGRIERENDES KONZEPT

Untrennbar verknüpft mit diesen neuen Ideen waren jedoch der Aufstieg der europäischen Nationalbewegungen und damit die Hochzeit des Vaterlandsbegriffs. Nicht mehr einen Fürsten, sondern ein Land galt es zu verteidigen, wenn die Marseillaise die Kinder des Vaterlands („enfants de la patrie“) zu den Waffen rief – und zwar um der politischen Ordnung willen, die von der Französischen Revolution erkämpft worden war. Die Ideen von 1789 waren bedroht von der ausländischen Koalition reaktionärer Kräfte, im Lied schlicht als „Tyrannei“ bezeichnet. Folglich richtete sich der Aufruf auch nicht an Untertanen, sondern Bürger („aux armes, citoyens“).

In Polen, das sogar noch wenige Monate vor den Franzosen seine demokratische Verfassung verabschiedet hatte, betonte der Dąbrowski-Marsch, die heutige Nationalhymne, die Notwendigkeit zur Rettung des Vaterlands („ojczyzny ratowanie“). Deutsche stimmten während der Befreiungskriege gegen Napoleon patriotische Gesänge an. Wie schon in der Marseillaise schwang in dem Begriff des Vaterlands nun auch die Vorstellung einer guten politischen Ordnung mit, nicht zufällig kämpfte die deutsche Nationalbewegung für Reichseinigung *und* Demokratie. Und Heinrich Heine, der zeitlebens mit seiner deutschen Heimat haderte, lässt seine „schlesischen Weber“ das „falsche Vaterland“ verfluchen, weil es ihr soziales Elend nicht lindert und ihren Aufstand niedergeschlagen hatte. Der gleichen Überlegung folgten Marx und Engels, als sie im Kommunistischen Manifest die berühmte Behauptung aufstellten, der Proletarier habe gar kein Vaterland. Seine Entsprechung fand diese Haltung in dem umgekehrten Versuch, im Kaiserreich den Arbeitern mit dem „Vaterland“ ein Integrationsangebot anstelle des Klassenverständnisses zu machen. Als die Sozialdemokraten nicht auf diese Leimrute gingen, bezeichnete Wilhelm II. sie als „vaterlandslose Gesellen“. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die Billigung der Kriegskredite zeigten jedoch, dass auch die Mehrheit der politischen Linken ihren (Burg-)Frieden mit dem nationalen Gedanken geschlossen hatte. Das Vaterland war tatsächlich zum integrierenden Konzept geworden – bezeichnenderweise zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Nationalismus das enge Bündnis mit der Demokratie schon lange aufgekündigt hatte.

„IST'S, WO AM RHEIN DIE REBE BLÜHT?“

Unabhängig von der politischen Verfasstheit des Vaterlands stellte sich die Frage nach seiner geografischen Definition, da es einen gemeinsamen deutschen Staat in den Geburtsjahren der deutschen Nationalbewegung nicht gab. „Was ist des Deutschen Vaterland?“, fragte Ernst Moritz Arndt 1813, um anschließend mögliche topografische Definitionen auszuloten („Ist's, wo am

Rhein die Rebe blüht? Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?“) und allesamt zu verwerfen. Schließlich gab er sich mit der Erklärung zufrieden, das deutsche Vaterland sei überall dort, wo „die deutsche Zunge klingt“, und definierte Deutschland dementsprechend über die gemeinsame Sprache und Kultur. Ähnliches meinte wohl auch August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, als er in der zweiten Strophe des Deutschlandliedes etwas un gelenk und für heutige Ohren hochgradig kitschig „deutsche Frauen, deutsche Treue, deutschen Wein und deutschen Sang“ wegen ihres „alten schönen Klangs“ lobte. Denn auf der Suche nach der nationalen Identität begab man sich – und zwar nicht nur in Deutschland – auf die Suche nach alten angeblichen und tatsächlichen Wurzeln. Schnell war die Rede von der angeblichen tausendjährigen deutschen Kultur, der Franke Karl der Große wurde zum deutschen Ahnherren, der französisch parlierende Preuße Friedrich II., der bekannte, Deutsch nur zur Konversation mit seinen Pferden zu nutzen, zum deutschen König. Dennoch: So konstruiert die Kategorie der Nation war, ihre Konstruktion erfolgte nicht willkürlich, sondern bezog sich auf sprachliche Gemeinsamkeiten, kulturelle Prägungen und gemeinsame historische Erfahrungen.

Interessanter sind zwei andere Aspekte: Zum einen musste der deutsche Patriotismus damit umgehen, dass die 1871 erfolgte Reichseinigung Österreich nicht umfasste, obwohl es jeglichem Verständnis der deutschen Kulturnation zufolge hätte dazugehören müssen. So dachten schließlich auch viele Österreicher, wie etwa die Anschlussbestrebungen unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs zeigten. Zum anderen aber erwies sich das Konzept der Kulturnation als in sich argumentativer Zirkelschluss: Von der Kultur, die doch die Zugehörigkeit definieren sollte, wurde häufig angenommen, dass sie Ausdruck eines bestimmten deutschen Wesens sei, das die Deutschen von anderen Völkern unterschied. Bald mischten sich auch rassistische Kategorien ein. So erklärte etwa Richard Wagner in seiner hässlichen Schrift *Das Judentum in der Musik*, die Juden seien zur wirklichen Kreativität unfähig. Folglich könnten sie auch keinen Anteil an der deutschen Kulturnation haben, obwohl jüdisches Leben in Deutschland – anders als viele von der deutschen Nationalbewegung behaupteten – tatsächlich eine mehr als tausendjährige Tradition hatte. Auf die rechtliche Frage der Zugehörigkeit zum deutschen Volk hatte dies jedoch weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik Auswirkungen. Juden waren gleichberechtigte (wenn auch häufig diskriminierte) Bürger des Deutschen Reichs, und die übergroße Mehrheit von ihnen betrachtete es als Vaterland, wie nicht zuletzt die hohe Zahl der Juden zeigt, die 1914 bereit waren, dieses Vaterland sogar unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen.

Erst die Nationalsozialisten änderten dies und degradierten die Juden zu Deutschen zweiter Klasse. Mit dem Begriff „Vaterland“ konnten sie dagegen herzlich wenig anfangen. In Hitlers *Mein Kampf* schaffte er es nicht einmal ins Sachregister. Die krude Rassenideologie dachte zwar in Kategorien

der Abstammung, griff aber weit über die bestehenden deutschen Sprach- und Landesgrenzen aus. Wer „germanisches Blut“ in sich hatte, galt als deutsch, unabhängig von Sprachkenntnissen und Siedlungsgebiet. Vom Konzept einer Kulturnation blieb damit nichts mehr übrig.

VATERLAND UND EUROPA

Dennoch überlebte die enge Verknüpfung des Vaterlands mit dem Nationalstaat auch den Zweiten Weltkrieg und die Barbarei des Nationalsozialismus. Allerdings erkannten führende Politiker der Nachkriegszeit, wie Konrad Adenauer, Robert Schuman oder Charles de Gaulle, die Notwendigkeit, zur Lösung großer Aufgaben und zur Vermeidung erneuter Kriege einen europäischen Rahmen zu schaffen – und begründeten so die Idee der europäischen Einigung. Zwar erteilte der erste Bundeskanzler den Vorstellungen seines französischen Kollegen eine Absage: Ein Europa der Vaterländer, das den Großteil der Kompetenzen auf der Ebene des Nationalstaats beließ, wollte er nicht. Das Vaterland als unverzichtbare Orientierungsmarke betonte aber auch er: „Jeder will sein Vaterland behalten mit seiner Kultur, Geschichte und Sprache. Keiner kann verlangen, dass die berechnigte Eigenart aufgegeben wird.“

Daran hat sich im Grunde genommen bis heute nichts geändert. Der Nationalstaat ist weiterhin die stabilste Ordnungseinheit. Nicht zuletzt im Zuge der Finanzmarktkrise hat er seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Mit ihm identifizieren sich seine Bewohner; selbst wenn sie ihn ablehnen, argumentieren sie in nationalstaatlichen Kategorien. Deshalb ist er es auch, der in unterschiedlichen, wenn auch nicht allen europäischen Sprachen als Vaterland bezeichnet wird.

Stößt er aber nicht vielleicht dort an Grenzen, wo die Gesellschaft immer mehr Einwanderer integrieren muss? Hier sollte die Geschichte Mut machen: So wie sich die Konnotation des Begriffs verschoben hat, so wenig eindeutig ist er auch heute. Kann nicht das Vaterland auch das sein, das die eigenen Eltern bewusst als Ziel ihrer Auswanderung ausgewählt haben? Das vom Vater gewählte Land also? Oder das Land, in dem ich zwar als Fremder angekommen bin, das ich aber zur Heimat meiner Kinder werden lassen möchte? Vaterland, das soll dieser kurze „Parforceritt“ durch die letzten Jahrhunderte zeigen, braucht vor allem eins: Identifikation. Gerade die Definition der Nation über die Kultur kann sich als erstaunlich integrativ erweisen. Der immer schon blutleere reine Verfassungspatriotismus Habermas'scher Prägung bedarf erst recht in einer Einwanderungsgesellschaft einer emotionalen Unterfütterung. Es lohnt sich, den Staub vom „Vaterland“ zu wischen und sich klarzumachen, was es eigentlich ausmacht, dieses Land unserer Väter.

Meine tragbare Heimat

Über Menschlichkeit und die Mutter-Sprache Deutsch

MARICA BODROŽIĆ

Geboren 1973 in Dalmatien, Schriftstellerin, lebt in Berlin. Sie wurde 2015 mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet.

Die erste Sprache, die wir alle gemeinsam haben, ist die Sprache der Stille. Um-schirmt vom Bassin der Mutterbauchklänge, im Schutz des Wassers, seiner magnetischen, alles abspeichernden Kraft,

tönt die Welt sich uns zu und wird Schicht um Schicht Teil unserer Ohren. Zweisprachig im Mutterbauch aufwachsend, muss mein Ohr sich von Beginn an mehrspurig fleißig die unterschiedlichen Tonalitäten und Rhythmen, Härte- und Weichgrade jener Sprachen und Dialekte einverleibt haben, die meine Mutter umgaben (und die sie in sich trug), als sie im Alter von zwanzig Jahren im hessischen Main-Taunus-Kreis langsam anfing, das Deutsche zu

erlernen. Hat sie es geliebt? In jedem Fall hat es ihr geholfen, da alles neu um sie herum war, im doppelten Sinne an ein neues Leben zu glauben. Ein Teil dieses neu-sprachigen Daseins war schon bald „ich“, ein kommendes Ich, besser gesagt, noch umgeformt, aber Tag um Tag mehr dem Geborensen geöffnet, mehr und mehr ein Teil ihres Körpers, Teil ihrer neuen Lebenswörter, die ich mit meinen wachsenden Lebensohren zeitgleich mit ihr erlernte. Eine Mutter kennt in der Regel schon die Sprache, in die sie ihr Kind zur Welt bringt. Dass es bei uns anders war, meine Mutter und ich zeitgleich Lernende waren, zeigen die Verläufe unserer Biografien deutlich, sie zeigen auch, dass wir jeweils etwas anderes daraus gemacht haben. Über zwei Jahrzehnte hinweg habe ich reflexartig das Deutsche als meine zweite Sprache bezeichnet. Aber dass ich es in einer meiner ersten Erzählungen als „Bassin voller wundersamer Töne“ beschrieben hatte, vergaß ich nie.

DEUTSCH VOM WASSER HER DENKEN

Meine Literatur- und neue Lebenssprache hatte ich stets als Klangraum empfunden, aber nie den Gedanken zu Ende gedacht, dass meine erste Beziehung zum Deutschen bereits im Mutterbauch entstanden war und ich das Deutsche vom Wasser her dachte: Wie viel näher konnte also eine Sprache *bei der Mutter* sein als bei mir? Ich war schon im Deutschen *eingeklungen* lange vor meinem ersten, laut und bewusst ausgesprochenen deutschen oder irgendeinem anderen Wort. Und als ich mein erstes deutsches Wort schließlich

mit der Stimme laut aussprach, da war ich zehn Jahre alt. Meine Mutter war weiterhin in Deutschland geblieben, ich aber wuchs in Dalmatien und in der Herzegowina auf, wusste den einen Dialekt bald vom anderen zu unterscheiden und wunderte mich schon im Alter von fünf Jahren über den Spott meiner dalmatinischen Verwandten, wenn ich ein herzegowinisches (und damit, in ihren Ohren, ein unzivilisiertes) Wort aussprach. Ich verstand, dass ihre Abwehr etwas mit den Osmanen zu tun haben musste, aber meine Mutter kam aus der Herzegowina, deshalb kämpfte ich beharrlich für jedes Wort, begriff aber bald, dass die katholischen Dalmatier lieber bei ihrem eigenen Dialekt bleiben und nichts mit türkisch beeinflussten Worten zu tun haben wollten. Damals wusste ich nicht, dass sie selbst durchaus türkischstämmige Wörter benutzten und ahnungslos waren, auf welche Weise sie – und wir alle – von der äußeren Welt, von der Geschichte und ihrem wirksamen Erbe, beschriftet werden. Immer wieder erlebte ich einen für Aufruhr sorgenden Worttransfer am eigenen Leib und hatte viele Fragen, in die ich auch heute noch hineinwachse und die mir zeigen, wie viel wichtiger das lebenslange Lernen ist als irgendeine alles abschließende Antwort. Das erfuhr ich auch nach meiner Übersiedlung von Dalmatien nach Hessen noch einmal in aller Deutlichkeit, denn zu allem Neuen, das damals in mein Leben kam, zählte auch der hessische Dialekt, den ich, parallel zur Hochsprache, mühelos lernte, weil wir bei einem bodenständigen Bauern zur Miete wohnten, der zu keinem hochdeutschen Wort in der Lage war. Es kommt mir so vor, als sei dabei die alte Erfahrung aus dem Mutterbauch ganz automatisch in mir aktiviert

worden. Ich *wusste*, ohne zu wissen, dass Hochdeutsch und Hessisch zwei unterschiedliche Klangwellen hatten, andere Frequenzen waren. Ich lernte also sehr schnell Hochdeutsch, der hessische Bauer ist aber gestorben, ohne es jemals auch nur versucht zu haben.

VON DALMATIEN NACH HESSEN

Das Deutsche war meinem ganzen inneren Gefühl nach nie eine wirklich fremde und auch keine ansatzweise harte Sprache, im Gegenteil, ich erkannte in ihr alles Vertraute, alles Weiche, das vom Schutz des Wassers rührte. Bereits vor meinem Umzug, wenn meine Mutter nach Dalmatien oder in die Herzegowina zu Besuch kam, muss mir die deutsche Sprache wie eine sanfte Verlängerung meiner (wie ich heute weiß) ersten tonalen Erfahrungen erschienen sein, ein Klangkörper, der sich ganz auf die Melodie, auf die Wirkung des Gesprochenen bezog. Meine Mutter hingegen kämpfte noch viele Jahre mit den Bedeutungen, mit einzelnen deutschen Wörtern und ihrem speziellen Sinn. Die neuen Wörter dienten in ihrem Leben einem bestimmten Zweck: Sie musste sie gut und richtig gebrauchen, um in ihrem Arbeitsalltag zurechtzukommen. Für mich aber war selbst das alltäglichste Wort Musik. Und wenn sie es aussprach, dann war es Musik aus ihrem Mund und zeitgleich eine direkte, feste, vielleicht sogar die einzige Verbindung zu ihr, zu ihren Händen, zu ihren Fingerkuppen, die von der vielen Arbeit aufgeraut, aufgeplatzt waren und manchmal auch bluteten. So lernten wir, Mutter und Tochter, aus ganz unterschiedlichen Gründen, in

der deutschen Sprache zu leben. Meine Mutter wurde nie richtig heimisch im Deutschen, aber es verhalf ihr dennoch zu einem neuen Selbstbewusstsein, und sie liebt es bis heute auf ihre eigene Weise, weil es ihr einen Freiheitsraum eröffnete, den sie vorher nicht kannte. Und als ich neun Jahre alt war, zog ich in ihre Freiheit wieder ein, zog zu ihren Fingerkuppen, zu ihren blutenden Händen, die stets mit der Muttergottes im Gebet verbunden waren, ihre betenden Hände sprachen zum Himmel, wenn sie Kummer hatte, eine neue Arbeit suchte und sie sich ohne göttlichen Schutz verloren und einsam fühlte.

DIE OHREN SCHLAFEN NICHT

Vielleicht hatte sie auch immer gebetet, als ich in ihrem Bauch zum Sprachwesen wurde, die Singsangstimme ihrer Gebete jedenfalls weckt in mir immer eine große Sehnsucht, die nur am Meer, in der Meeresstille geheilt werden kann. Ich kenne den Süden (der rauer ist, als man im Norden gemeinhin denkt), ich kenne den Norden (der warmherziger ist, als man gemeinhin im Süden denkt). Ich liebe die Schönheit aller Meere. Das Ohr, die Ohren schlafen nicht, sie haben wach diese Erde betreten und bringen mir bei, wie man wach *bleibt* in der Sprache, wie man sie durchdringt. Es gibt nichts Schädlicheres als einen „äußeren“ Willen in der Sprache, deshalb soll man sie nie verordnen, sondern der Sehnsucht überantworten, der Liebe und ihrer Wirkkraft übergeben, sie freiwillig zu lernen. Doch bis zu einem bestimmten Punkt muss man den „äußeren“ Bereich der Sprache dennoch aktivieren, um dann auch dieses letzte

Ruder fortzuwerfen, damit die Sprache selbst zur Handelnden wird. Wasser zu sein, das ist das Schwerste für uns Menschen, dabei waren wir alle an unserem Anfang genau das: Wasser, ein Tropfen in ihm, ein Kern des Kerns, der sich im großen Wasser einerseits auflösen, andererseits gerade dadurch verankern musste, um dann ein Körper zu werden, der ab diesem Augenblick für immer ein Mittler zwischen den verschiedenen Wassern unseres Lebens ist.

SELBSTVERGESSEN IM DEUTSCHEN KLANGRAUM

Dieses fast mystische Sprachbewusstsein lässt mich an Meister Eckhart denken, der einmal Gott darum bittet, ihn von Gott freizumachen. Auch ich bitte. Ich bitte die Sprache, mich von ihr und ihren Wörtern freizumachen, damit ein anderer Klangraum, ein anderes, inneres Ereignis sichtbar, hörbar werden kann – etwas, das ich noch nicht kenne, etwas, das ich noch werden kann. Nur im Deutschen ist mir diese Art von Selbstvergessenheit möglich. Sie zeigt mir meine Verletzlichkeit als Mensch, die wir nur erleben können, wenn wir uns aussetzen. Ich habe das große Glück, dies freiwillig tun zu dürfen. Viele Menschen werden durch Krieg, Gewalt und Hunger dazu gezwungen, sich auf den Weg zu machen. Sie schlagen mutig die Seiten ihres Lebensbuches um, kommen in einer neuen Sprache an und werden durch Not Leser ihrer selbst. Dazu brauchen sie einen freundlichen anderen. Wir alle brauchen diesen anderen Menschen, der uns Vertrauen schenkt, der die Vision eines besseren Lebens wieder mög-

lich macht. Die weißrussische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch hat in diesem Zusammenhang unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel eine große, weise Frau und eine echte Epochenfigur genannt. Weisheit und Erfahrung sagen uns, dass wir das uns vom Leben Zugewiesene manchmal besser in einer zweiten, uns ermächtigenden Sprache leben können und vielleicht sogar auch aufrichtiger, viel ehrlicher als in einer, die uns die erste ist und die unsere Freiheit begrenzt. Aber Freiheit heißt auch Freiheit von einem alten Kollektiv, Freiheit in einem neuen Denken, in einer neuen mentalen und seelischen Struktur. Für mich gibt es dafür keine schönere Sprache als die deutsche. Sie ist ein Ort im Geist und in der Zeit. Wir leben nicht nur zu einer bestimmten Zeit, sondern auch in ihr. Und es gibt Momente in der Geschichte der Menschheit, in denen wir sehen können, wie sich unsere Teilhabe in der Zeit gestaltet.

ANKERPLATZ FÜR MEINEN GEIST

Wenn wir selbst fähig sind, die Freiheit größer zu denken als die Angst, sind wir reich beschenkt. Nicht nur handeln wir mit großer symbolischer Kraft, sondern helfen auch konkreten einzelnen, wieder Hoffnung schöpfenden Menschen. Eine bessere Friedensarbeit kann es gar nicht geben. An einem fremden Ort zu leben und neu beginnen zu dürfen, bereichert unser aller Freiheit. Es gibt keine einzige individuell gelebte Freiheit, die unabhängig von der Freiheit und der Sprache eines anderen wäre. Alles ist miteinander verbunden. Wer sich bewegen kann, der kann

sich anders denken. Das Bewusstsein ist ein gemeinsamer Ort. Erste und zweite Sprachen sind innere Länder, Landschaften unserer Seele und geistige Eroberungen in einem freien Europa, in dem mehrspurige Identitäten seit Langem zur Normalität gehören. Diese größere Idee des Menschlichen konnte im barbarischen 20. Jahrhundert weder der Faschismus noch der Nationalsozialismus auslöschen. Umso mehr sind wir in die Pflicht genommen, mit und in der deutschen Sprache so zu leben, dass sie der Freiheit und dem Leben aller zuarbeit.

Für mich ist das Deutsche die Sprache meiner eigenen größeren Denkfreiheit, ein kostbarer Ort, an dem mein Geist seinen Ankerplatz ausgeworfen hat. Und nicht zuletzt ist mir das Deutsche eine Bleibe, ich lebe in der Sprache, darf in ihr *sein* – in aller metaphysischen Unbehaftheit. Denn ich habe keine andere Sprache. Sie ist mein Leben. Ich hoffe, dass ich diesen Sprach-Ort, in diesem Land meiner Freiheit, weiterhin beschützen kann. Auch hoffe ich, dass diesen Ort niemand abtöten kann, vor allem jene nicht, die den Hass in die Sprache tragen und die sie so in Besitz nehmen wollen. Der Langsamkeit verpflichtete Spracharbeiter machen seit jeher etwas anderes als die Hassenden: Sie halten die Sprache nicht fest, sie sagen ihr nicht, was sie tun soll, sondern sehen ihr zu, sehen in sie hinein und lernen von ihr, indem sie ihr Bewusstsein durchschreiten. Das Ideal des Menschen, seine Befähigung, in der Sprache das Imaginäre zu betreten und so das ihn Überschreitende zu ahnen, kann, wir wissen es alle, fehlgeleitet und missbraucht werden. Diese Gefahr ist genauso real wie das Schöne echt ist. Deshalb kommt es heute mehr denn je darauf an, dass wir uns diese

Gefahr vor Augen führen, dass wir uns an der geistigen Arbeit beteiligen und empathisch das Gleichgewicht der Welt erhalten.

DER ERSTE DEUTSCHE SATZ: „ICH VERMISSE DICH“

Wir schützen uns am besten vor einer unmenschlich oberflächlichen Welt, indem wir in uns und in unserer Sprache der Menschlichkeit das Wort geben. Denn vielleicht gibt es für uns alle überhaupt keine andere als jene „portable Heimat“, die Heinrich Heine in seinem französischen Exil erlebt und beschrieben hat. Wir alle sind Reisende in unserem Leben. Wirklich *wissen* können wir das aber nur, wenn wir unsere ethischen Koordinaten mit unserem Mitgefühl verbinden. In meiner Berliner Nachbarschaft hatte ich in den letzten Wochen und Monaten Gelegenheit dazu. Mir sind einige Flüchtlinge aus Syrien begegnet, die sich in der Sprache und im Leben als Suchende erfahren. Es ist anrührend, mit welcher Hingabe sie deutsche Sätze lernen, wie sie sich in sie verlieben, wie sie in jedem neuen Wort eine freundliche Heimat suchen. Eine junge Mutter aus Aleppo hat mich kürzlich mit ihrem ersten deutschen Satz überrascht: „Ich vermisse dich“, sagte sie einmal gleich zur Begrüßung, und ich sah ihre Tochter an, die neun Jahre alt ist, so alt, wie ich damals war, als ich 1983 in einem kalten deutschen Januar meine ersten Sätze in der neuen Sprache übte. Die Freude des Mädchens, sein Lächeln, seine Offenheit erzählten mir in zwei, drei Sekunden mein ganzes bisheriges Leben. Das Kind wird schneller die neue Sprache

lernen als seine Eltern. Es wird ihnen die neue Welt in dieser neuen Sprache erklären. Sie sind ihm schon jetzt dankbar. Es weiß nun mehr als sie. Was für eine wunderbare Situation! Endlich sind Erwachsene bereit, von ihren Kindern zu lernen. In der Neunjährigen wird zeitgleich ihre erste Sprache weiterleben, ihre erste Heimat, ihre Herkunft, die Landschaften und Menschen ihres dortigen Lebens. Vielleicht wird das Kind sich später in jemanden aus Köln verlieben und den dortigen Dialekt erlernen, vielleicht wird sie Ärztin oder Malerin werden, vielleicht Sängerin oder Schreinerin, vielleicht Französischlehrerin (denn diese Sprache hat sie schon in Aleppo zu lernen begonnen). Wir wissen es nicht. Noch können wir es nicht wissen. Aber wenn jemand versuchen sollte, diesen kleinen Menschen davon zu überzeugen, dass seine neue Heimat schlecht ist oder gar bevölkert von unfreundlichen Menschen, wird es seine Erfahrung sprechen lassen, das Mädchen wird sagen, aber wir kennen hier schon Menschen, die wir vermissen. Das Gute und das Böse entstehen nicht im luftleeren Raum, sie sind präzise menschliche Erfahrungen. Der Dichter W. H. Auden hat das in einem Gedicht auf den Punkt gebracht: *I and the public know / What all schoolchildren learn, / Those to whom evil is done / Do evil in return.*

DIE SPRACHE SPIEGELT

Wir alle können anderen Menschen helfen, an das Leben zu glauben. Wenn wir unsere Verbindung in einem größeren Bild verorten, wenn wir in unserer Vorstellung die Zeit überspringen, so wie ein Kind eine Wasserpfütze überspringt, dann werden wir in hundert, zweihundert, dreihundert Jahren nicht danach fragen, ob Sprache und Nation zueinandergehören, sondern ob wir mit der Sprache unseres Seins ein Haus gebaut haben, in dem jene, die uns nachfolgen, miteinander im Frieden leben können. Die einzige Sprache, in der ich denken, leben, dichten und in diesem Sinne *bauen* kann, ist die deutsche Sprache. Wer kann sie mir jemals wegnehmen? Sie ist (im doppelten Sinne) meine tragbare Heimat. Eine Sprache, die deutsche Sprache, um Hannah Arendt zu paraphrasieren, wird nicht und kann nicht verrückt werden. Nur Menschen werden verrückt. Warum? Die Sprache spiegelt ihr Inneres.

Kennt der Kapitalismus (k)ein Vaterland?

—

Zu Grenzen und Loyalitäten in Zeiten von Shareholder-Value

MAX A. HÖFER

Geboren 1959 in Stuttgart,
Wirtschaftswissenschaftler,
Historiker und Politologe,
Gründer der Agentur höfermedia
in Berlin.

Kapital ist scheu wie ein Reh, sagen die Börsianer. Es flüchtet, wenn es verängstigt wird. Besonders fürchtet das Kapital den Staat, Steuererhöhungen mag es gar nicht. Wenn heute die Finanzmärkte mit Kapitalflucht drohen, dann bekommen Regierungen schnell

weiche Knie. Auf dem Höhepunkt der Eurokrise 2012 zog sich das Kapital massiv aus Italien und Spanien zurück. Der Euro wankte und konnte nur gerettet werden, weil der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, ankündigte, er werde notfalls unbegrenzt Staatsanleihen kaufen („Whatever it takes“). Der Machtkampf mit dem Finanzkapital war gewonnen, zumindest diese Runde.

Hatten die Investoren nicht lange sehr gut an diesen Eurokrisenländern verdient? Kennen sie keine Loyalität, keine Dankbarkeit, keine Gnade? Sie scheinen nur an kurzfristigem Profit interessiert, den sie über alles stellen

und für den sie sogar die Europäische Währungsunion über die Wupper gehen ließen, weil Verluste drohten.

Aber verhalten sich die Bürger heute anders? „Der Kunde kennt kein Vaterland, warum soll dann ein Unternehmen patriotisch sein?“, konterte einmal ein deutscher Konzernchef. Die Kunden kaufen lieber den billigeren Kia aus Südkorea, auch wenn das Opel-Werk in Bochum in der Folge schließen muss.

Im Zeitalter der Globalisierung sieht es so aus, als ob wir alle die Mentalität von Shareholder-Value-Kapitalisten angenommen hätten. Wir kennen keine Grenzen und Loyalitäten mehr, nur der unmittelbare Vorteil zählt. Allerdings haben die Banker, Großkonzerne und Milliardäre in diesem Spiel am Ende eben doch die besseren Karten als die einfachen Kunden. Stimmen die Renditebedingungen an einem Ort nicht mehr, dann ziehen die Investoren weiter, dorthin, wo die Arbeitnehmer brav und fleißig und die Produktionsbedingungen günstig sind.

NATIONALER GEIST GEGEN MULTIKULTURELLEN STÄDTBUND

Doch der Eindruck täuscht. Das Kapital kennt kein Vaterland? Zumindest am Beginn des Kapitalismus war das Gegenteil der Fall. Von Anfang an waren Nation und Kapitalismus aufs Engste miteinander verbunden. Es gibt sogar ein Geburtsdatum, das Jahr 1564, in dem sich die Kaufmannsvereinigung der *Merchants Adventurers of England* in London gründete. Ihr Gegner war die Hanse, der damals führende Verbund nordeuropäischer Städte, die sich untereinander Handelsprivilegien einräumten. Nationale Herkunft spielte in diesem multikulturellen Städtebund keine Rolle, wie es bis dahin auch jedem Bankier offenstand, sein Geld in ganz Europa zu verleihen. Die *Merchants Adventurers* dagegen akzeptierten nur *native-born Englishmen* als ihre Mitglieder und insistierten darauf, dass sie englische Frauen ehelichten.

Edward VI. entzog der Hanse die Privilegien und bevorzugte die *Merchants Adventurers*. Elisabeth I. warf die Hanse endgültig hinaus und verpflichtete die Kaufleute zur Treue gegenüber England. Erstmals wurden Wirtschaft und Vaterland zu einem politischen Programm verbunden. Der Stratege dahinter war Thomas Gresham, er rief auch die Londoner Börse ins Leben. Nach ihm ist das Gresham'sche Gesetz benannt, wonach das gute Geld stets durch das schlechte verdrängt wird. Und: Er begründete die nationale Währungspolitik.

Für diesen Sieg nationaler Prinzipien über die Wirtschaft akzeptierte die englische Krone sogar erhebliche Verluste, denn der Abbruch der Handelsbeziehungen mit der Hanse tat weh. John Wheeler, der erste moderne Nationalökonom, verteidigte in seinem *Treatise of Commerce* (1601) die hohen

Preise: Die britischen Kaufleute repräsentieren England in der Welt, argumentierte er, und wenn auch einzelne Gruppen unter einer nationalen Handelspolitik litten, so profitieren doch alle davon, wenn diese Politik insgesamt England stärke. Wheeler war der Vordenker einer engen Verschränkung von staatlichen und kommerziellen Interessen. Exemplarisch dafür wurde die *English East India Company*. Sie zog den Überseehandel hoch und agierte als Aktiengesellschaft reicher Kaufleute praktisch wie ein Staat mit eigener Gerichtsbarkeit und dem Recht, Krieg zu führen. Kapital und Staat arbeiteten Hand in Hand. Das englische Kapital kannte sein Vaterland, und das Vaterland setzte die Interessen des Kapitals mit Militärgewalt durch.

Für Adam Smith war schließlich die Nation bereits der wichtigste Bezugsrahmen, was schon im Titel seines berühmten Werks *The Wealth of Nations* deutlich wird. Darin beschäftigt ihn, wie Nationen wohlhabend werden, nicht, wie Einzelne oder nur die Kaufleute zu Wohlstand kommen. Smith traut dabei der staatlichen Lenkung weniger zu als dem Freihandel.

FRIEDRICH LIST SCHÄRFST DEUTSCHES WIRTSCHAFTSPROFIL

Der deutsche Ökonom Friedrich List warf Smith später vor, er kenne nur Individuen, keine Nationen. Damit hatte er recht und unrecht zugleich. Unrecht, da es Smith gar nicht in den Sinn kam, dass die meisten Völker seiner Zeit nicht in Nationalstaaten lebten. Als er sein Buch 1776 veröffentlichte, ist lediglich England eine Nation, Frankreich und die USA sind erst auf dem Weg dazu. In Italien, Deutschland oder Russland hält man die Nation noch für eine „monströse politische Idee“. In Deutschland ändert sich das erst mit den Napoleonischen Kriegen. Recht hat List aber insofern, als Smith die Nation als Einheit von freien, gleichen und rational handelnden Individuen sieht, die nach Wohlstand und Glück streben. Darin unterscheidet sie sich von feudalen Gesellschaften, die hierarchisch, ständisch und segmentiert waren. Für Smith war die Nation eine offene Gesellschaft, in der jeder aufsteigen konnte, wer tüchtig war. Das machte diese Idee so attraktiv.

England galt damals als die fortschrittlichste Nation. Diesen Vorsprung wollte List für Deutschland einholen. Einerseits empfahl er geschickten Technologieimport. Andererseits sollten neue Branchen so lange durch Erziehungszölle geschützt werden, bis sie wettbewerbsfähig waren. Das war erfolgreich. Deutschland wurde ein Industriestaat, der im Maschinen- und Automobilbau bis heute führend ist und aktuell über 1.500 mittelständische Weltmarktführer verfügt. Trotz aller Diskussionen über das global vagabundierende Kapital, das angeblich *anytime* und *anywhere* produzieren kann, denken die allermeisten Unternehmen gar nicht daran, Deutschland zu verlassen. Die Standortbedingungen – von der Dualen Ausbildung über heimische

Fachkräfte, Hochschulen, politische Stabilität bis zur lokalen Finanzierung – lassen sich eben nicht beliebig transformieren. Alle deutschen Regierungen haben daher die deutschen Standortvorteile zu stärken versucht, am umfassendsten im Keynesianismus der 1970er-Jahre.

List's Entwicklungstheorie ist auch Grundlage des postkommunistischen Wachstumsmodells Chinas und anderer ostasiatischer Länder. In diesem Modell bildet eine Volkswirtschaft spezifische Stärken aus und verteidigt sie im internationalen Wettbewerb. Staat und Kapital sind also auch heute noch eng verwoben: Der Kapitalismus hat viele nationale Gesichter. Da gibt es die undurchschaubaren Chaebol in Korea oder das Keiretsu-System in Japan. In China lenken die Parteikader die Wirtschaft, in Südeuropa dominieren familiäre Strukturen et cetera.

DER „DEUTSCHE KAPITALISMUS“ EXISTIERT INTERNATIONAL NICHT MEHR

Das internationale Finanzkapital sitzt seit jeher in London und New York und profitiert von der Gesetzgebung und der politischen Macht dieser beiden angelsächsischen Länder. Wenn Hedgefonds kürzlich auf volle Rückzahlung von Schrottanleihen des argentinischen Staates klagten, dann taten sie das in New York, nicht in Buenos Aires, Hongkong oder Frankfurt. Mit dem US-Justizsystem im Rücken lebt es sich als Kapitalist leichter. Von der perfekten Feinabstimmung zwischen Washington und der Wall Street können nicht nur Argentinien oder Russland ein Liedchen singen. Und sie lohnt sich auch für das Kapital: Als der Casino-Kapitalismus 2008 zusammenbrach, kaufte ihn der US-Präsident wieder frei.

In den USA, China oder Russland ist die Verbindung von Nation und Kapital noch besonders eng. Und in Deutschland? Gibt es den deutschen Kapitalismus überhaupt noch? Auf der kleinen, mittelständischen Ebene ist er noch vital. Sein Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung liegt immerhin noch bei über fünfzig Prozent. Auf der höheren Ebene hat sich die Macht längst ins Ausland verlagert. Der Anteil deutscher Aktionäre an den DAX-30-Großunternehmen wie Daimler oder Siemens liegt heute nur noch bei 36 Prozent. In fast allen ist Englisch zur zweiten Unternehmenssprache geworden. In den Vorständen sitzen vorwiegend angelsächsische Finanzinvestoren als unsichtbare Aufpasser mit am Tisch. Die frühere „Deutschland AG“, in der Banken, Politik und Gewerkschaften die deutschen Konzerne vor ausländischem Einfluss schützten, gibt es nicht mehr. Die Regierung Schröder löste sie mit einer steuerpolitischen Entscheidung 2002 weitgehend auf.

International lassen sich gigantische Machtkonzentrationen ausmachen. Der größte Vermögensverwalter, die amerikanische BlackRock, entscheidet allein über 5.000 Milliarden US-Dollar Anlagevermögen. Das übersteigt das

Bruttoinlandsprodukt der meisten Länder der Welt und die Marktkapitalisierung der meisten Börsen der Welt. Das Ziel, störungsfrei zu wachsen, hat weltweit erhebliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Ähnliches gilt für milliardenschwere Hedgefonds, die erklärtermaßen gegen Länder spekulieren und keiner demokratisch legitimierten Kontrolle unterworfen sind.

NEUER AUTORITARISMUS

Zudem gibt es Tendenzen zu einem neuen Autoritarismus, der nationales Recht durch privates ersetzt. Megakonzerne geben sich Corporate-Governance-Richtlinien, die sie auf ihre Zulieferbetriebe ausdehnen. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, die ebenfalls keine demokratische Legitimation haben, bestimmen sie die Spielregeln einer globalisierten Weltwirtschaft mit. Dreist gehen Internetkonzerne wie Google vor: Sie verlagern ihre Server auf Schiffe im Weltmeer und schicken Satelliten ins Weltall, wo sie an kein Völkerrecht gebunden sind.

Besonders die europäischen Nationalstaaten sehen heute ihren Einfluss dahinschwinden. Allein haben sie gegen die globalen Finanzmärkte keine Chance. Staaten schaffen es nur noch mit größter Anstrengung, nationale Schlüsselkonzerne zu beschützen. Volkswagen muss die amerikanische Umweltbehörde US Environmental Protection Agency mehr fürchten als jede europäische Behörde. Umgekehrt haben die Europäer kein Mittel beispielsweise gegen die Politik der US-Ratingagenturen, die in der Finanzkrise eine dubiose Rolle spielten und dennoch ihre Macht an den Kapitalmärkten nicht verloren haben und sie nicht einmal mindern mussten. Die Strategie der Europäer, nationale Souveränität auf die Europäische Union zu verlagern, um dadurch global an Einfluss zu gewinnen, ist zwar klug, funktioniert aber nur beschränkt.

KRISENMODUS OHNE ENDE

Die hohe Verschuldung der EU-Länder hat Staat und Banken zudem in eine gegenseitige Abhängigkeit gebracht. Der Versuch, die deutsche Schuldenbremse über den Fiskalpakt in ganz Europa zu implementieren und damit der Politik wieder mehr Handlungsspielraum zu verschaffen, steckt jedoch noch in den Anfängen. Die Folge ist eine Politik, die schnell auf Krisen reagieren muss und damit die Macht der Exekutive stärkt. Ministerratsbeschlüsse in Brüssel, Vorgaben des Internationalen Währungsfonds oder der EZB werden umgesetzt, die Parlamente können sie oft nur nachträglich abnicken. In der Moderne bestand zwischen Kapital und Demokratie stets ein Spannungsverhältnis. Von einem Gleichgewicht ist Europa gegenwärtig weit entfernt.

Postnationale Gesellschaft?

Warum das Konzept des Vaterlands allein nicht funktioniert

MICHAEL BÖHM

Geboren 1969 in Dresden, freier Publizist in Berlin. Er schreibt für verschiedene Zeitschriften und den Rundfunk im deutschsprachigen Raum, unter anderem „GDI-Impuls“, die Sender des „Deutschlandradio“ und „RBB-Kulturradio“.

Es sei eine Flut, heißt es bisweilen warnend in Kommentaren, die sich unablässig über die Balkanroute auf Deutschland zubewege. Manche fürchten eine Bedrohung für unsere Identität. Denn Syrer, Afghanen und alle jene Mühseligen und Beladenen, die sich zu uns auf den Weg machen, seien der hierzulande gewachsenen Kultur fremd und sprächen nicht die

deutsche Sprache. Ob sie sie irgendwann genug beherrschen könnten, sei dahingestellt. Sie wüssten auch nichts von Hermann, dem Cherusker, oder von Martin Luther, nichts von Goethes „Faust“ und Schuberts „Unvollendeter“, schreiben andere, und womöglich würden sie das besondere Verhältnis der Deutschen zu Juden und dem Staat Israel nicht teilen. Keine Erfahrung hätten sie, schreiben wieder andere, was der Rechtsstaat sei, keine Ahnung, wie eine komplexe Industriegesellschaft funktioniere. Gänzlich krude wird es, wenn angeführt wird, die Neuankömmlinge seien viel zeugungs- und vermehrungsfreudiger als die autochthonen Deutschen! In Bälde komme es daher zu einem Bevölkerungsaustausch. Sogar von einer groß angelegten „Umvolkung“ war die Rede, gegen die man einschreiten müsse. Von da ist es nicht weit bis zum eigentlich längst vergessenen Ruf: Das Vaterland ist in Gefahr!

Aber gibt es das noch, das Vaterland, das Flüchtlinge gefährden könnten? Vielen erscheint der Begriff wie ein Relikt einer längst vergangenen

Epoche: Erste „Vaterlandsvereine“ gründeten sich im 18. Jahrhundert, um zu „Patriotismus“, zu „Vaterlandsliebe“ zu erziehen; im Sinne von Aufklärung und Liberalismus förderten sie Kunst und Gewerbe oder Presse- und Meinungsfreiheit – die „Patriotische Gesellschaft von 1765“ in Hamburg etwa nahm sich des ersten Anliegens an; der deutsche „Press- und Vaterlandsverein“ entstand 1832 wegen des zweiten. Letzterer machte sich darüber hinaus für die deutsche Einheit stark, für die „Wiedergeburt Deutschlands in einem freiheitlichen Europa“, wie es in seiner Satzung hieß. Meinungs- und Gewerbe-freiheit haben seit dem 19. Jahrhundert in allen westlichen Gesellschaften immer mehr Wohlstand geschaffen; sie sind heute in Deutschland im Grundgesetz garantiert, Gleiches gilt im Übrigen für die Verankerung Deutschlands in Europa. Warum also, so ließe sich naiv fragen, sollten Migranten aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea das „Vaterland“ bedrohen? Denn das Deutsche ließe sich lernen, könnte man meinen, genauso, was Goethe schrieb, Schubert komponierte und Hitler verbrach, und auch, was eine moderne Industriegesellschaft fordert. Selbst diejenigen, die meinen, die zahllosen Migranten seien allenfalls Wirtschaftsflüchtlinge, werden nicht umhinkommen, einzugestehen, dass sie wegen der Gründe nach Deutschland kommen, aus denen sich die ersten deutschen Vaterlandsvereine gründeten: nämlich die Schaffung von Wohlstand, für den die Meinungs- und Gewerbefreiheit Voraussetzung war.

„SÜSS IST'S, FÜR'S VATERLAND ZU STERBEN“

Aber die Idee des Vaterlandes ist älter als die, die sich die Anhänger des Liberalismus davon machten. Bei den alten Griechen bedeutete die *πατρίδα*, das Vaterland, keinen bestimmten Boden, sondern die Toten und Lebenden sowie die Götter der *Polis*, denen man sich verbunden fühlte. Das Vaterland war vor allem in den Einwohnern der *Polis* präsent, es tauchte in Dienst- und Abhängigkeitsverhältnissen auf, es ließ sich aus Grußformeln entnehmen. So begrüßt Ödipus König *Kreon*, den Bruder seiner Frau nicht namentlich, sondern mit: „Herr, mein Schwager, des *Menoikeus* Sohn!“ Die Ich-Identität, für die der Name steht, rangierte in der antiken Welt erst weit dahinter. Das Vaterland appellierte daher an seine Söhne, nicht zuletzt in den Tempeln der Götter und den Gräbern der Toten: Ihnen hatte man Reverenz zu erweisen, nach ihren Gesetzen zu leben – es war unvorstellbar, sich ein Leben außerhalb dieser Gemeinschaft zu denken.

Ähnlich war dies im alten Rom, wo Cicero, der römische Schriftsteller und Politiker, im ersten Jahrhundert vor Christus schrieb: „Wir haben eine zärtliche Liebe für unsere Väter und Mütter, für unsere Kinder, unsere Verwandten, für unsere Freunde, aber – die Liebe zum Vaterland schließt als einzige alle anderen ein.“ Arbeit und Dienst waren denn auch vorrangig Arbeit

und Dienst an einer Gemeinschaft aus Familien, Clans und Sippen: „Das Leben des Weisen“, heißt es bei Ciceros Zeitgenossen Horaz, gehöre „zuerst seinem Vaterland, dann seinen Freunden.“ Ganz zu schweigen davon, dass Arbeit und Dienst für das Vaterland auch größere Opfer fordern konnte: „Süß ist's, für's Vaterland zu sterben“, schreibt Horaz. Das Vaterland, die *patria*, als Gemeinschaft von Toten und Lebenden, und Patriotismus als Tugend, als moralische Verpflichtung zum Dienst an ihr – dies entsprach dem Weltbild der Antike, in der sich der Mensch über Gruppen definierte und das Selbst, die Identität des Ichs, noch im Dämmernd war. Noch im christlichen Mittelalter war das der Fall, als Könige die Namen der Vaterländer trugen, so wie der König von Frankreich oder der König von Jerusalem, und als Thomas von Aquin den Kult des Vaterlands gleich hinter der Religion ansetzte und – es als christliche Tugend erachtete, dass ein jeder Sohn des Vaterlands, ob Priester, Aristokrat oder Bauer, es mit der Waffe verteidigte.

Doch das Selbst war spätestens erwacht, da Jesus durch die neue Religion, das Christentum, nicht mehr nur das Volk Israel befreien wollte, sondern jede einzelne Seele. Das könne gelingen, versprach er, da ein jeder Mensch vernünftig, Gottes Ebenbild sei. Seit der späten Antike hielt daher das „Ich“ Zwiesprache mit sich selbst. Kirchenvater Augustinus wollte im fünften Jahrhundert wissen, dass der Weg zur Moral, zu Gott, zu einem guten Leben durch das Gewissen führe: „Geh nicht nach draußen“, war seine Maxime, „in dich selbst kehre zurück.“ Martin Luther und Johannes Calvin sahen das ähnlich; sie brauchten nicht zwingend einen Klerus, um mit sich und Gott ins Reine zu kommen. So war die Grundlage dafür gelegt, dass das Selbst vernünftig individueller Moral folgte und die Tugend verschwand, der *patria* zu huldigen und ihr notfalls sein Leben zu opfern; so war der Weg geebnet, dass sich die Identität verlor, die aus Gemeinschaft resultierte und die auch die Gesetze und Gräber der Vorfahren vermittelten.

„Indem man den Tod ins Angesicht schaut“, schreibt Thomas Basin, Bischof von Lisieux, noch 1471, „beweist man überhaupt Liebe zu seinem Vaterland und seinen Nächsten“. Nicht einmal 200 Jahre später jauchzten in Frankreich aristokratische Libertins schon in fröhlichem Kosmopolitismus: „Das Vaterland ist dort, wo es Güter gibt!“ Die christliche „Sorge um das Selbst“ hatte sich bisweilen zu utilitaristischer Moral säkularisiert, ermuntert durch die gewiss auch missverstandenen Philosophen der Aufklärung wie Thomas Hobbes und John Locke, die das vernünftige, freie und gleiche Individuum feierten, und man daher zu der Meinung kam, es diene dem Vaterland, zuerst sein eigenes Interesse zu verfolgen; inspiriert zuvor durch Kaufleute in Oberitalien und England, die freie und gleiche Bürger sein wollten – nicht zuletzt, um auf Märkten neue Gewinne zu erschließen; gemäß aber auch dem universalen Christentum, in dem jeder vernünftig, frei und gleich vor Gott ist.

Die liberalen Ideen, mit ihrer Feier des Ichs, waren Einladung, all das hinter sich zu lassen, was einst die *patria*, das Vaterland, an Tradition und

Bindung bereithielt – also all das, was vorher das Selbst bestimmte. Diese Einladung wurde angenommen in der Englischen und Französischen Revolution. Doch was war nun der Mensch der Moderne, der in der bürgerlichen Gesellschaft als *homo oeconomicus* seinen Vorteil suchen sollte, herausgelöst aus der ständischen Gemeinschaft, die ihm lange die *patria*, das Vaterland, war? Die Moderne fand ihre Antwort darauf: Sie lag in der *Nation*, jener Herkunftsgemeinschaft, die sich vom lateinischen *nasci*, was heißt: „geboren werden“, ableitet, und sie lag in der Klasse, die Bürger und Arbeiter nach „oben“ und „unten“ in der Gesellschaft verwies.

VOLLBUSIGE GERMANIA, HUNGERHAKIGE MARIANNE

Die modernen Menschen schufen die Nation durch Verfassungen, unter die sich die vernunftbegabten Freien und Gleichen stellen sollten, wie es Amerikaner und Franzosen taten; oder durch gemeinsame Sprachen, Bräuche und Abstammungen. Sie konstruierten und entwickelten nationale Identität: appellierten an mythische Helden, wie die Franzosen an Vercingetorix, den gallischen Feldherrn, der den Römern unterlag, was „very French“ sei, wie Engländer später frotzelten, weil seit Napoleon französische Armeen nicht aufgehört hätten, zu unterliegen; daher symbolisierten sie die Nation in Allegorien, so wie die Deutschen sie in der „Germania“ symbolisierten, die auf mancher Karikatur im 19. Jahrhundert als vollbusiges Monstrum der Fruchtbarkeit über Marianne, dem kinderlosen Hungerhaken aus Frankreich, lächelte; und daher erzogen die Nationen zu nationalem, sogar nationalistischem Bewusstsein: in Schulen, wo müde Kinder die Daten glorreicher Schlachten fürs Vaterland nachbeten mussten, oder in Armeen, in denen die erwachsen gewordenen Kinder in neuen Schlachten zu sterben hatten. Erst nach dem zweiten großen Krieg hatte das ein Ende. Der alte Vaterlandsbegriff verschwand nicht, aber er wurde weitgehend europäisch geläutert und verlor seine aggressive Aufladung, aus Gegnerschaft sollte Zusammenarbeit werden. Charles de Gaulle sprach vom „l’Europe des patries“.

Die modernen Identitäten waren gebaut, geschaffen, konstruiert. Und die erwiesen sich in vieler Hinsicht als fließend. Denn in der Moderne des Freien und Gleichen ist fast alles fließend und flüchtig, da der technische Fortschritt Industrie, Produktion und Gesellschaft ständig komplexer und effizienter macht, da ständig mehr Wohlstand entsteht, da ständig alle „neugebildeten Anschauungen veralten, ehe sie verknöchern können“, wie Karl Marx im *Kommunistischen Manifest* schrieb. So verlor sich beispielsweise die Identität des Proletariers, als sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts der Sozialstaat entfaltete und sich – überspitzt formuliert – aus dem zornigen, ungelehrten Entrechteten in den Fabriken der qualifizierte Webdesigner der „neuen Mitte“ formte, der wenig Kinder hat, weil ihn im Alter Erlöse aus

seinen Aktienpaketen versorgen. Und so verlor sich viel von der nationalen Identität, weil Märkte und Produkte nationale Grenzen überschritten, sodass heute Schweden Croissants frühstücken, Deutsche italienische Schuhe tragen und Franzosen einen Mercedes chauffieren. All das beschreibt einen internationalen, ja globalen Lebensstil, der nationale Sitten, Sprachen und Mentalitäten ebenso bereichert wie verwässert.

Darin besteht bei Weitem kein neues Phänomen. Schon im 19. Jahrhundert bestiegen gut betuchte Briten die Gipfel der Berner Alpen und arbeiteten dort am schweizerischen Nationalmythos; sprach Kaiser Wilhelm II. besser Englisch als mancher Londoner; kritisierten im Deutschen Reich die „Deutschrechtler“ unser heute identitätsbildendes „Bürgerliches Gesetzbuch“, weil es nicht mehr nur vom germanischen Volksgeist, sondern auch von der Idee der Menschenrechte geprägt war. Berge zu erklettern, Englisch als Lingua franca zu sprechen sowie Gesetze zu haben, die konform mit den universalen Menschenrechten sind, bedeuten Errungenschaften der modernen Industriegesellschaft, und die sind international. Was Wunder, dass sich all das bald auch für Portugiesen, Italiener oder Japaner als Vorbild empfahl.

„Ich bin hartnäckiger Universalist“, schreibt der jetzige Chefredakteur des französischen Satiremagazins *Charlie Hebdo* Gérard Biard, „ich betrachte die Idee des Vaterlands als überwunden und deplatziert.“ Der Glaube an den Vorrang universeller Ideen ehrt diesen Journalisten, doch muss man, was das Vaterland betrifft, so weit nicht gehen. Die „postnationale Gesellschaft“ ist jedenfalls heute noch keine Realität. Vielmehr könnte man den Eindruck gewinnen, dass Europa aktuell eine Rückkehr zum Nationalen erlebt. Polen und Ungarn scheinen Beispiele dafür zu sein. Das aber ändert nichts daran, dass die Begriffe „Vaterland“ und sein geistesgeschichtlicher Nachfolger „Nation“ als Konzepte der Abgrenzung in einer globalisierten, sich immer weiter vernetzenden Welt anachronistisch wirken. Im negativen Fall dienen sie sogar dazu, sich den Effizienz- und Modernisierungserfordernissen der europäischen und globalen Entwicklung zeitweilig zu entziehen. Man mag zwar heute umso mehr die Frage nach der nationalen Identität stellen, doch wahrscheinlich gibt es kaum mehr jemanden, der sie klar zu beantworten versteht. Das eigentliche Problem ist, dass die europäische Idee bisher weder als Ersatz noch als Ergänzung zur nationalen Identität ausreichend Überzeugungskraft gewinnt, sie eher sogar in der Krise ist.

Die vielen Flüchtlinge an den deutschen Grenzen dürften denn die Identität der deutschen Nation kaum mehr bedrohen. Vielmehr stehen sie für die Schattenseite von globalen Entwicklungen und sind damit eher Ausdruck unserer identitären Schwäche, denn keine Nation hält dafür ausreichende Antworten bereit. Was zunächst bleibt, ist die Lösung politischer Probleme. Sie ist Aufgabe einer Gesellschaft, die schon deshalb „postnational“ und europäisch sein muss, weil die Dimension der Risiken und Chancen der Globalisierung die nationalen Kräfte bei Weitem übersteigt.

Altländer Tracht: Holland lässt grüßen. Der Kopfputz der Braut erinnert an Windmühlenflügel.





Schwäbischer Tracht: Das rote Käppchen – eine Inspiration für die Gebrüder Grimm?

Wie sich die deutsche Nation erfand

—

Vom Zusammenhang von Kultur- und Staatsnation im 19. Jahrhundert

CHRISTINE BACH

Geboren 1970 in St. Ingbert/Saar,
wissenschaftliche Referentin,
Wissenschaftliche Dienste/Archiv
für Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich unter den Deutschen das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Überwindung territorialer Zersplitterung und die Gründung eines deutschen Nationalstaates erfolgte – im europäischen Vergleich gesehen – erst spät mit

der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 1871. Der politischen Einigung weit voraus ging die Formierung der „Kulturnation“. Hauptträger nationaler Werte und einer nationalen Kultur im 19. Jahrhundert war das Bildungsbürgertum, das sich im Prozess des Übergangs von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft konstituierte.

Sprache und Schriftlichkeit waren die Hauptmedien für die Herausbildung eines deutschen Nationalbewusstseins seit der Frühen Neuzeit. Die Humanisten führten zunächst in Reaktion auf die Entdeckung des Tacitus-Textes *De origine et situ Germaniae liber* einen Diskurs über die Herkunft, Eigenschaften und Tugenden der *natio Germanorum*. Hierbei handelte es sich allerdings um nicht mehr als den Disput von Angehörigen eines äußerst überschaubaren Elitezirkels. Erst mit dem Aufstieg des Bildungsbürgertums in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der Entwicklung einer bürgerlichen Öffentlichkeit entstand ein breiterer gesellschaftlicher Resonanzraum für die Diskussion von Identitätsmerkmalen des Deutschen. Das Bewusstsein, eine Nation zu sein, blieb dabei jedoch – aus heutiger Sicht gesehen – anfangs bemerkenswert unpolitisch.

AM ANFANG WAR DIE KULTURNATION

Im Zentrum der nationalen Idee stand die Kultur der Deutschen. Friedrich Schiller, der bis heute als Vordenker der „Kulturnation“ gewürdigt wird, ordnete in seinem auf das Jahr 1797 datierten Gedichtfragment *Deutsche Größe* die Nation dem Bereich der allgemeinen Sittlichkeit zu: „Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät der Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesondert von dem Politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet und wenn auch das Imperium unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. [...] Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, die von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist.“

Politiert wurde die deutsche Kulturnation erst durch den Widerstand gegen die französische Besetzung während der Befreiungskriege gegen Napoleon (1813–1815). Die patriotische Mobilisierung der Bevölkerung in den territorial zersplitterten deutschen Einzelstaaten gab die Initialzündung für die weitere Verbreitung des nationalen Gedankens.

VORBILD FRANKREICH

Die Nationalbewegung des frühen 19. Jahrhunderts verband erstmals in der deutschen Geschichte die nationale Idee mit der Forderung nach dem politischen Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in einem einheitlichen Staat. Vorbilder hierfür waren die Amerikanische und die Französische Revolution. In Artikel III der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der französischen Nationalversammlung vom 26. August 1789 hieß es: „Der Ursprung jeder Souveränität ruht letztlich in der Nation. Keine Körperschaften, kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihr

ausgeht.“ Obwohl also die deutsche Nationalbewegung seit ihren Anfängen von starken antifranzösischen Reflexen geprägt war, bezog sie sich in ihren politischen Idealen – der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und nach individuellen Freiheitsrechten – klar auf das französische Vorbild. Es war Frankreich, von dem aus der moderne Nationalstaat seinen weltweiten Siegeszug antrat. Die Konzentration auf die nationalistischen Exzesse der Deutschen im 20. Jahrhundert verstellte oftmals den Blick auf die gemeinsame Geschichte von nationaler Idee und Demokratie.

PRODUKT GESELLSCHAFTLICHER KOMMUNIKATION

Der Erfolg der Nationalbewegung und ihre Ausweitung zu einem Massenphänomen verdankte sich nicht zuletzt der enormen Verbesserung und Intensivierung der Kommunikationswege in der Zeit nach 1800. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Kommunikationsrevolution des 19. Jahrhunderts“. Gemeint sind damit die Herausbildung eines gemeinsamen deutschen Marktes und die Expansion der Buch- und Zeitschriftenproduktion. Nachgefragt wurden gedruckte Werke vor allem von den Angehörigen des Bürgertums. Lesegesellschaften, die nach 1800 in zahlreichen Städten gegründet wurden, verbanden Lektüre und bürgerliche Geselligkeit. Überhaupt führte gerade die Ausweitung des bürgerlichen Vereinswesens zu einer massenhaften Verbreitung des nationalen Gedankens. Zu denken ist hier beispielsweise an die Männergesangsvereine und die von Friedrich Ludwig Jahn geprägte Turnbewegung. Gesang- und Turnvereine bildeten nahezu das Fundament der deutschen Nationalbewegung in den Jahren vor der Revolution 1848.

Neben den Vereinen fungierten die Museen, die nun in zahlreichen Städten als Produkte bürgerlicher Initiativen entstanden, die Theater und die Oper als zentrale Foren der öffentlichen Kommunikation. Die Institutionen stadtbürgerlicher Kultur, die im 19. Jahrhundert entstanden sind, sind noch heute Rückgrat der deutschen Kultur. Nation, verstanden als „gesellschaftlich umfassender Kommunikationsprozess“ (Dieter Langewiesche), wurde erst vor dem Hintergrund der Konstituierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit möglich.

VERGANGENHEITSBEZUG DER NATIONALBEWEGUNG

Den Boden für die patriotisch-nationale Neuorientierung der Deutschen im 19. Jahrhundert bereitete die Erfahrung des Umbruchs der bislang bestehenden politischen Ordnung durch die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und die territoriale Neuordnung durch die Franzosen.

Veränderungen, wie die Auflösung der Zünfte, die Bauernbefreiung, die Industrialisierung und das rasante Wachstum der Bevölkerungszahlen bedeuteten eine Abkehr von jahrhundertealten Gemeinschaftsbindungen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. Dies war der sozialgeschichtliche Hintergrund dafür, dass die Idee der Nation seit 1800 für weite Teile der Bevölkerung zu einem zentralen Wert avancierte.

„EINE NATION IST EINE SEELE“

Die Attraktivität des nationalen Gedankens in dieser Situation bestand darin, dass er sowohl einen Brückenschlag zur Vergangenheit ermöglichte und somit stabilisierend wirkte als auch Hoffnungen und Erwartungen bündelte, die sich auf eine verbesserte Zukunft richteten. Ernest Renan, ein an der Pariser Sorbonne lehrender Religionswissenschaftler, Orientalist, Schriftsteller und geistiger Vater der modernen Nationalstaatsforschung, beschäftigte sich 1882 in einem Vortrag mit der Frage, was eine Nation ausmacht. Seine Antwort lautete: „Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. Zwei Dinge, die in Wahrheit nur eins sind, machen diese Seele, dieses geistige Prinzip aus. Das eine ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen, der andere das gegenwärtige Einvernehmen, der Wunsch, zusammenzuleben, der Wille, das Erbe hochzuhalten, welches man ungeteilt empfangen hat.“

Der Vergangenheitsbezug der nationalen Idee schlug sich in der Zeit nach 1800 in Deutschland zuerst in der ästhetischen Kultur nieder. Das Mittelalter, das bis dahin als dunkle und verworrene Zeit geschmäht worden war, wurde nun als vermeintliche Ära „nationaler Größe“ beschworen. Vor allem Bauwerke und Literatur zeugen hiervon. In der Architektur wurde die Gotik – wie die Kunsthistoriker später herausfanden, eine französische Erfindung – zur „deutschen Bauweise“ stilisiert. Moralische Zuschreibungen, die sich mit ihr verbanden, waren „Gemütstiefe“ und „Innerlichkeit“. Angeblich kündete die Gotik von der besonderen christlichen Gesinnung der Deutschen: Auch deutsche Dichter und Literaten bezogen sich nach 1800 während der so bezeichneten Stilepoche der Romantik bevorzugt auf Motive der Sagen- und Mythenwelt des Mittelalters. Vordergründig stand die Romantik der prosaischen Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse diametral entgegen, mit ihrem radikalen ästhetischen Subjektivismus zeugte sie nichtdestotrotz von der Durchsetzung des bürgerlichen Lebensentwurfs. Die Verbindung von Mittelalterbegeisterung und Nationalismus kulminierte schließlich am 4. September 1842 bei der Grundsteinlegung zum Weiterbau des Kölner Doms. Dom und Dombau wurden von den Teilnehmern des Dombaufestes als nationale Symbole gefeiert, die Vollendung des Bauwerkes sollte ein Zeichen für die politische Vereinigung der Deutschen setzen.

Die liberalen Wurzeln der deutschen Nationalbewegung waren bei dieser Gelegenheit längst in den Hintergrund getreten; stattdessen nutzte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Anlass zur symbolischen Vereinigung von Volk und Monarchie mittels des nationalen Gedankens.

EUROPÄISCHE STATT NATIONALE INTEGRATION?

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass Nationalstaaten und Nationalismus nicht naturgegeben, sondern historische Phänomene sind. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts galt die Idee der Nationalstaaten als Richtschnur für die politische Gestaltung des europäischen Kontinents. Bereits seit dem Ersten Weltkrieg, verstärkt aber erst nach 1945, setzten dann Bemühungen zur Überwindung des nationalen Prinzips in Europa ein. Dem Europa der rivalisierenden Nationalstaaten die Idee des vereinten Europa entgegenzusetzen, hierfür steht in Deutschland an erster Stelle der Name Konrad Adenauers.

Für die Zukunft der europäischen Idee mag es wichtig sein, daran zu erinnern, dass Nationalstaaten, historisch gesehen, jung sind. Der oben bereits zitierte Ernest Renan äußerte in seinem Vortrag „Qu'est-ce qu'une nation?“ an der Pariser Sorbonne 1882: „Die Nationen sind nichts Ewiges. Sie haben einmal angefangen, sie werden enden. Die europäische Konföderation wird sie wahrscheinlich ablösen.“ Ein wesentlicher Grund für den anhaltenden Erfolg der Nationsidee besteht darin, dass sie einen Ankerpunkt in der Halt- und Bindungslosigkeit der Moderne darstellt. Ob nationale Zuordnungen künftig von europäischen abgelöst werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, welche kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Identifikationsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte die Europäische Union für ihre Mitglieder bereithält.

Militärisch einstehen

—

Zur Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, von 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, seit Oktober 2005 Präsident des Deutschen Bundestages.

Vor wenigen Wochen hat der Deutsche Bundestag entschieden, im Rahmen des Bundeswehreinsatzes gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bis zu 1.200 deutsche Soldaten zu entsenden. Mit seiner Beteiligung an dieser gefährlichen Mission im internationalen Kampf gegen den Terrorismus bringt unser

Land einmal mehr zum Ausdruck, wofür es steht – und wofür es bereit ist, auch militärisch einzustehen. Die Parlamentsentscheidung zur Beteiligung am Syrien-Einsatz fiel, kurz nachdem vor dem Reichstagsgebäude der 60. Geburtstag der Bundeswehr gefeiert wurde. Grund genug, um die Rolle von Armee und Parlament im Kontext der Frage nach dem deutschen Selbstverständnis und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisen in Europa und in der Welt zu betrachten.

Unter all den herausragenden Jubiläen des vergangenen Jahres – vom Ende des Zweiten Weltkriegs vor siebzig Jahren bis zum 25. Jahrestag der

Deutschen Einheit – blieb weitgehend unbeachtet, dass vor 25 Jahren die Charta von Paris feierlich unterzeichnet wurde. Darin hatten sich 1990 alle 34 Mitgliedstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verpflichtet, unter ihnen auch die wenig später aufgelöste Sowjetunion, „die Demokratie als einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken“ sowie Streitfälle friedlich beizulegen. „Wenn es irgendein Datum gibt, das für das definitive Ende der zweiten Weltkriegszeit des 20. Jahrhunderts steht“, sagt der Historiker und diesjährige Leipziger Buchpreisträger zur Europäischen Verständigung Heinrich August Winkler, „dann ist es der Tag der Unterzeichnung der Charta von Paris, der 21. November 1990.“ Damals machte, ausgelöst durch die friedlichen Revolutionen in ganz Mittel- und Osteuropa, die These vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) Furore. Die in den „Weltgeist“ gesetzten Hoffnungen erwiesen sich jedoch als voreilig und allzu treuherzig. Heute wissen wir besser, dass das postulierte „Zeitalter der Vernunft“ weltweit von neuen Herrschaftsansprüchen bedroht wird. Und auch in Europa haben wir erfahren müssen, dass die für universell erklärten Ideen und Werte der westlichen Demokratie keineswegs unangefochten sind. Nicht nur Heinrich August Winkler sieht Europa deshalb, insbesondere mit Blick auf das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine, vor einer tiefen Zäsur – und mit ihr die Gültigkeit der Prinzipien der Charta von Paris radikal infrage gestellt.

HISTORISCHER AUSNAHMEZUSTAND: FRIEDEN

Man kann einer Generation, die in ihrem Leben bislang nur diese europäische Friedensordnung kennengelernt hat, nicht vorwerfen, wenn sie dem naheliegenden Irrtum unterliegt, diese für den Normalzustand der europäischen Geschichte zu halten. Sie ist es nicht. Wir haben vielmehr nach 1990 lange in einem Ausnahmezustand gelebt. Nach zahlreichen Krisen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft assoziieren viele mit dem Begriff Europa inzwischen nicht mehr Stabilität und Zukunft, sondern nur noch Krise; die Europäische Union scheint ihnen als eine Gemeinschaft im Dauerkrisenmanagement. Das ist keine völlig falsche Wahrnehmung, aber sie reflektiert nicht hinreichend, dass diese Europäische Gemeinschaft historisch von Beginn an nichts anderes war als das Produkt einer tiefen Krisenerfahrung, der größten, in die Europa und seine Staaten je geraten waren.

Die zwei Weltkriege, die mit maßgeblicher deutscher Beteiligung den Kontinent, und nicht nur diesen, verwüstet und beschädigt hatten, bildeten auch den Erfahrungshintergrund, vor dem vor sechzig Jahren die Bundeswehr gegründet wurde. Am 12. November 1955 erhielten die ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungsurkunden als Soldaten. Die Zeremonie in einer Fahrzeughalle der Ermekeilkaserne in Bonn war denkbar bescheiden, der

Leitgedanke des ersten Verteidigungsministers Theodor Blank an die Adresse der entstehenden Streitkräfte hingegen besonders anspruchsvoll – sie sollten nichts weniger, als „aus den Trümmern des Alten wirklich etwas Neues wachsen lassen, das unserer veränderten sozialen, politischen und geistigen Situation gerecht wird“. Gänzlich andere Prinzipien als die der Wehrmacht – Freiheit des Denkens, eigenständiges und unabhängiges Urteil, Förderung des Gemeinsinns – sollten für die neuen Streitkräfte gelten, für den „Staatsbürger in Uniform“, der nach dem Leitbild der „Inneren Führung“ seinen Dienst leistet. Das sind die Grundsätze, für die das Militär in Deutschland bis heute steht.

Der Bundeswehrgründung ging eine politisch und gesellschaftlich äußerst emotional geführte Kontroverse um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland voraus. Wer die damaligen Auseinandersetzungen im deutschen Parlament nachschlägt, kann sowohl den Ernst als auch die Leidenschaft dieser Auseinandersetzungen nachvollziehen. Kontrovers diskutiert wurde die Wiederbewaffnung nicht nur im Inland, sondern aus guten Gründen auch in den europäischen Nachbarstaaten. Schließlich fand die europäische Integration ihren Anfang in dem frühen und allzu ehrgeizigen Versuch, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen – als unmittelbare Reaktion auf Forderungen der USA und Großbritanniens nach einem eigenen Verteidigungsbeitrag der jungen Bundesrepublik. Dieser erste Anlauf zur Vergemeinschaftung des klassischen Souveränitätsrechtes eines Staates, nämlich der Sicherheit, war nicht nur bis zur Vertragsreife gediehen, sondern von sechs Regierungen unterschrieben und im Deutschen Bundestag bereits ratifiziert worden, als er schließlich 1954 in der *Assemblée Nationale* scheiterte – aus sehr plausiblen Gründen. Denn der Kern dieses Vertrages war die Aufgabe von Souveränität an einer besonders empfindlichen Stelle. Die Geschichte ist darüber längst hinweggegangen, Sicherheitspolitik gehört zwar weiter zu den besonders sensiblen Politikfeldern, Europa hat sich aber grundlegend gewandelt – und damit zugleich die Aufgaben wie die Herausforderungen, von denen die Streitkräfte unmittelbar betroffen sind.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, und das nicht erst seit dem Out-of-area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994. Aber in dieser höchstrichterlichen Grundsatzentscheidung findet sich zum ersten Mal in einem relevanten Rechtsdokument dieser Begriff, der die besondere Verbindung des Bundestages zur Armee und die besondere Abhängigkeit der Armee von parlamentarischen Entscheidungen manifestiert. Ob das dem Grundgesetz zu entnehmen ist oder das Bundesverfassungsgericht es dem Grundgesetz entnommen hat, darüber gibt es unter den Verfassungsjuristen unterschiedliche Einschätzungen. Der langjährige Bundestagsabgeordnete und Rechtspolitiker Dieter Wiefelspütz hat das so kommentiert: „Die Erfindung des konstitutiven Parlamentsvorbehalts ist ein verfassungspolitischer Geniestreich.“ In Deutschland entscheidet der Bundestag darüber, ob überhaupt und wenn ja wie viele Soldaten an welchem Platz der Welt welchen Auftrag

wahrzunehmen haben. Keine einzige dieser Fragen kann in Deutschland von der Regierung abschließend beantwortet werden. Umgekehrt kann das Parlament ohne Antrag der Bundesregierung auch keinen Militäreinsatz veranlassen. Es ist gewiss nicht nur ein formaler Unterschied, ob Beschlüsse, die buchstäblich über Leben und Tod entscheiden können, allein von einer Regierung getroffen werden oder die breite demokratische Legitimation eines Parlaments und damit der Vertretung des Volkes haben, in der alle relevanten politischen Gruppierungen mit ihren jeweiligen Lebenserfahrungen und Einschätzungen zu Wort kommen.

Der Stellenwert der Streitkräfte und der Sicherheitspolitik im Deutschen Bundestag lässt sich daran erkennen, dass der Verteidigungsausschuss zu den wenigen Ausschüssen mit Verfassungsrang gehört. Auch das Amt des Wehrbeauftragten zeigt, wie wichtig das Thema für die Legislative ist. Die Bundeswehr war allein seit 1990, also in den letzten 25 Jahren, Gegenstand von mehr als 400 parlamentarischen Anträgen, 110 Gesetzesvorlagen und nicht weniger als 39 Regierungserklärungen. Während in Staaten Mittel- und Osteuropas zuletzt Rechte von Parlamenten bei Einsatzentscheidungen eher geschwächt wurden, haben Frankreich und Spanien neuerdings ebenfalls Regelungen zu einem Parlamentsvorbehalt eingeführt. Trotzdem bleibt der Parlamentsvorbehalt unter den weltweiten Demokratien nicht der Regelfall, sondern ist noch immer die Ausnahme. Mit Blick auf die verfassungsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Parlaments in Bezug auf Militäreinsätze gibt es kein Land, das die deutsche Regelung überbieten würde.

Die Aufgaben und Strukturen unserer Armee haben sich seit ihrer Gründung tief greifend verändert. Wie nur wenige andere Institutionen stand sie vor der beinahe permanenten Aufgabe, ihren Auftrag den politischen Rahmenbedingungen anzupassen und immer wieder weiterzuentwickeln, eben „aus den Trümmern des Alten Neues wachsen zu lassen“. Den wohl größten Einschnitt stellte in diesem Zusammenhang die Wiedervereinigung vor 25 Jahren dar, nach der die Bundeswehr in einem außergewöhnlichen Kraftakt zur „Armee der Einheit“ wuchs.

DEUTSCHE TRUPPENKONTINGENTE IM AUSLANDSEINSATZ

Derzeit befinden sich die Streitkräfte nach der Aussetzung der Wehrpflicht inmitten der größten Reform seit ihrer Gründung, um zukunftsfähig zu bleiben. Gerade die Auslandseinsätze haben nicht nur neue Aufgaben für unsere Soldatinnen und Soldaten mit sich gebracht, sondern stellen auch die Bundeswehr insgesamt vor neue Herausforderungen. Seit 1992 befindet sich die Bundeswehr ununterbrochen in Auslandseinsätzen und stellt in der NATO wie in der Europäischen Union inzwischen mit die größten Truppenkontingente.

Mehr als 380.000 Soldatinnen und Soldaten sind bisher an Auslandseinsätzen beteiligt gewesen, viele davon mehrfach. 116 Soldatinnen und Soldaten haben dabei ihr Leben verloren.

An diesem militärischen Engagement, das den Gründungsvätern der Bundeswehr vor sechzig Jahren so wohl undenkbar erschienen wäre, lässt sich erkennen, wie sich die Rolle des wiedervereinigten Deutschland in der Welt verändert hat. Deutschland ist als eine der stärksten Volkswirtschaften abhängig vom globalisierten Austausch von Menschen, Gütern, Ideen und Informationen. Es braucht das stabile und vitale Umfeld, das dies alles ermöglicht: ein starkes, geeintes Europa und eine freie, auf Völkerrecht und Menschenrechte gestützte Weltordnung.

Freiheit ist ein Zustand, der nur so lange Bestand hat, wie diejenigen, die ihn für eine Errungenschaft halten, dafür zu kämpfen bereit sind. Deutschland muss deshalb bereit sein, auch in der Zukunft noch mehr Verantwortung zu übernehmen, in und für Europa und in der Welt. Das erwarten die europäischen, das erwarten die transatlantischen Partner. Die bemerkenswerte Umkehrung alter Ängste vor und die Veränderung von Erwartungen an Deutschland hat ausgerechnet ein Pole, der frühere Außenminister und Parlamentspräsident Radosław Sikorski, 2011 so auf den Punkt gebracht: „Ich fürchte die deutsche Macht weniger als die deutsche Untätigkeit. Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen. Nicht dominieren, sondern bei Reformen führen.“

Das Grundgesetz öffnet die Bundesrepublik Deutschland für den europäischen Integrationsprozess und verpflichtet es auch dem Ziel, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. Das ist es, wofür unser Land einsteht. Das Bekenntnis des Grundgesetzes darf man dabei nicht nur als Legitimation eines weiteren europäischen Integrationsprozesses werten, es muss als historisch begründete, politisch bewusste Selbstverpflichtung unseres Landes für eine gemeinsame Zukunft mit allen unseren Nachbarn wie auch Partnern in Europa und der Welt verstanden werden. Deutschland vermag seine Verantwortung nur als Teil einer Europäischen Union wahrzunehmen, die geeint und handlungsfähig ist. Der deutsche Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gehört hier dazu. Das Parlament kann sich dabei auf die Bundeswehr verlassen wie die Soldatinnen und Soldaten auf ihr Parlament.

Dieser Beitrag greift die Rede des Autors anlässlich des 60. Geburtstages der Bundeswehr am 11. November 2015 vor dem Reichstagsgebäude auf.

Kein Bündnisfall, aber ein Fall für das Bündnis

Die NATO und der Kampf gegen den „Islamischen Staat“

ANDREAS JACOBS

Geboren 1969 in Kleve, wissenschaftlicher Mitarbeiter am NATO Defense College in Rom.

Nach den Terroranschlägen vom 13. November 2015 in Paris kamen erneut Forderungen nach einem militärischen Engagement der NATO im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) in Syrien und Irak auf. Für viele Beobachter lagen die Parallelen zum 11. September 2001

auf der Hand, als zum ersten Mal in der Geschichte der Allianz der „NATO-Bündnisfall“ ausgerufen worden ist. Kürzlich erhielten die Spekulationen über ein stärkeres Engagement der NATO durch Äußerungen hochrangiger Militärs neue Nahrung. Der ehemalige NATO-Oberkommandierende in Europa, James Stavridis, beispielsweise plädierte für eine Unterstellung der seit Mitte 2014 unter US-Führung durchgeführten Luftschläge gegen den IS unter NATO-Kommando und

für die Entsendung von NATO-Sondertruppen auf dem Boden. Auch deutsche Militärs, Experten und Politiker schlossen sich derartigen Überlegungen an.

Mittlerweile ist klar, dass es zumindest vorerst kein unmittelbares militärisches Eingreifen der NATO im Kampf gegen den IS geben wird. Zu vage sind die Aussichten auf Erfolg, zu unterschiedlich sind die Interessen und Prioritäten der einzelnen NATO-Mitglieder, und zu präsent ist das politische Scheitern der Interventionen in Afghanistan und Libyen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat allerdings wiederholt deutlich gemacht, dass die Allianz unterhalb der Schwelle militärischen Eingreifens eine wichtige Rolle beim Kampf gegen den Terrorismus spielt. In der öffentlichen Wahrnehmung wird diese Rolle oft übersehen, weil die NATO hier primär als militärisches Bündnis betrachtet wird. Dabei ist der Kampf gegen den IS und allgemein gegen den Terrorismus längst ein Fall für das Bündnis – auch ohne Bündnisfall.

GEGEN DEN TERRORISMUS

Seit Beginn des Jahrtausends hat die NATO eine Reihe von Maßnahmen beschlossen und implementiert, mit denen sie auf die wachsende Herausforderung durch den internationalen Terrorismus auf verschiedenen Ebenen reagieren will. Prävention, Abwehr und Verfolgung von Terrorismus spielen hierbei ebenso eine Rolle wie Aufklärung, Diplomatie und Ausbildung. Mittelfristig könnten diese Bemühungen um eine umfassende und kohärente „Counter-Terrorism“ (CT)-Strategie das nordatlantische Bündnis zum wich-

tigsten westlichen Forum für die Koordination von CT-Aktivitäten werden lassen. Das unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstandene Strategische Konzept von 1991 hatte den Terrorismus zwar bereits als reale Sicherheitsbedrohung bezeichnet, aber keinerlei konkrete Maßnahmen des Bündnisses vorgesehen. Hieran änderte sich während der 1990er-Jahre wenig. Das Strategische Konzept von 1999 unterstrich zwar die wachsende Bedrohung durch den Terrorismus, definierte aber erneut keine Rolle für die NATO. 2001 verfügte die Allianz daher weder über eine Strategie noch über eine Infrastruktur, um auf die neue Sicherheitslage angemessen reagieren zu können. Dies war zum damaligen Zeitpunkt primär auch nicht gefragt. Der 11. September forderte zunächst eher die politische denn die militärische Solidarität der Bündnispartner und muss im Rückblick als wichtiger Katalysator der Transformation der NATO hin zu einem breit aufgestellten politisch-militärischen Sicherheitsbündnis angesehen werden. Dementsprechend beschränkte sich das Bündnis nach „9/11“ auf die Unterstützung der Luftüberwachung in den USA und, ab 2002, auf die bis heute existierende Seeraumüberwachung im östlichen Mittelmeer. Beide Operationen hatten eher symbolische Bedeutung und waren beziehungsweise sind von geringem militärischen Gewicht.

Allerdings war der Handlungsbedarf, insbesondere nach Übernahme der Afghanistan-Mission durch die NATO im Sommer 2003, offensichtlich. Dementsprechend prägte die Herausforderung durch den Terrorismus die strategische, politische und institutionelle Debatte innerhalb des Bündnisses während der 2000er-Jahre erheblich mit. Bereits auf

dem Gipfeltreffen in Prag 2002 wurde das erste Militärische Konzept für den Kampf gegen den Terrorismus vorgestellt. Gleichzeitig wurde hier und auf dem folgenden Gipfel 2004 in Istanbul ein erstes Maßnahmenpaket geschnürt. Hierbei ging es vor allem um einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den NATO-Ländern sowie um eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Institutionell wurde dieser Ansatz durch ein Partnerschaftsangebot an die arabischen Golfstaaten ergänzt, das die Zusammenarbeit zwischen der NATO und dieser lockeren Staatengruppe auf eine neue Grundlage stellte. Außerdem wurde eine NATO-Analyseeinheit zur Bedrohung durch den Terrorismus geschaffen, ein eigenes Budget im NATO-Haushalt eingerichtet und wurden neue Initiativen in den Bereichen Zivilschutz, Krisenmanagement, Sondereinsatztruppen und zum Umgang mit improvisierten Sprengvorrichtungen in die Wege geleitet. Im Rückblick gab es während dieser Zeit kaum eine Initiative, Diskussion oder Publikation der NATO, die sich nicht mit dem Thema Terrorismus befasste. Mitte der 2000er-Jahre verfügte die NATO also über den erklärten politischen Willen, einen Bausatz an Instrumenten und eine Reihe von konzeptionellen Überlegungen, mit denen sie zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus beitragen wollte. Die hieraus resultierenden Einzelinitiativen waren allerdings noch nicht hinlänglich mit den übrigen Aktivitäten der NATO abgestimmt oder in ein Gesamtkonzept eingefügt.

Dies änderte sich ab 2011. Vor dem Hintergrund der Einsätze in Afghanistan und Libyen und dem Erstarren alter und

neuer dschihadistischer Terrorgruppen nach dem Scheitern des Arabischen Frühlings bemühte sich die NATO, ihre CT-Aktivitäten besser zu konzeptualisieren und stärker mit anderen internationalen Akteuren abzustimmen. Das Ergebnis waren die sogenannten *NATO CT Policy Guidelines*, die auf dem Gipfel in Chicago im Mai 2012 verabschiedet wurden. Hier wurden drei zentrale Handlungsbereiche festgelegt: „Awareness“, „Capabilities“ und „Engagement“. Durch verbesserten Informationsaustausch, die verstärkte Einbeziehung externer Experten und die Erarbeitung gemeinsamer Begrifflichkeiten und Kriterien sollen Schwächen der NATO-Sicherheitsstrukturen aufgedeckt und behoben werden (*Awareness*). Durch die Einrichtung von Ansprechpartnern, Arbeitseinheiten und verschiedenen Exzellenzzentren sowie durch Ausbildung und Übungen sollen die Fähigkeiten innerhalb des Bündnisses verbessert werden, auf terroristische Bedrohungen schneller und kohärenter reagieren zu können (*Capabilities*). Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und den Ausbau bestehender Partnerschaftsinstrumente sollen schließlich Partnerländer in der Terrorismusbekämpfung enger an die NATO herangeführt und entsprechende internationale Bemühungen komplementiert werden (*Engagement*).

Das neue Militärische Konzept vom Mai 2014 konkretisierte diese drei Handlungsbereiche weiter und erhob die Terrorismusbekämpfung zum Querschnittsthema von NATO-Aktivitäten. In der Praxis hatte dies ein regelrechtes „Terrorismus-Mainstreaming“ zur Folge. Bei politischen Gesprächen wurde das Thema routinemäßig auf die Agenda gesetzt, NATO-Schulungen und -Übungen nahmen es in

ihre Lehr- und Ablaufpläne auf, und sogar militärische Manöver bezogen CT-Komponenten ein. Außerdem formulierte das Militärische Konzept die Grundprinzipien von CT-Maßnahmen der NATO: die Übereinstimmung mit internationalem Recht, die Unterstützung nationaler Maßnahmen von Mitgliedstaaten und das Bekenntnis zur Nicht-Duplizierung und zur Komplementarität mit den CT-Maßnahmen anderer Akteure. Dies war insofern eine bemerkenswerte Neuerung, als die NATO sich eine flexible Rolle innerhalb eines multilateralen Netzwerkes gab.

BEKÄMPFUNG DES IS – FORTSCHRITTE UND DEFIZITE

Der bisherige Beitrag der NATO zum Kampf gegen den IS offenbart sowohl Potenziale als auch Defizite dieses neuen Strategieansatzes. Dies zeigt sich zunächst im Handlungsbereich „Awareness“. Obwohl der NATO-Gipfel in Wales im September 2014 als Plattform der US-geführten Bemühungen um die Bildung einer breiten internationalen Koalition genutzt wurde und NATO-Strukturen bei der Koordinierung der multilateralen Aktivitäten zur Bekämpfung des IS eine nicht unerhebliche Rolle spielten, besteht innerhalb der Allianz nach wie vor keine einheitliche Einschätzung der Bedrohung durch den IS. Zwar sind sich die Bündnispartner über Definitionen und Begrifflichkeiten weitgehend einig, Dissens herrscht aber hinsichtlich der Instrumente, Partner und Prioritäten, wie etwa bei der Frage der Unterstützung kurdischer Anti-IS-Kämpfer deutlich wurde. Dieser Dissens wird spätestens seit der russischen Aggression

gegen die Ukraine von dem „Flankenstreit“ über die sicherheitspolitische Schwerpunktsetzung des Bündnisses (Ost-versus Südflanke) weiter verstärkt. Solange weder ein UN-Mandat noch eine direkte und unmittelbare Bedrohung des Bündnisgebiets vorliegt, erscheinen weitergehende militärische Maßnahmen gegen den IS daher unrealistisch.

Ähnlich sieht es im Handlungsbe- reich „Capabilities“ aus. Als militärische Organisation hat die NATO auch weiterhin Schwierigkeiten, externe Expertise einzubeziehen oder breitere Politikansätze zu entwickeln. Im Rahmen der NATO treffen sich lediglich die nationalen Vertreter der Verteidigungs- und Außenressorts, nicht aber die der Innen- und Justizbereiche. Darüber hinaus erschweren unterschiedliche Kommunikationskulturen zwischen Militärs, Politikern und Wissenschaftlern den Austausch. Die Zusammenarbeit etwa mit Interpol und den Informationsaustausch über sogenannten „Foreign Fighters“ erleichtert dies nicht, wie etwa beim Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* und auf einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015 deutlich wurde. Kurz vor den Anschlägen setzte sich die Frau eines der Attentäter nach Syrien ab. Obwohl sie unter Überwachung der französischen Behörden stand, konnte sie ungehindert die Grenzen von drei NATO-Staaten passieren.

Defizite zeigen sich schließlich auch im Handlungsbereich „Engagement“, insbesondere im Hinblick auf die NATO-Partnerschaften mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Die 1996 beziehungsweise 2004 beschlossenen Partnerschaftsprogramme beruhen zum Teil auf überholten regionalen Gegebenheiten und

Zielsetzungen. Sie werden vor allem aus politischen Gründen am Leben gehalten. Dabei gibt es sowohl aufseiten der NATO als auch bei zahlreichen NATO-Partnerländern großes Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit. Viele Vertreter der NATO haben wiederholt deutlich gemacht, dass vor allem Jordanien, aber auch Tunesien und Marokko innerhalb der CT-Strategie der NATO eine besondere Rolle spielen. Vor allem Jordanien strebt eine enge Partnerschaft mit der NATO in unterschiedlichen Bereichen an, die im multilateralen Rahmen nur noch begrenzt sinnvoll erscheint. In der Zusammenarbeit mit diesem, aber auch mit einigen anderen Staaten in der Region wird daher längst eine Zusammenarbeit nach dem Prinzip „28 + 1“ praktiziert.

DIE NATO ALS SICHERHEITSFORUM

Der Terrorismus des IS wird im NATO-Jargon als „hybride Bedrohung“ beschrieben. Noch ringt das transatlantische Bündnis um die Frage, wie mit solchen Bedrohungen adäquat umgegangen werden kann. Klar ist, dass sich der IS nicht allein militärisch besiegen lässt. Ihm müssen gleichzeitig die ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen entzogen werden. Hierzu ist die Zusam-

menarbeit einer Vielzahl von Akteuren, Ansätzen und Instrumenten nötig. Die NATO kann bei der Koordinierung dieser Zusammenarbeit, insbesondere mit den arabischen Partnerstaaten, eine wichtige Rolle spielen, ohne selbst als militärischer Akteur in Erscheinung zu treten. Sie kann Zugänge zu Militärs und Nachrichtendiensten in der Region erleichtern, sie kann ihre Infrastruktur zum Austausch von Informationen und zum Abgleich von Interessen bereitstellen und sie kann einheitliche Standards für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit schaffen. Die Grundlagen für eine derartige Rolle als sicherheitspolitisches Forum, auf dem Interessen zwischen NATO-Ländern und Partnerstaaten abgeglichen, Koalitionen gebildet, Maßnahmen koordiniert werden, sind mit dem neuen Militärischen Konzept und einer Vielzahl von neuen Instrumenten gelegt. Diese Rolle mag weniger offensichtlich und medienwirksam sein als etwa NATO-geführte Luftschläge oder der Einsatz von NATO-Spezialkräften am Boden. Weniger bedeutend ist sie deshalb nicht. Im Gegenteil, wenn es dem Bündnis gelingt, diese Instrumente zu stärken und eine kohärente Interessenslage seiner Mitgliedstaaten herzustellen, könnte dieser breite CT-Ansatz im Kampf gegen die hybride Bedrohung des Terrorismus letztendlich wichtiger und erfolgreicher sein als die Durchführung militärischer Maßnahmen.

Starke Mächte

Die zentrale Bedeutung hegemonialer Ordnungsmächte
wird wissenschaftlich belegt

CHRISTIAN HACKE

Geboren 1943 in Clausen/Ammersee, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker.

Ulrich Menzel: Die Ordnung der Welt – Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt, Suhrkamp Verlag, Berlin 2015, 1229 Seiten, 49,95 Euro.

Ulrich Menzel, Professor für Internationale Politik und Vergleichende Regierungslehre an der Technischen Universität Braunschweig, forscht schon lange und intensiv über Geschichte und Theorie der internationalen Beziehungen. Sein neues Buch ist also alles andere als eine Sturzgeburt, sondern das Ergebnis unzähliger wissenschaftlicher Vorarbeiten.

Weil Menzel einen ausgezeichneten Ruf als Wissenschaftler genießt, ist es nicht übertrieben, hinzuzufügen, dass dieses Buch mit einer gewissen Ungeduld erwartet wurde.

Das aktuelle Erscheinungsdatum passt aus einem weiteren Grund: Angesichts weltweiter Krisen und Kriege erscheint die Suche nach internationaler Ordnung besonders dringlich. Neuüberlegungen sind gefragt, denn die gängigen Ordnungsvorstellungen erscheinen mehr und mehr verbraucht und abgenutzt. Die idealistische Idee des Weltstaates prallt seit Jahrhunderten am Souveränitätsprinzip der Staatenwelt ab. Wer auf die UNO als Schaltstelle für Weltordnung setzt, sieht sich weitgehend enttäuscht.

Auch das realistische Gegenmodell, in dem Ordnung durch Macht, Gleichgewicht und nationalen Interessenausgleich erreicht werden soll, blieb bislang unvollkommen. Menzel holt deshalb weiter aus und schärft den Blick des Lesers für die ordnungspolitische Kraft der großen Mächte: „Es gibt eine Schwelle, jenseits der ein Staat erst befähigt ist, den Status einer großen Macht an der Spitze der Hierarchie der Staatenwelt einzunehmen, um in der Lage zu sein, deren Anarchie einzuzuegen“ (Seite 37).

Aber wie schaffen Großmächte Ordnung? Das geschieht zunächst nach Maßgabe ihrer Herrschaft. Menzel unterscheidet dabei die großen Mächte (im Sinne Max Webers) idealtypisch in Imperien oder Hegemonialmächte. Erstere stützen sich prinzipiell als Landmächte auf den Einsatz von Gewalt und auf Eroberung von Territorien. Imperialmächte nehmen in der Regel als Landmächte fremdes Gebiet gewaltsam in Besitz, während Hegemonialmächte als Seemächte auf *soft power*, auf zivilisatorische Attraktivität, auf wirtschaftliche Stärke und auf freiwillige Gefolgschaft setzen.

Selbst wenn Menzel ihn nicht erwähnt – die Unterscheidung Arnold Wolfers zwischen Milieu- und Besitzzielen trifft hier den Kern: Imperialmächte streben Besitz durch direkte militärische Eroberung an. Hegemonialmächte dagegen kommen auf leisen Sohlen daher. Sie durchdringen dank wirtschaftlicher und zivilisatorischer Attraktivität indirekt das fremde gesellschaftliche Milieu, um es subtil zu dominieren.

Nach Auffassung Menzels impliziert diese Einsicht, dass für die Ordnung der Welt noch ein weiteres Prinzip bedeutsam ist, das bislang vernachlässigt wurde: die

ordnungspolitische Bedeutung der Hierarchie. Weder ein allmächtiger Weltstaat noch die jüngst oft propagierte Globalisierung im Zeichen schwindender staatlicher Bedeutung ordnen die Welt. Für Menzel bleibt eine pluralistische Welt wegweisend, in der die Hierarchie als Gegengewicht zur Anarchie oder zum utopischen Weltstaat Ordnung schafft: „Je ausgeprägter die Hierarchie, desto eher wachsen die Möglichkeiten, der Anarchie Herr zu werden“ (Seite 38).

Hierarchien sind entweder militärisch erzwungen oder basieren auf mehr oder minder freiwilliger Gefolgschaft. Aber beide entwickeln ordnungspolitische Kraft. Strukturiert durch große Mächte, bilden sie den Schlüssel für Menzels Vorstellungen einer Weltordnung. Doch entscheidend ist für den Autor nicht die unterschiedliche Form von imperialer oder hegemonialer Herrschaft. Der wissenschaftliche „Knaller“ dieser Studie liegt vielmehr in der bahnbrechenden Erkenntnis, dass erst eine Ordnungsmacht für die anderen Mitglieder der Hierarchie öffentliche Güter wie Sicherheit, Schutz der Meere, Freihandel et cetera bereitstellt und sie daran teilhaben können.

Imperialmächte stellen nur den eroberten Territorien diese Güter zur Verfügung. Folglich sind die Anziehungskraft und die zivilisatorische Attraktivität einer Hegemonialmacht größer als die einer Imperialmacht, die ihre Macht durch Zwang und Unterdrückung sichert. Freiwilligkeit und Offenheit im hegemonialen Ordnungsbereich wirken hingegen einladend und verschaffen dieser Form von Hierarchie Flexibilität und Dauer. Imperialmächte kapseln sich ab, ihre Bemühungen um Ordnung sind ständig gefährdet, sie stoßen auf unfreiwillig unterworfenen

Staaten und werden nur durch militärische Macht zusammengehalten. Man kann Ulrich Menzel deshalb durchaus als Protagonisten hegemonialer Stabilität bezeichnen. Sein Verdienst besteht darin, die Theorie der hegemonialen Stabilität durch die Betonung des hierarchischen Ordnungsprinzips entscheidend vertieft und untermauert zu haben.

Um seine These von der hegemonial-hierarchischen Stabilität empirisch zu belegen, spannt Menzel in seiner voluminösen Studie einen weiten, auf 1.200 Jahre ausgedehnten Geschichtsbogen vom China der Song-Zeit (960–1204) bis in die Gegenwart. Seine Beweisführung ist beeindruckend, lässt aber auch erkennen, dass die Idealtypen selten in Reinkultur, sondern oft als imperial-hegemoniale „Zwitter“ auftauchen. Das Song-China war dank der überragenden zivilisatorischen Leistungen und technisch-wirtschaftlichen Innovationen eine Hegemonialmacht im Sinne der *soft power*. Es garantierte in Ost- und Südostasien eine hierarchische Ordnung, die mehr oder minder auf freiwilliger Gefolgschaft aufbaute und deshalb von beträchtlicher Dauer war.

EIN NOMADENVOLK BEHERRSCHTE DIE WEILT

Chronologisch folgte das Imperium der Mongolen (1230–1350), das große Teile der eurasischen Landmasse durch militärische Gewalt beherrschte. Auf einmalige Weise gelang es diesem Nomadenvolk von einer Million Menschen, ein riesiges Territorium zu erobern und zu beherrschen, das erst 700 Jahre später in seiner Ausdeh-

nung vom Britischen Empire übertroffen wurde. Kein Wunder, dass Menzel von diesem Reiter- und Nomadenvolk fasziniert ist: Von Karakorum aus eroberte es wie im Sturm höher stehende Zivilisationen, musste sich dann infolge mehrerer Niederlagen und der Zersplitterung nach nur wenigen Jahrzehnten wieder in die Steppe zurückziehen und verschwand in der Bedeutungslosigkeit.

Nach der imperialen „Pax Mongolica“ erschuf die Republik Genua dank ihrer kommerziellen Überlegenheit zwischen 1261 und 1350 eine beeindruckende mediterrane Weltwirtschaftsordnung und bewirkte so hegemoniale Stabilität. Das Ming-China (1386–1424), ebenso wie Genua, waren solche „Zwittermächte“. Beide waren nicht frei von imperialer Attitüde, beide handelten jedoch letztlich im Sinne einer Hegemonialmacht. Bis heute ist nicht völlig geklärt, warum die Ming eine radikale Kehrtwende vollzogen, freiwillig auf ihre Rolle als Ordnungsmacht verzichteten und in der Folge radikalen Isolationismus praktizierten.

Ulrich Menzel vermutet, dass die Gründe hauptsächlich im Machtkampf zwischen Mandarinen und Eunuchen, tatsächlich jedoch in einer Überdehnung der Kräfte des Reiches zu suchen sind. Der Kaiser „wollte alles, die Ausdehnung des Tributsystems, damit die Kontrolle des Welthandels und zugleich die Niederwerfung widerspenstiger Feinde. Er wollte Landmacht und Seemacht sein, Imperium und Hegemonie, wollte zwei Hauptstädte, die hegemoniale Hafenstadt Nanking und die imperiale Karawanenstadt Peking. Diese ‚Zwitter‘-Aspiration war auf Dauer nicht zu finanzieren, weil sie ungeheure Ressourcen an Menschen und Material verschlang“ (Seite 233).

CHINA HÄTTE DIE WELT- GESCHICHTE ÄNDERN KÖNNEN

Die Abkehr Chinas vom Meer, die Umstellung von Offensive auf Defensive manifestierte sich im Abwracken der seetüchtigen Kriegsschiffe und in der Entscheidung, die Große Mauer wieder aufzubauen. Die weltpolitischen Folgen waren von ungeahnter Tragweite: „Hätten sich die Eunuchen durchgesetzt, hätte das Jahr 1403 den Beginn der Pax Sinica markiert, wäre es 1492 möglicherweise nicht zum Beginn der europäischen Welteroberung gekommen, wäre die Weltgeschichte ganz anders verlaufen, wären die Ming und nicht die Niederlande oder Großbritannien zu den Herrschern der See geworden“ (Seite 235).

Stattdessen tauchen in Menzels Studie nun die Europäer in Asien auf, auf der Suche nach neuen überseeischen Handelsrouten: Venedig (1381–1503) wie auch Portugal (1494–1580) entwickelten sich zu wirtschaftlichen Hegemonen. Beide waren in Europa Vorreiter nautischer und kommerzieller Revolutionen im Übergang zur frühen Neuzeit. Beide bildeten Scharniere zwischen Orient und Okzident und sorgten für ein globales Handelsregime und den Schutz der Meere. Auf Portugal als „Seaborne Empire“ und als Hegemonialmacht im Indischen Ozean folgte das Osmanische Reich als Imperium zwischen Europa, Asien und Afrika und als Hegemon in Asien. Das Osmanische Reich war von 1453 bis 1918 ein Imperium von außerordentlich langer Lebensdauer.

Menzel schildert dann Bekanntes: wie Spanien von 1519 bis 1648 sein Weltsystem mit Anspruch auf Universalmonar-

chie durchzusetzen versucht und wie die Niederlande von 1609 bis 1713 ihren Aufstieg zur ersten Welthandelsmacht in ihrem „Goldenen Zeitalter“ bewerkstelligen. Geschickt weist Menzel dann nach, dass Frankreich in Amerika als Kolonialmacht scheiterte, aber seit 1635 Europa als klassische Landmacht dominierte. Frankreich konnte sich also zeitweilig auf dem Kontinent militärisch und zivilisatorisch durchsetzen, unterlag aber dem Dauerkonkurrenten England. Der kurze Versuch Napoleons, in Europa ein Imperium zu errichten, scheiterte in Menzels Augen an der Überdehnung der Kräfte und der Entschlossenheit der antinapoleonischen Mächte.

Großbritannien verkörpert dabei für den Verfasser den klassischen Fall eines Imperiums, das allerdings der Logik einer Seemacht folgte, sich auf seinen Aufstieg zur Weltmacht im Zeichen von Merkantilismus und später von Freihandel konzentrierte, sich aber in Europa auf die Rolle des Hegemons beschränkte.

Die USA verkörpern in Menzels Auffassung einen Sonderfall: Zunächst glichen sie in ihrer Aufstiegsphase im 18. Jahrhundert auf dem nordamerikanischen Kontinent einem Imperium, das in vielen Kriegen die indianischen Ureinwohner und die imperialen Konkurrenten verdrängte. Nach 1898 errichteten die Vereinigten Staaten von Amerika in der Karibik, im Pazifik und in Lateinamerika eine Mischung aus Hegemonie und Imperium, blieben aber als isolationistische Macht gegenüber Europa auf Distanz. Nach 1945 stiegen die USA zur ersten globalen Ordnungsmacht auf, die diesen Namen verdient. Der Kalte Krieg war laut Menzel konsequenterweise auch ein hegemonial-

imperialen Ausscheidungskampf der Systeme und Ideologien, an dessen Ende die Vision einer unipolaren Welt auftauchte.

Dieser Ritt durch 1.100 Jahre Geschichte beeindruckt durch Menzels tiefe Beweisführung seiner ordnungspolitischen Überlegungen. Er zeigt, dass die Welt von aufeinanderfolgenden großen Mächten imperialen oder hegemonialen Zuschnitts zwar nicht direkt regiert, aber doch hierarchisch geordnet wird. Große Mächte sorgten und sorgen heute noch für regionale oder internationale Ordnung, die allerdings von unterschiedlich langen Phasen der Anarchie unterbrochen werden.

Freilich hätte man sich noch einige Überlegungen zur chinesisch-amerikanischen Rivalität im 21. Jahrhundert gewünscht. Umgekehrt fragt man sich, warum Menzel bei seinen Fallstudien die großen Mächte und Imperien der Antike ausgespart hat. Auch wären weiterführende Überlegungen zur Hierarchieproblematik unter räumlichen, institutionellen und machtpolitischen Gesichtspunkten nützlich gewesen. Einschlägige Literatur wurde offensichtlich nicht berücksichtigt.

MEILENSTEIN DER FORSCHUNG

Doch sind diese Anmerkungen marginal und schmälern die herausragende Bedeutung von Menzels Werk nicht. Vielmehr bleibt festzuhalten, dass es einen Meilenstein der Forschung markiert. Denn es verdeutlicht, dass es keinen Ersatz für die zentrale Bedeutung von Staaten gibt. Ein Mangel an Staatlichkeit und staatlicher Souveränität führt zu innen- und außenpolitischer Anarchie, wie die gegenwärtigen

Entwicklungen im Nahen Osten und in Afrika erkennen lassen. Besonders Großmächte bleiben für eine Ordnung der Welt unverzichtbar. Auch das zeigt die gegenwärtige weltpolitische Lage. Natürlich handelt keine Weltmacht altruistisch, wie Menzel nachweist. Hegemonialmächte tragen aber eindeutig eher und deutlich mehr zivilisatorische Errungenschaften in die Welt als Imperialmächte. Auch sind die Aufstiegs- und Abstiegsphasen der Imperialmächte kürzer und steiler, während die der Hegemonialmächte länger und weniger dramatisch ausfallen.

Nur wenige Mächte konnten über Jahrhunderte hinweg ihre Ordnungskraft bewahren. Chinas Weltbild als Reich der Mitte, umgeben von konzentrischen Kreisen abhängiger Länder, wirkt bis heute zivilisatorisch und machtpolitisch fort. Die Mongolen als einstmals mächtigste Militärmacht haben dagegen ihre Bedeutung völlig verloren. Doch keine Macht der Welt hat als sanfter Hegemon die Weltpolitik so beeinflusst wie die USA. Trotz schwerer Fehler und Versäumnisse bleiben sie für Menzel vorerst die einzige Weltordnungsmacht. Allerdings taucht am zeitgeschichtlichen Horizont China mit dem Anspruch auf, die USA an allen Fronten zu attackieren und in die Schranken zu weisen. Vorerst jedoch bleibt für Menzel die Pax Americana prägend, weil sie noch immer Ordnung schafft, Hierarchien begründet, die internationale Arbeitsteilung organisiert und aufgrund ihres Reichtums und ihrer Innovationskraft weltweit eine einzigartige Attraktivität genießt.

Was immer die Zukunft bringen wird: Ulrich Menzel ist mit diesem Buch ein großer Wurf gelungen.

Fortschritte bei der Pflege

Über die Reformen der Pflegeversicherung

KARL-JOSEF LAUMANN

Geboren 1957 in Riesenbeck, Staatssekretär, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten und Bevollmächtigter für Pflege.

„Bis zum Jahr 2010 ist diese Pflegeversicherung tot.“ Dies gab Otto Graf Lambsdorff, damals wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, 1995 zu Protokoll. Zum Glück ist es anders gekommen. Rund zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten steht die gesetzliche Pflegeversicherung auf einem sicheren Fundament. Ihre Initiatoren, insbesondere der

damalige Bundessozialminister Norbert Blüm, haben recht behalten. Vermeintliche Cassandra-Rufe wie die des damaligen Arbeitgeber-Präsidenten Klaus Murrmann haben sich nicht bewahrheitet: Von „Leistungsmissbrauch“, von einem „hochexplosiven Kostentreibsatz“ und „zweistelligen Beitragssätzen“ kann keine Rede sein. Vielmehr erweist sich, dass dank der Pflegeversicherung eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten und Strukturen in der Pflege entstanden ist, die den Menschen in einer oftmals sehr schwierigen Lebenssituation helfen. Vor der Einführung der Pflegeversicherung waren zwei Drittel der Pflegebedürftigen in den

stationären Pflegeeinrichtungen auf Sozialhilfe angewiesen. Heute ist es genau umgekehrt: Über zwei Drittel von ihnen kommen ohne Sozialhilfe aus. Inzwischen haben Länder wie Japan, Südkorea, Spanien und Luxemburg gesetzliche Pflegeversicherungen eingeführt und sich dabei am deutschen Modell orientiert.

Unser Land beweist am Beispiel der Entwicklung in der Pflegeversicherung erneut, dass das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip nicht bloß ein abstraktes Rechtskonstrukt darstellt, sondern aktuell gelebte Realität ist. Für Christdemokraten muss die Würde des Menschen im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns stehen. Das gilt gerade, wenn ein Mensch pflegebedürftig wird und auf fremde Hilfe angewiesen ist. Oberstes Ziel der Pflegeversicherung muss es sein, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass pflegebedürftige Menschen ein Leben führen können, das so selbstbestimmt wie möglich ist. Mit dem demografischen Wandel liegt hier eine große Herausforderung: Allein seit der Einführung der Pflegeversicherung hat sich die Anzahl der Pflegebedürftigen mehr als verdoppelt und liegt aktuell bei rund 2,6 Millionen Menschen. Diese Zahl wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich erhöhen: auf absehbare Zeit um zwei bis drei Prozent – und zwar jedes Jahr.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Pflege haben sich geändert: Während Kinder und Eltern früher oftmals in der gleichen Stadt oder in dem gleichen Dorf wohnten, leben viele Familien heute über das ganze Bundesgebiet oder sogar darüber hinaus verteilt. Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit vor allem Frauen die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen übernommen

haben. Auch wegen der gewachsenen Erwerbstätigkeit von Frauen in den letzten zehn Jahren können sie das oft nicht mehr leisten. Für die Sicherung einer guten und menschenwürdigen Pflege bedeutet das: Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter verbessern – und zwar für Männer und Frauen gleichermaßen.

Verständlicherweise ist es der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange wie möglich im eigenen Zuhause zu wohnen. Rund siebzig Prozent der Pflegebedürftigen werden gegenwärtig in den eigenen vier Wänden versorgt: Pflegenden Angehörige sind damit der größte „Pflegedienst“ Deutschlands. Umso wichtiger ist es, dass ihrem Engagement weiterhin „der Rücken gestärkt“ wird. Ohne die häusliche Pflege durch die Angehörigen bräuchte die Altenpflege bereits jetzt weit mehr als jene eine Million Menschen, die heute schon dort beruflich tätig sind.

UNTERSTÜTZUNG VON ANGEHÖRIGEN

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz, das am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, pflegende Angehörige spürbar zu unterstützen und zu entlasten. So werden sie etwa in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert. Die meisten Leistungen der Pflegeversicherung, zum Beispiel das Pflegegeld und die Mittel für Pflegesachleistungen, sind deutlich angehoben worden. Der Zuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, etwa für den Einbau eines

barrierefreien Bades, ist von 2.557 auf bis zu 4.000 Euro pro Maßnahme erhöht worden. Zudem können Kurzzeit- und Verhinderungspflege deutlich flexibler als zuvor in Anspruch genommen und so kombiniert werden, wie es den individuellen Bedürfnissen entspricht. Auch gibt es nun für alle Pflegebedürftigen einen Anspruch auf die Finanzierung zusätzlicher Betreuungs- und Entlastungsleistungen (bis zu 104 oder 208 Euro im Monat). Durch die zusätzlichen Betreuungskräfte haben Pflegebedürftige jemanden, der sich ihnen über die rein pflegerische Versorgung hinaus widmet, der beispielsweise mit ihnen malt, kocht, Musik hört, einen Spaziergang macht oder einfach „nur“ zuhört.

Besonders wichtig ist zudem, dass die Mittel für die Tages- und Nachtpflege de facto verdoppelt worden sind. Ich bin der Überzeugung, dass für eine gute Pflege die Angebote der Tages- und Nachtpflege weiter ausgebaut werden müssen – und zwar flächendeckend. Dazu sollte man sich in die Lage eines Pflegebedürftigen versetzen, dessen Angehörige tagsüber ihrem Beruf nachgehen: Morgens und abends kommt der ambulante Pflegedienst, um sich um die eigentliche Pflege zu kümmern. Doch was passiert in der Zwischenzeit? Wenn sonst nichts passiert, kann der Tag für den Pflegebedürftigen sehr lang werden. Die Angebote der Tagespflege ermöglichen dagegen eine feste Tagesstruktur. Dort gibt es Freizeitangebote und man erfährt Gemeinschaft.

Die Tages- und Nachtpflege ist ein wichtiger Baustein für den Ausbau dessen, was man als Ü80-Struktur bezeichnen kann – also besondere Angebote für über 80-Jährige. Die Gesellschaft hat sich mit

dem Ausbau der U3-Betreuung in den letzten Jahren intensiv den Bedürfnissen unserer Jüngsten gewidmet. Das war richtig. Genauso richtig ist es jetzt, sich mit dem Ausbau der Ü80-Struktur den Ältesten in unserer Gesellschaft verstärkt zuzuwenden. Neben der Tages- und Nachtpflege gehören etwa auch eine barrierefreie öffentliche Infrastruktur, die Unterstützung von Selbsthilfeprojekten oder die Wohnberatung dazu. Hier stehen vor allem die Kommunen in der Pflicht, wobei das nicht in erster Linie mit zusätzlichen Kosten verbunden sein muss. Vielmehr ist es eine Frage des kommunalen Planungsrechts und der Vernetzung aller Akteure.

Sind mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz also vor allem die Voraussetzungen für den Verbleib in der eigenen Wohnung erleichtert worden, wird die Pflegeversicherung mit dem zweiten Pflegestärkungsgesetz insgesamt auf eine neue, gerechtere Grundlage gestellt. Es handelt sich dabei um die tiefgreifendste Reform der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen.

PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT AUCH FÜR DEMENZERKRANCKTE

Kern der Reform ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der zum 1. Januar 2017 umgesetzt wird. Damit wird die viel zu starre, rein körper- und defizitorientierte Betrachtung der Pflegebedürftigkeit überwunden. Stattdessen rücken die individuellen Lebenslagen in den Mittelpunkt. Auch im Sinne einer aktivierenden Pflege wird künftig bei den Gutachten der Blick darauf gerichtet werden, was ein Mensch noch allein vermag und was nicht mehr.

Davon profitieren insbesondere Demenzerkrankte. Sie werden dann zum ersten Mal vollumfänglich in die Systematik der Pflegeversicherung einbezogen.

Ein Beispiel veranschaulicht den Unterschied: Der bisherige Begriff umfasst denjenigen, der sich aus körperlichen Gründen beispielsweise nicht mehr selbst waschen kann. Obwohl die Konsequenz die gleiche ist, hatte derjenige bislang das Nachsehen, der „einfach“ vergessen hat, wie man sich wäscht. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff beendet diesen Missstand. Die Neujustierung ist bereits in zwei Modellprojekten erprobt worden, und alle Beteiligten – Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegekräfte, die Träger der Einrichtungen und der Medizinische Dienst der Krankenversicherung – haben 2016 ausreichend Zeit, sich auf die Umsetzung einzustellen.

Das alles wird jedoch nur klappen, wenn wir auch künftig genug Menschen finden, die sich für den Pflegeberuf entscheiden. Das ist aktuell die dritte große Herausforderung der Pflege. Für mich ist klar: Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, besitzt in den allermeisten Fällen auch eine ganz besondere Ethik, eine innere Einstellung, die sich am Wohl des Menschen orientiert. Aber das allein kann sein Engagement nicht dauerhaft tragen: Auch die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen müssen stimmen, um Menschen von einem Beruf zu überzeugen.

Drei Punkte sind in diesem Zusammenhang besonders wichtig. *Erstens*: Wir brauchen in der Pflege endlich auch in der Fläche faire Löhne, die von den Sozialpartnern in Tarifverträgen vereinbart werden. Es gibt Regionen in Deutschland,

wo das bereits weitgehend der Fall ist, aber es gibt auch Regionen, wo wir einen deutlichen Nachholbedarf haben. *Zweitens*: Wir müssen den Beruf attraktiver machen – auch durch eine Reform der Ausbildung im Sinne der Generalistik, welche die Altenpflege, die Gesundheits- und Krankenpflege und die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem neuen, gemeinsamen Pflegefachberuf mit Schwerpunktbildung zusammenführt. Das von der Bundesregierung geplante Pflegeberufsgesetz eröffnet hierfür den so breit Ausgebildeten flexiblere und vielfältigere Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem wird mit dem neuen Gesetz das in einigen Bundesländern noch erhobene Schulgeld bundesweit abgeschafft. *Drittens*: Die Entbürokratisierung in der Pflege muss weiter vorangetrieben werden. Mit der von mir maßgeblich geförderten Entbürokratisierung der Pflegedokumentation ist bereits ein entscheidender Schritt gemacht. Experten berichten, dass bei den Dokumentationsaufgaben bis zu einem Drittel an Zeit eingespart wird. Das ist Zeit, die den Pflegebedürftigen nun zugutekommen muss.

Wenn diese zentralen Reformschritte weiterhin konsequent umgesetzt werden, sind wir auf einem guten Weg, um auch in Zukunft eine gute und menschenwürdige Pflege zu ermöglichen. Sicherlich gibt es auch heute wieder eine Reihe von Kritikern, die angesichts des demografischen Wandels vor allem Probleme sehen. Ich persönlich wünsche mir, dass auch sie in zwanzig Jahren erneut von den Fakten widerlegt werden.

Parteiensystem in Bewegung?

Trends und Kontinuitäten im Wahljahr 2016

TOBIAS MONTAG

Geboren 1981 in Erfurt, Koordinator
Innenpolitik, Hauptabteilung
Politik und Beratung der Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Während die Wahlforschung 2015 mit den Wahlen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen relativ wenig zu tun hatte, kommt 2016 einiges auf sie zu: Fünf Landtagswahlen stehen an. Am 13. März 2016 finden Wahlen in Baden-

Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt statt. Mecklenburg-Vorpommern folgt am 4. September 2016, und das Berliner Abgeordnetenhaus wird am 18. September 2016 neu gewählt.

Schien es kurz nach der Bundestagswahl 2013 so, als werde die Parteienlandschaft von Angela Merkel und der Union dominiert, ist in der Folgezeit doch einiges in Bewegung geraten. Ob „Großstadtdebatte“, die „Patriotischen Bürger gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) oder die Konflikte um die Bewältigung der Flüchtlingssituation – die Opposition hofft, aus dem Schatten der „ewigen Kanzlerin“¹ treten zu können. Entsprechend umkämpft sein werden die Landtagswahlen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Es lohnt sich deshalb, der Frage nachzugehen, mit welchen Trends oder Kontinuitäten im Parteiensystem wir mit Blick auf das Wahljahr 2016 rechnen können.

Im Mittelpunkt stehen dabei drei Beobachtungen der letzten Jahre: die zunehmende Personalisierung der Wahlkämpfe, die Fragmentierung der Parteienlandschaft und deren Folgen sowie die Entdeckung populistischer Schnittmengen.

PERSONALISIERUNG DER WAHLKÄMPFE

Die Personalisierung der Wahlkämpfe ist auf der nationalen Ebene sicherlich kein neues Phänomen,² aber sie erfasst zunehmend auch die Landtagswahlen und ist keineswegs nur auf die großen Parteien beschränkt. Erinnerung sei an die Bürgerschaftswahlen in den beiden Stadtstaaten im Februar und Mai 2015, als die schwer bedrängte FDP mit zwei medienwirksamen Kandidatinnen, Katja Suding und Lenke Steiner, ein erneutes Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde verhinderte. Auf einen personalisierten Wahlkampf kann man sich sicherlich in Baden-Württemberg einstellen. Der amtierende Ministerpräsident und Spitzenkandidat der Grünen, Winfried Kretschmann, genießt dort laut der Forschungsgruppe Wahlen ein lagerübergreifendes Ansehen, während seine Partei in der „Sonntagsfrage“ mit 27 Prozent um zehn Prozent schlechter abschneidet als die CDU.³ Dass die Grünen den Wahlkampf auf Kretschmann ausrichten werden, ist also wahrscheinlich.

Er verkörpert Werte und Ziele, die von der breiten Gesellschaft getragen werden, aber nicht zwingend von seiner eigenen Partei. Dies trifft etwa auf seine Haltung in der Flüchtlingspolitik zu: Gegenüber seiner Partei musste er die Verschärfung der Abschiebep Praxis rechtfertigen. Für den Wahlerfolg einer Partei reicht also nicht mehr allein die optimale Personalisierung der Parteihalte durch einen Spitzenkandidaten aus, sondern inhaltliche Positionierung und gesellschaftliche Akzeptanz müssen in einer Persönlichkeit zusammenfinden.⁴ Darüber hinaus verstärkt die Ausrichtung der Wahlkämpfe auf die Spitzenkandidaten die Professionalisierung der Wahlkampf-führung. Nur so lassen sich Kommunikationsdefizite und handwerkliche Mängel reduzieren.

Seit 2014 ist der populistischen Partei AfD der Einzug in fünf Landtage gelungen. Es ist unklar, ob es die AfD im Frühjahr 2016 schafft, in die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt einzuziehen. Umfragen sehen die Partei zurzeit jeweils bei fünf bis sechs Prozent.⁵ Bangen muss auch die FDP, die in Sachsen-Anhalt unter „Sonstige Parteien“ geführt wird und in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf fünf Prozent kommt. In Baden-Württemberg könnte der Einzug der AfD in den Landtag zu einem Sechs-Parteien-Parlament führen und die grün-rote Landesregierung die Mehrheit kosten.⁶ Sollte es der AfD und der Partei *Die Linke* in Rheinland-Pfalz gelingen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, würde sich dort das Drei-Parteien-Parlament aus CDU, SPD und Grünen

in ein Fünf-Parteien-Parlament wandeln. Und selbst für die FDP hat die Forschungsgruppe Wahlen Mitte Januar 2016 immerhin das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde vorausgesagt, sodass eine weitere Fragmentierung im Landtag zu erwarten ist.⁷ In dieser Konstellation hätte die SPD nach wie vor die meisten Koalitionsoptionen, allerdings wäre auch die CDU nicht mehr auf die Möglichkeit einer Großen Koalition beschränkt.⁸ In Sachsen-Anhalt gibt es schon seit 2011 ein Vier-Parteien-Parlament aus CDU, SPD, der *Linken* und Grünen. Mit der AfD, die in einer Umfrage von Infratest dimap von Mitte September 2015 auf fünf Prozent kommt, würde ein zusätzlicher Akteur auftreten.⁹ Ob sich dadurch die Koalitionsmöglichkeiten wesentlich ändern, ist jedoch fraglich, denn schon jetzt wird das „Thüringer Modell“ einer rot-rot-grünen Landesregierung in Sachsen-Anhalt diskutiert. Auch hier bereitet freilich ein linker Ministerpräsident Bauchschmerzen, sodass alle Optionen nach wie vor offen sind.¹⁰

Die Fragmentierung des Parteiensystems ist kein unbekanntes Phänomen. Zuletzt schien sie durch den Aufstieg der mittlerweile fast bedeutungslos gewordenen Piratenpartei befördert zu werden. Deren Verfall zeigt aber auch, wie schnell ehemals gefeierte Politikstars in der politischen Bedeutungslosigkeit versinken können. Außerdem ist derzeit die Rolle der FDP und der Partei *Die Linke* zu unklar, als dass sich schon jetzt feste Koalitionsmodelle am Horizont abzeichnen könnten.

POPULISTISCHE SCHNITTMENGEN

Nachdem 2015 der Richtungsstreit innerhalb der AfD eskaliert war, ihr einstiger Mitbegründer und Vorsitzender Bernd Lucke aus der Partei ausgetreten war und die „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) gegründet hatte, schien es, als würde das rechtspopulistische Spektrum durch die Spaltung geschwächt werden. Lucke fürchtete, dass eine weitere Radikalisierung die Partei ins Abseits führe, und lehnte es daher ab, die Annäherung an Pegida mitzutragen. Stattdessen „verdorrte“ seine neue Partei nun „im Schatten“ der AfD.¹¹ Die Verbindungen zu Pegida verschafften der AfD einen öffentlichkeitswirksamen Resonanzraum zur Entfaltung populistischer Strategien. Mit der verbalen Frontstellung des „kleinen Mannes“, der sich gegen „die da oben“ wehrt, gelingt es der AfD, Protestwähler und Systemunzufriedene an sich zu binden.¹²

Die AfD scheint zu glauben, dass die bei Pegida-Kundgebungen versammelten Teilnehmer tatsächlich die „Stimme des Volkes“ seien und nicht nur einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft verkörpernten. Ihr Engagement zielt darauf ab, die „Altparteien“ unter Druck zu setzen und sich selbst aus der gesellschaftlichen Isolation zu befreien. Dabei nimmt sie die Pegida-Kundgebungen mitunter derart ein, dass der Eindruck entsteht, es handle sich um Veranstaltungen der AfD.¹³

Oft wird argumentiert, die AfD sei als „national-konservative“ und „marktliberale“ Partei vor allem ein Problem von CDU, CSU und FDP.¹⁴ Ähnliches gelte auch für Pegida. Diese Annahme führt freilich in die Irre, denn schon vor der Abspaltung Luckes befanden sich in der AfD Linkspopulisten, Antikapitalisten und politische Sektierer. Pegida und die AfD sind deshalb in den kommenden Landtagswahlen vielmehr eine Herausforderung für die Partei *Die Linke*. In ihrer Funktion als Protestpartei wird ihr von diesen beiden das Wasser abgegraben. Es ist deshalb denkbar, dass *Die Linke* in den Landtagswahlen 2016 verstärkt auf die linkspopulistische Karte setzt, um Protestwähler zurückzugewinnen, obwohl sie mit Blick auf die sich „pragmatisch“ gebende rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen und ebensolche Pläne in Sachsen-Anhalt Rücksicht nehmen muss. Die Schnittmengen mit AfD und Pegida sind jedenfalls vorhanden: Vereinfachungen, die Inszenierung von Tabubrüchen und eine Verachtung der europäischen Elite kommen auch aus der linken Ecke. Die politische „Arbeit“ mit Bewegungen ist nichts Neues für *Die Linke*.

Damit lässt sich als Fazit festhalten: 2016 werden sich wohl die skizzierten Trends fortsetzen. Völlig neue Bewegungen im Parteiensystem sind eher unwahrscheinlich.

Redaktionsschluss für diesen Beitrag war der 27. November 2015.

¹ Z. B. Broder, Henryk M.: „Die über allen Wassern schwebt – die ewige Kanzlerin“, in: Die Welt [09.08.2015].

² Brettschneider, Frank: Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. – Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002.

³ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer Extra 11/2015. Repräsentative Umfrage in Baden-Württemberg – KW 47.

⁴ Lange, Nico: „Stabil, weil beweglich. Was die Wahlergebnisse 2013 und 2014 für die künftige Entwicklung des Parteiensystems aussagen“, in: Die Politische Meinung, 59. Jahrgang, 529/2014, S. 97–101.

⁵ Siehe <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage> [24.11.2015].

⁶ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer Extra 11/2015.

⁷ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer Extra 01/2016. Repräsentative Umfrage in Rheinland-Pfalz – KW 03.

⁸ Hennecke, Hans Jörg: „Wählermarkt und Koalitionsmarkt. Der strategische Zielkonflikt im deutschen Parteienwettbewerb“, in: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung. – Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009, S. 147–163.

⁹ <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm> [24.11.2015].

¹⁰ Bingener, Reinhard: „Links blinken, aber wohin fahren?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung [04.08.2015].

¹¹ Steffen, Tilmann: „Verdorrt im Schatten der AfD“, in: Zeit Online [23.11.2015].

¹² Grabow, Karsten / Lange, Nico, u. a.: Spiel über Bande. Wie EU-Gegner nationale Politik beeinflussen, Analysen & Argumente Nr. 168, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2015.

¹³ „Erfurts Pegida heißt AfD“, in: FAZ.net [08.10.2015].

¹⁴ Z. B. Niedermayer, Oskar: „Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland“, in: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. – Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 206.

Im Sturzflug?

Zur Diskussion über die sinkende Wahlbeteiligung

FRANZISKA FISLAGE

Geboren 1988 in Ochtrup,
Kordinatorin für Demokratie,
Parteien und Gesellschaft,
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Wahlbeteiligung sinkt. Dieser Trend ist nicht nur bei „Second-order-elections“¹, wie Wahlen zum Europäischen Parlament oder Kommunalwahlen, sondern auch bei Bundestags- und Landtagswahlen festzustellen. Bei den letzten Bürgerschaftswahlen in Bremen

(50,2 Prozent) und Hamburg (56,5 Prozent) Anfang 2015 gab nur noch die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Damit erreichte die Wahlbeteiligung auf Länderebene einen historischen Tiefstand. Ein ähnlicher Trend zeichnet sich bei Bundestagswahlen ab. Bei der Bundestagswahl 2013 machten nur 71,5 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Auffallend ist insbesondere die geringe Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Ländern, die deutlich hinter der Wahlbeteiligung in Westdeutschland liegt.

In Deutschland hat jeder Bürger das Recht, sich auch gegen die Wahlteilnahme zu entscheiden und der Wahl fernzubleiben. Eine niedrige Wahlbeteiligung ist daher nicht zwangsläufig ein Menetekel für den Fortbestand unserer Demokratie. Schließlich fällt sie in europäischen Nachbarstaaten weit niedriger aus. Allerdings lebt Demokratie vom politischen Wettbewerb, von Auseinandersetzungen und Diskussionen, vor allem von der Partizipation ihrer Bürger. Wenngleich eine niedrigere Wahlbeteiligung nicht schädlich für die Demokratie sein muss, kann das Fernbleiben der Wähler von der Wahl die

Legitimität der Regierung auf eine recht schwache Grundlage stellen. Je mehr Wahlberechtigte die Regierung durch ihre freie Wahlentscheidung unterstützen, desto eher wird das politische Handeln legitimiert. Deswegen kann eine hohe Wahlbeteiligung wünschenswert sein.

Studien zur „Nichtwählerforschung“ belegen, dass die Nichtabgabe einer Wahlstimme auf ein Desinteresse gegenüber der Politik und den Politikern zurückzuführen ist. Ein Großteil der Nichtwähler zeichnet sich zudem durch eine geringe Parteiidentifikation sowie durch eine deutlich geringere „Wahlnorm“, dem Pflichtgefühl, sich an einer Wahl zu beteiligen, aus. Zudem spielt für die Motivation zum Urnengang die Kandidatenorientierung eine große Rolle.²

WÄHLEN IM SUPERMARKT

Die bisherigen Vorschläge, wie beispielsweise die Einführung einer Wahlpflicht, die Verlängerung der Öffnungszeiten von Wahllokalen, das Aufstellen von Wahlurnen in Supermärkten oder auch eine Reform des Wahlrechtes, sind fragwürdig, weil sie wohl nur minimale Auswirkungen haben würden. Im Falle der „Supermarkt“-Wahl sind sogar negative Effekte zu befürchten, weil eine solche Wahl im „Vorbeigehen“ beim Einkauf ein zentrales bürgerliches Beteiligungsrecht banalisieren würde.

Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, dass sie nur die Rahmenbedingungen einer Wahl verändern, aber die Problemursachen nicht angehen. Die immer wieder diskutierte Einführung einer Wahlpflicht wäre hingegen ein rigoroser Schritt. Ihm stehen massive verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Hürden und Bedenken entgegen. Eine Wahlpflicht ist mit dem Gedanken der freien Wahl unvereinbar.

Die Annahme, dass die Kandidatenorientierung zunehmend ausschlaggebend für die Wahlteilnahme ist, lässt Politikerprofile in den Fokus rücken, die Bürgerinnen und Bürger aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus integrieren und für Politik begeistern können. Insofern ist Gewinnung, Förderung und schließlich die Kandidatenaufstellung von solchen integrierenden Persönlichkeiten eine zentrale Antwort auf den Trend der nachlassenden Wahlbeteiligung. Sie sind aufgefordert, den Wählern die Mitgestaltungschancen, die sich mit einer gültigen Stimmabgabe verbinden, immer wieder ins Bewusstsein zu rufen und deutlich zu kommunizieren, inwiefern die Bürger von den politischen Entscheidungen persönlich betroffen sind, wie sie sich in Entscheidungsfindungsprozesse einbringen und in welcher Form sie die Entscheidungen mitgestalten können.

Die nachlassende Wahlnorm und die sinkende Parteiidentifikation werden sich aufgrund der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Pflicht- und Akzeptanzwerte an Bedeutung

verlieren und dass immer weniger feste Bindungen eingegangen werden, nicht zurückgewinnen lassen.

PERSÖNLICHKEIT, PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZ UND POLITISCHE BILDUNG

Obwohl Pfadabhängigkeiten politische Entscheidungen einschränken können und die Komplexität der Politik oftmals unterschätzt werden mag, muss es den Parteien dennoch darum gehen, die Unterschiede zu anderen Parteien deutlicher zu definieren. Dabei reicht es nicht aus, allein auf programmatische Unterschiede zu verweisen. Die Politiker müssen vielmehr zeigen, dass sie und ihre Partei im Gegensatz zu anderen politischen Lagern die für die Mehrheit der Gesellschaft wichtigsten Probleme lösen können. Wenn die Wähler den Eindruck gewinnen, dass ihre Wahl tatsächlich über verschiedene Problemlösungsansätze entscheidet, dann stellt dies eine Möglichkeit dar, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen. Eine solche Wahl würde als eine bedeutende Weggabelung empfunden werden.

Schließlich kommt der politischen Bildung eine bedeutende Rolle zu. Sie muss nicht nur die potenziellen Wähler der Gegenwart, sondern frühzeitig auch die künftigen Wähler in den Blick nehmen und ihnen verdeutlichen, dass die Teilnahme an einer Wahl ein bedeutender und für unsere Gesellschaft grundlegender Teil der Demokratie ist. Der Vorschlag, den Verfassungstag zum Aktionstag für Demokratie zu machen, zeigt eine weitere Möglichkeit auf. Damit könnte insbesondere die junge Generation, die einen Großteil der Nichtwähler ausmacht und die nicht mehr aus Pflichtgefühl wählt, bereits in der Schule für die Bedeutung von Wahlen als wichtiges Element der Demokratie sensibilisiert werden.

Um einen Sturzflug der Wahlbeteiligung abzuwenden, brauchen wir Parteien mit Problemlösungskompetenzen, integrierende Politikerpersönlichkeiten sowie eine verstärkte politische Bildung. Gelingt es, diese drei Bereiche auf einem höheren Niveau als bisher miteinander zu verknüpfen, dann vermeidet man überflüssiges Herumdoktern an Symptomen und packt die Ursachen einer „niedrigen“ Wahlbeteiligung an der Wurzel.

¹ Vgl. Reif, Karlheinz / Schmitt, Hermann (1980): „Nine Second-order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results“, in: *European Journal of Political Research*, Nr. 8, S. 3–77, S. 9 und 12.

² Vgl. Cabarello, Claudio (2014): „Nichtwahl“, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 437–488, S. 454 f. und 463; vgl. Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2014): *Wählen, wählen, immer wieder wählen. Die Bundestagswahl und Europawahl im Vergleich*. Sankt Augustin / Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S. 14 ff., und Neu, Viola (2012): *Dann bleib ich mal weg. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S. 36.

Atmende Währungsunion

—
Eine kritische Euro-Analyse von Hans-Werner Sinn

HANS RECKERS

Geboren 1953, ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank, seit November 2015 Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin.

Hans-Werner Sinn: Der Euro. Von der Friedensidee zum Zankapfel, Carl Hanser Verlag, München 2015, 560 Seiten, 24,90 Euro.

Einer Sache ist sich Hans-Werner Sinn gewiss: Ohne einen Schuldenerlass und eine reale Abwertung durch Deflation in den Eurokrisenländern – allen voran Griechenland, aber nach wie vor auch Portugal und Spanien – wird es nicht gelingen, das Eurofinanzsystem, das sich weiterhin in einem Krisenmodus befindet, wieder zu stabilisieren.

So sicher wie heute war sich Sinn – seines Zeichens einer der streitbarsten

deutschen Ökonomen des vergangenen Jahrzehnts – jedoch nicht immer. Sehr freimütig räumt er gleich in der Einführung zu seinem im Oktober 2015 erschienenen Buch *Der Euro. Von der Friedensidee zum Zankapfel* ein, dass er vor zwanzig Jahren, als auf dem Gipfel von Madrid im Dezember 1995 der Euro endgültig beschlossen wurde, nicht auf die warnenden Stimmen der älteren und erfahrenen Ökonomen hören wollte: „Ich war ein junger Theoretiker, der an die Einhaltung der Regeln glaubte, und ich muss zugeben, dass ich mich als überzeugter Europäer von erhabenen Gefühlen fortreiben ließ, statt den Skeptikern das ihnen gebührende Ohr zu gewähren“ (Seite 2), konstatiert Sinn rückblickend.

DIE EUROZONE – EIN SCHERBENHAUFEN?

Heute weiß er es besser. Als Kernproblem der Eurokrise beschreibt er die institutionelle Architektur des Eurosystems und die daraus resultierende Aufweichung der nationalen Budgetbeschränkungen der jetzigen Krisenländer, zu denen er Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Zypern – die GIPSIZ-Länder – zählt. Aus seiner Sicht erinnert die Eurozone heute an einen Scherbenhaufen, über den man von Krise zu Krise stolpere. Das Tragische für den deutschen Ökonomen ist dabei, dass ein Ende dieser Rettungsschleife noch nicht in Sicht ist.

Faktenreich, detailliert und datenbasiert analysiert er zahlreiche Faktoren, die seit 2007 zur Krise im Euro-Währungsraum führten. Sinn beschreibt den Verlust

der Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder und dokumentiert sämtliche Rettungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der europäischen Staatengemeinschaft. Er greift in seiner Analyse, die mehr als 400 Seiten des 500-seitigen Buches ausmacht, vielfach auf Forschungsergebnisse zurück, die er in den vergangenen Jahren als Präsident des ifo Instituts in München gewonnen hat. Das führt natürlich dazu, dass der informierten Leserschaft das eine oder andere bereits bekannt ist – zum Beispiel die von ihm in die Öffentlichkeit gebrachten und in der Wissenschaft heftig diskutierten Target-Salden.

Sinn macht als Brandbeschleuniger der Eurokrise die inflationäre Kreditblase aus, die sich durch die Einführung des Euro in den südeuropäischen Krisenstaaten über Jahre entwickelt hat und die dazu führte, dass sich Löhne und Preise relativ zu den nordeuropäischen Ländern immer weiter erhöhten. Dadurch büßten die GIPSIZ-Länder deutlich an Wettbewerbsfähigkeit ein. Ein Zustand, den sie früher durch das Instrument der Abwertung der eigenen nationalen Währung behoben hätten, das ihnen aber nun durch die Einführung des Euro nicht mehr zur Verfügung stand. Folglich stiegen die Leistungsbilanzdefizite der GIPSIZ-Länder kontinuierlich an, finanziert über ausländische Kapitalimporte. „Solange die Kapitalmärkte bereit waren, die Defizite zu bezahlen, schien noch alles gut zu gehen. Doch als sich die Kapitalmärkte ab dem Sommer 2007 und dann beschleunigt in der Folge der amerikanischen Finanzkrise zunehmend verweigerten, begann die Krise“ (Seite 157).

Sinn zeigt auf, wie die EZB nach Ausbruch der Krise als „weißer Ritter“ (Seite 196) damit beginnt, mit zunehmender Intensität den Ausfall der privaten Kapitalströme zu kompensieren und dadurch eine Refinanzierungspolitik in Gang setzt, die sich perpetuiert. Er deutet es als Ironie der Geschichte, dass die EZB mit ihrer Politik eine noch größere Kapitalflucht auslöste als die, die sie zu verhindern versuchte, weil sie den Kredit, der von der nationalen Notenbank kam, immer billiger machte. Im Ergebnis lagen „zu viele Milliarden im Schaufenster, zu viel private Haftung wurde auf öffentliche Schultern verlagert, zu viele Risiken wurden eingegangen und zu viel Kapital floss über die Grenzen“.

DEFLATION IN DEN KRISENSTAATEN

Sinn analysiert diese zum Teil dramatische Entwicklung recht anschaulich. Weist ein Land Leistungsbilanzdefizite auf, lebt es über die eigenen Verhältnisse und ist somit von Kapitalimporten abhängig. Das mag kurz- und vielleicht auch mittelfristig gut gehen, langfristig aber nicht. Der einzige Weg, den Sinn zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten *innerhalb* der Währungsunion sieht, wäre eine spürbare Deflation, also eine reale Abwertung in den Krisenstaaten. Die andere Möglichkeit, eine Inflationierung (reale Aufwertung) in den europäischen Kernstaaten und damit vor allem auch in Deutschland, weist er mit Verweis auf das „tief in der deutschen Psyche verwurzelte Trauma der Hyperinflation zwischen 1915 und 1923“ (Seite 180) als nicht gangbaren Weg zurück. Im Übrigen werde

am Beispiel Japans deutlich, dass es bei sehr niedrigen Zinssätzen extrem schwierig sei, expansive geldpolitische Impulse zu induzieren. Da die Abwertungsnotwendigkeit in Griechenland, Portugal und Spanien jedoch zwischen zwanzig und dreißig Prozent läge, verwirft er auch den Weg einer realen Abwertung durch Deflation, da dies an den „Grundfesten einer Gesellschaft“ (Seite 181) rütteln würde, woran diese „womöglich zerbrechen und im Chaos versinken“ (Seite 482) könnte.

An zahlreichen Stellen des Buches unterstreicht Sinn, wie wichtig ihm die europäische Idee ist, die er in Anlehnung an Helmut Kohl als großes Friedensprojekt einstuft. Und so ist es mehr als nachvollziehbar, dass Sinn nicht ein „Alles-oder-nichts“-Ansatz“ vorschwebt, sondern vielmehr eine „atmende Währungsunion“ – also ein System, das nach einem Austritt, der Abwertung der daraus resultierenden neuen Währung, einem Schuldenschnitt und einer sich anschließenden wirtschaftlichen Erholung eine Rückkehroption kennt. Die Botschaft heißt: Der Patient lebt, er bedarf jedoch einiger tief greifender operativer Eingriffe (eigene Währung, Abwertung, Strukturreformen) und einer anschließenden Rehabilitation.

Sinn trägt akribisch und systematisch Fakten zusammen, die mit der Eurokrise in Verbindung stehen, und bringt die Ergebnisse in einen eindrucksvollen Zusammenhang. Er wird zu Recht als einer der führenden deutschen Ökonomen angesehen, auch wenn man nicht in jedem Punkt seine Ansichten teilen muss.

was uns prägt

was uns eint

Was uns prägt – Was uns eint: Diese prägnante Formel wird 2016 den inhaltlichen Grundton der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung bilden. Die Fragen nach einer gemeinsamen Identität, einem nationalen und europäischen Wir-Gefühl und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sind aktueller und drängender denn je. Deutschland und Europa stehen vor den größten Herausforderungen seit Jahren; der Flüchtlingszuzug und die Debatten um Migration und Integration verändern die Gesellschaft und verlangen nach Gestaltung.

Die Stiftung wird das Flüchtlingsgeschehen in seinen vielfältigen Dimensionen beleuchten, unmittelbare wie auch längerfristige Erklärungs- und Handlungsansätze skizzieren und Perspektiven aus anderen Weltregionen einbringen. Klar ist: Eine Lösung wird es nicht ohne die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben; sie ist als Werte- und Verantwortungsgemeinschaft gefordert. Hier wollen wir durch unsere europäische Arbeit unterstützen. Wesentliches Anliegen ist es außerdem, in dieser Debatte – in der Flüchtlingspolitik, Asylrecht, Einwanderung, Arbeitskräftemigration oder EU-Freizügigkeit oft unterschiedslos vermischt werden – zur gedanklichen Klarheit beizutragen.

Überfremdungsängste auf der einen und Integrationsverweigerung auf der anderen Seite provozieren; Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und politisch motivierte Gewalt sind gestiegen – Teile des öffentlichen Diskurses verrohen. Die Auseinandersetzung mit allen Formen des politischen Extremismus – seien es Rechtsextremismus, Linksextremismus oder Islamismus – ist eine Kernaufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Stiftung wird Raum für den gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Diskurs darüber bieten, was unsere Gemeinschaft ausmacht. Welches sind die einenden und bindenden Werte? Wie lassen sie sich bestimmen und für die Gegenwart gegebenenfalls „neu übersetzen“? Was macht die deutsche Nation zu einer „Gemeinschaft“? Die Debatte über die ideellen Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft, die Bedingungen unserer demokratischen Ordnung und die Voraussetzungen der Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu führen und mitzuprägen – das ist unser Anspruch, und das christliche Menschenbild ist unser Kompass.

Doch um auf die Herausforderungen der Gegenwart zu reagieren, reicht es nicht, Identität zu rekonstruieren und sich seiner selbst zu vergewissern. Es geht vor allem auch darum, aufzuzeigen, welches geistig-kulturelle Zuhause wir Zuwanderern und Flüchtlingen bieten können. Welches geschichtliche Erbe ist bedeutend? Was sind die Spielregeln der Gesellschaft? Sozial geteiltes und verbindliches Wissen darüber stellt ein bedeutendes Element der Identität dar. Die Stiftung wird ihren Beitrag für die politische Integration derer leisten, die langfristig bleiben werden. Es gilt, sie mit den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, mit Regeln und Traditionen vertraut zu machen und sie einzubinden in demokratisches Engagement.

Was uns prägt – Was uns eint: Mit diesem Jahresmotiv möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung dazu ermutigen, über unsere Identität nachzudenken, unablässig danach zu suchen und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Leitbilder und die Wertschätzung einer Kultur des Zusammenhalts und der Anerkennung sind zentrale Ressourcen einer offenen, innovationsstarken und zukunftsfähigen Gesellschaft.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen et cetera rund um das Jahresmotiv der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten Sie unter www.kas.de/jahresmotiv2016

*Frauke Gottwald
Referentin Strategieentwicklung und Planung*

Das Jahresmotiv 2016 – dieses klare Keyvisual schafft Verbindung und zeigt das Miteinander wachsen auf. Es braucht jetzt den Dialog, ein gemeinsames Nachdenken darüber, „was uns prägt, was uns eint“.

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2016
zum Thema

Türkei

Schlüsselmacht einer Krisenregion

Hierzu schreiben unter anderen Jürgen Hardt,
Manfred Weber und Gülistan Gürbey.

IMPRESSUM

Nr. 536, Januar/Februar 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion der vorliegenden Ausgabe

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentischer Mitarbeiter: Christopher Menzel

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



BERNHARD VOGEL (HG.)

HEIMAT – VATERLAND – EUROPA

FESTSCHRIFT ZUM 70. GEBURTSTAG VON
HANS-GERT PÖTTERING

Der Dreiklang von Heimat, Vaterland und Europa stellt die Dimensionen des politischen Wirkens des Europapolitikers Hans-Gert Pöttering dar. Von der ersten Direktwahl 1979 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2014 gehörte der CDU-Politiker dem Europäischen Parlament an, dessen Präsident er von 2007 bis 2009 war. In dieser Funktion, aber auch als Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion zwischen 1999 und 2007, war Pöttering u.a. maßgeblich an der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie am Zustandekommen des Vertrags von Lissabon beteiligt. Politische Weggefährten aus Niedersachsen, Deutschland und Europa, die Pöttering in den vergangenen vier Jahrzehnten begleitet haben, würdigen in dieser Festschrift sein Engagement für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit.

2015. 513 S. 2 S/W- UND 6 FARB. ABB. GB. 155 X 230 MM | ISBN 978-3-412-50193-8